

Marz, Willh.
P

Signatur

Datum 30. Nov. 1923 192

19473 10001 000

Frankfurter Zeitung

Nr. 889

Der künftige Kanzler.

Wilhelm Marz ist am 15. Januar 1863 in Köln als Sohn eines Volksschullehrers geboren; er steht heute im 61. Lebensjahr. Seine Entwicklung führte ihn von dem Gymnasium seiner Vaterstadt zur Universität in Bonn, wo er bis 1884 das Studium der Rechte betrieb. Als Referendar und Assessor war er in verschiedenen Orten des Rheinlands beschäftigt und wandte sich dann dem Richteramt zu; im Oktober 1921 wurde er zum Senatspräsidenten am preussischen Kammergericht ernannt. Seine politische Laufbahn begann mit der Wahl in das preussische Abgeordnetenhaus, in das ihn die Zentrums-wähler des Kreises Neuß-Grevenbroich-Köln entsandten. Er gehörte ihm bis zum Jahre 1918 an. In den Reichstag kam er 1910, gewählt vom Kreise Aulheim-Bipperfürth-Summersbach. Die Nationalversammlung zählte ihn zu ihren Mitgliedern, ebenso der neue Reichstag. Nach dem Tode Trimborns wurde er, der schon vor dem Kriege Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhaus und stellvertretender Vorsitzender der Rheinischen Zentrumsparlei gewesen war, zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags bestimmt.

19473 10002 000

Kölnische Volkszeitung

Nr. *885*

Marx im italienischen Urteil.

Eine Charakterzeichnung u. Wünsche für seine Kanzlerschaft.

Der Osservatore Romano, das Organ des Vatikans, knüpft an die Berliner Meldung über die Bildung des Kabinetts Marx eine längere sympathische Würdigung der Persönlichkeit des neuen Kanzlers mit herzlichsten Wünschen für die ihm bevorstehende verantwortungsvolle Tätigkeit. Das Blatt schreibt in seiner Ausgabe vom 2. Dezember das Folgende:

Wir machen uns keine Illusionen über das Schicksal, das die Regierung Marx' erwartet und über seine Fähigkeit, ein ungeheures Land zu sanieren, dessen vollständiger Zusammenbruch nach dem einmütigen Urteil der Staatsmänner vernichtende Wirkungen für unseren ganzen Kontinent haben könnte. Marx beansprucht sicher nicht, die starke Faust und das scharfe Profil Bismarcks zu haben. Er ist ein kleiner, lebhafter Sechzigjähriger, dessen Güte sich in einem lächelnden Antlitz spiegelt, ein Gemisch von Gutmütigkeit und scharfem, durchdringendem Geist, einer von den Typen, wie man sie in seiner rheinischen Heimat findet. Er ist die gewinnende, versöhnliche Persönlichkeit, die man braucht, wenn die streitenden Parteien keine Möglichkeit sehen, durch einen Sieg die Entscheidung herbeizuführen und man unter allen Umständen zu einer gütlichen Einigung kommen muß. Er kann deshalb der Mann sein, den die Stunde fordert, und es wundert uns nicht, daß Reichspräsident Ebert in einer so ersten Stunde an den lebenswürdigen Führer des Zentrums gedacht hat, der allgemein in Deutschland geschätzt wird, seine politischen Gegner nicht aufgenommen.

Aber wir haben noch einen besonderen Grund, uns über diese Wahl zu freuen und mit uns unsere Leser, die die Tätigkeit Marx' auf dem Schulgebiet kennen, wo er als der Apostel der konfessionellen Schule erscheint. Er war es, der vor Jahren, als die deutschen Katholiken sich im Besitze ihrer Schulen sicher glaubten, die Nachstellungen voraussah, die sich vorbereiteten und der, ohne sich mit dem ersten Alarmruf zu begnügen, bald den Grund legte zu der jetzt sehr gefestigten Schulorganisation, die jetzt noch von ihm geleitet wird gleichzeitig mit ihrem weitverbreiteten Organ, und ohne welche sich das Schicksal der Schule mit einem Schlage

in Deutschland entschieden hätte und zwar zum Schaden der religiösen Ideale. Auch erinnern wir uns, von ihm selbst wertvolle Mitteilungen über diese bedeutsame Bewegung erhalten zu haben, über welche unsere Leser auf dem Laufenden zu halten wir bemüht waren.

In unserer Nummer vom 10. Januar d. J. machten wir uns im Anschluß an einen Kölner Bericht die Wünsche zu eigen, die eine große Versammlung, die durch das apostolische Wort des Kardinals Schulte ausgezeichnet war, dem wohlverdienten Präsidenten der Schulorganisation sandte, der in jenen Tagen das 60. Lebensjahr vollendete. Nun da er sich vor dem Kreuze der Macht beugt in der tragischsten Stunde, die sein Land kennt und sicherlich ohne jegliche Illusion, die seine tiefe Erfahrung absolut ausschließt, erneuert sich unser Segenswunsch dahin, daß sein schweres Opfer reichlich jene Früchte tragen möge, auf die der Mensch auch in den unglücklichsten und gefährvollsten Lagen hofft und die in der Tat die ganze Welt erhofft.

Zweifelloos würde Marx sehr glücklich sein, wenn er als eine dieser Früchte die innere Befriedung auf dem Schulgebiete erreicht sähe: ein Erfolg, der nur dann erreicht wird, wenn ehrliche Gegner die Rechte anerkennen, welche die Katholiken wie der Kanzler Marx seit so vielen Jahren geltend machen und die keineswegs die Freiheit der anderen verletzen.

Zum Schluß erinnert das vatikanische Blatt daran, daß Marx nach Hohenlohe, v. Hertling, Fehrenbach, Wirth und Cuno der sechste Katholik ist, der den Sessel Bismarcks einnimmt.

Möge dem neuen Lenker der deutschen Geschichte die anerkennende Würdigung, die seiner Persönlichkeit und seinem bisherigen Wirken von so hochragender publizistischer Stelle gezollt wird, Trost und Ansporn sein in den dunklen, schweren Stunden, die sicher seiner warten! Mögen sich vor allem die Wünsche erfüllen, die ihm für sein versöhnendes, ausgleichendes Wirken im Innern aus der ewigen Stadt kommen. Wenn es ihm dann noch beschieden sein sollte, auch die Versöhnung nach außen, mit unseren früheren Feinden, anzubahnen, dann wird das schwere Opfer, das er mit der Uebernahme der Kanzlerschaft, dem „Kreuz der Macht“, brachte, überreichliche Früchte getragen haben.

19473 0003 000

Quelle: Deutsche Allgemeine ZeitungHWWA
HAMBURGDatum: 11.4.1924**Mary an Frankreich.****Eine Wahlrede in Frankfurt.**

ht. Frankfurt, 11. 4. (Eigenbericht.)

Das Zentrum hält zurzeit hier seinen Reichsparteitag ab. In Verbindung damit hat heute abend eine große Kundgebung der Partei in den Sälen des Palmengartens stattgefunden. Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter Joos (M.-Gladbach). Reichskanzler Mary erklärte:

Die Entscheidungen, vor die wir in der nächsten Zeit gestellt sind, erfordern unseren tiefsten Ernst und Vaterlandsliebe. Das Sachverständigengutachten ist der Reparationskommission überreicht und ihr selbst bekanntgegeben worden. Auch der Ablauf der Wicumbverträge steht bevor. Noch läßt sich nicht übersehen, was an ihre Stelle treten soll und wie eine Verlängerung des Vertrages zu ermöglichen wäre. Wird kein Ausweg gefunden, so stehen wir nach den Androhungen der französischen Regierung erneut vor rücksichtslosen Eingriffen der französischen Verwaltung in die Wirtschaft der westlichen Industrie. Noch immer scheint in Frankreich der Gedanke nicht durchdringen zu können, daß wir nur durch eine ruhige Entwicklung der deutschen Industrie, auch in dem besetzten Gebiet, ein leistungsfähiges Deutschland herbeiführen können und es Deutschland dadurch ermöglicht wird, die Lasten aus dem Friedensvertrag aufzubringen. Dies ist aber unmöglich, wenn die Wirtschaft immer wieder gestört wird, wie es in den letzten Jahren durch die Eingriffe Frankreichs geschehen ist. Daß es nicht zu einer

Verständigung

zwischen Deutschland und Frankreich kommen kann, daran ist Deutschland nicht schuld.

Und doch beginnen schon bisher chauvinistisch gefärbte Kreise Frankreichs einzusehen, daß nur eine verständige Politik und vertrauensvolles Zusammenarbeiten beider Länder erträgliche Verhältnisse und beiderseitiges Wohlergehen herbeiführen kann. Wir haben es darum als einen Fortschritt begrüßt, daß hervorragende Wirtschaftssachverständige in die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit eingetreten sind. Die deutsche Regierung hat ihnen ihre Akten und Bücher in vollster Offenheit vorgelegt. Ob die Möglichkeit vorhanden ist, daß das Gutachten den Ansprüchen der Reparationskommission voll entspricht, muß abgewartet werden. Neoenfalls ist das Gutachten geeignet, als eine Grundlage für weitere Verhandlungen zu dienen.

Voraussetzung für die Ausführung der Sachverständigengutachten ist jedoch die Wiederherstellung der freien Verwaltung der Wirtschaft für Deutschland im besetzten Gebiet. Ohne eine solche wird eine Leistung von Deutschland einfach unmöglich.

Der Reichskanzler wendete sich dann scharf gegen die Deutschnationale und die Deutschvölkische Partei und sagte u. a.: Der völkische Gedanke ist an sich nicht unberechtigt. Aber in der Ueberspannung, die er durch die völkische Bewegung erfahren hat, ist er untauglich und bedeutet eine große Gefahr für das deutsche Volk. Die Wahlergebnisse in Bayern müssen als Warnung dienen. Wir sehen darin die Zersplitterung in viele Parteigruppen, wo es sich darum handelt,

Deutschland geschlossen zu halten.

Am 4. Mai sich der Stimme zu enthalten, ist gewissenlos und leichtsinnig, ist Verrat am deutschen Vaterlande und am deutschen Volke. Der neue Reichstag wird vor die wichtigsten Entscheidungen gestellt werden. Wir vom Zentrum müssen uns bewußt sein, daß die extremen Parteien ihren letzten Anhänger an die Wahlurne bringen werden.

Nichts gelernt oder alles vergessen!

Marx und Stresemann über die Sachverständigen-Gutachten. — Optimismus, der zum Frevel wird.
— Fortdauer der Pariser Sanktionspolitik. —

Berlin, 19. April. Der Reichskanzler Marx hat einem Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten“ die „tieferen Beweggründe“ erklärt, die zu dem Entschluß geführt haben, das Sachverständigen-Gutachten als Grundlage der Mitarbeit an der Lösung der Reparationsfrage anzunehmen. In seinem unverbesserlichen Optimismus behauptet

Marx:

Selbstverständlich sind wir uns über die außerordentlich schweren Lasten, die unser Volk in den nächsten Jahren zu tragen hat, vollkommen klar. Selbstverständlich bestehen gegen die Privatisierung der Reichsbahnen, die Einführung einer finanziellen Kontrolle und über scharfe Steuerbelastung berechnete und triftige Einwände. Aber alle diese Bedenken müssen zurückgestellt werden im Hinblick auf die erstrebte Erleichterung und Befreiung des besetzten Gebietes. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Bewohner des besetzten Gebietes bei der Unfähigkeit des Reiches zu Reparationszahlungen in dem geforderten Ausmaße von Frankreich für alle Forderungen haftbar gemacht werden, daß nur das besetzte Gebiet und seine Bewohner als Reparationszahler gelten. Dieser entsetzlichen Lage unserer Landsleute an Rhein und Ruhr muß ein Ende gemacht werden. Die Sachverständigen sagen ausdrücklich, daß sie bei ihrem Gutachten davon ausgingen, daß die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reiches wieder hergestellt wird und daß auf dieser Voraussetzung ihr ganzer Bericht ruhe. Auf dieser Voraussetzung beruht auch die Zustimmung der deutschen Reichsregierung. Die Wiederherstellung der steuerlichen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches heißt Wegfall der Zollgrenzen, der Reisepasse zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, Wiederherstellung der Verkehrseinheit und Wiederherstellung der deutschen Verwaltungseinheit. Die Sachverständigen sagen weiter, daß ihre Vorschläge auf der Annahme beruhen, daß die wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andere fremde Organisation als die vorgesehene Überwachung gehindert und beeinträchtigt wird. Der ganze Begriff des produktiven Pfandes ist durch den Sachverständigenbericht in Wegfall gekommen. An Stelle des Rhein- und Ruhrgebietes als Reparationsprovinz sind die von den Sachverständigen geforderten generellen Pfänder getreten, deren Annahme Rhein und Ruhr frei von dem lastenden Druck machen muß. Das sind im wesentlichen die Gründe, aus denen sich die Reichsregierung entschlossen hat, auf den Boden des Sachverständigen-Gutachtens zu treten.

Soweit Herr Reichskanzler Marx! Die Rücksichtnahme auf das besetzte Gebiet ist zweifellos lobenswert, aber glaubt denn Herr Marx, daß der

Bevölkerung des besetzten Gebietes irgendeine Linderung ihrer Leiden zuteil wird, wenn Herr Marx auf bloße Vorschläge hin schon auf den Leim kriecht und damit den Franzosen, deren Wort, kraft ihrer Nachstellung, doch nur gilt, den Beweis liefert, daß er als Nachfolger der Erfüllungspolitiker Erzberger und Wirth doch zu allem, was man uns noch bieten wird, Ja und Amen sagt. Hier gilt auch das alte Wort: „Wer einmal Ja sagt, muß auch B sagen“.

Herr Marx spricht von keinen Garantien, die die Gegenseite, der Feindbund, uns zu bieten hat, wenn eben aus der gleichen Rücksichtnahme auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete, tatsächlich eine Linderung der dort verursachten Leiden eintreten soll.

Aber auch Herr Stresemann, der Wandlungs- und anpassungsfähige, sitzt in das gleiche Horn wie Marx. In einem Artikel in der volksparteilichen „Zeit“, überschrieben „Politische Oftern“ sagt Stresemann: „Gewiß enthalten die Vorschläge der Sachverständigen Bestimmungen, die schwer zu tragen sind. Wir verlieren große Stücke unserer Souveränität in finanzieller Beziehung. Wir haben nicht mehr die alte preussische Bank und Reichsbank, wir haben nicht mehr die alte Reichsbahn. Aber wie stehen denn die Dinge heute? Heute ist ein Teil der Reichseisenbahn überhaupt in französischem Besitz. Heute sind große Teile von der Reichsbahn abgetrennt, heute ist die Industrie im besetzten Gebiet der schwersten Willkür und Erpressung Frankreichs preisgegeben und heute besteht die Gefahr, daß bei einer Politik, die lediglich das „Rein“ anspricht, für absehbare Zeit überhaupt keine Möglichkeit vorhanden ist, die Einheit des Deutschen Reiches auch nur in wirtschaftlicher Beziehung wieder herzustellen. Schließlich muß aber jeder, der die politische Entwicklung überflieht, sich das eine sagen, daß die Erhaltung des Reiches dasjenige ist, was wir heute besitzen müssen, wenn wir überhaupt noch an eine Zukunft Deutschlands denken wollen. Herr Dr. Helfferich wird als Finanzpolitiker genau wissen, was es für die Entwicklung eines Volkes bedeutet, wenn das Ausland durch Anleihen an seiner Entwicklung beteiligt ist. Er ist sachverständig genug in volkswirtschaftlichen Dingen, um zu wissen, daß eine internationale Verschuldung nicht nur Schuldknechtschaft bedeutet, sondern auch das Interesse der Gläubigerationen an dem verschuldeten Land weckt.“

Die Veräufung Stresemanns auf den Raub der deutschen Eisenbahn durch die Franzosen mutet sonderbar an. Die Abfindung mit der Tatsache, daß man sich diese Bahn einfach hat rauben lassen, ist eine verd... fadenförmige Begründung.

Im übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme von Erz. Helfferich an anderer Stelle unserer Zeitung, und geben zur Charakterisierung des derzeitigen Herrn Außenministers eine Äußerung der „Rotterdamischen Courant“ wieder, die wörtlich schreibt:

„Herr Stresemann hat seit vier Wochen in jeder Wahlversammlung feierlich versichert, Deutschland könne nicht und werde nicht mehr die Micumverträge erneuern. Daß Herr Stresemann nun doch erneuert hat, beweist abermals die Vielseitigkeit des führenden deutschen Staatsmanns. Genau so hatte vor 9 Monaten Herr Stresemann mit Emphase fortgesetzt erklärt, ohne Herausgabe der Ruhrgefangenen würde der passive Widerstand nie aufgegeben und 14 Tage später konnte er anders. Auch die neuen feierlichen Erklärungen Stresemanns, die Vorbedingung für die Annahme der Expertengutachten sei die volle Wiederherstellung der Reichshoheit, erweckt bei der ganzen Mentalität Stresemanns im Ausland ein mitleidiges Lächeln für die Gutgläubigkeit des von ihm geführten Deutschlands. Im Ausland ist kein einziger Mensch vorhanden, der nicht schon seit acht Tagen weiß, Herr Stresemann wird auch dieses Mal erfüllen — er wird immer ein Reinjagen und nachher — anders können.“

Irgendeine Kommentierung unsererseits dieser Meinungsäußerung des Auslandes, die beileibe nicht vereinzelt dasteht, erübrigt sich.

Bemerkenswert scheint uns, unseren Lesern noch einmal und immer wieder bestätigen zu lassen, wie

Poincaré

über diese neue Kapitulation des Geschäftsministeriums Marx-Stresemann denkt. Wahrscheinlich offiziös beeinflusst schreibt gestern der „Matin“:

1. Frankreich wird keines der gegenwärtigen Druckmittel aus der Hand geben, es sei denn, daß die Verbündeten sie durch vereinbarte Sanktionen ersetzen, die im voraus festgelegt werden und für den Fall einer deutschen Verfehlung automatisch in Kraft treten.
2. Was die Höhe der deutschen Schulden anlangt, so bringt Frankreich erneut seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, die Summe auf 26 Milliarden einzuschätzen unter der besonderen Verpflichtung, daß seine Schuldverschreibungen gegenüber England und den Vereinigten Staaten annulliert werden. Falls eine völlige Annullierung nicht zugestanden wird, so wird Frankreich außer dem Betrage von 26 Milliarden den vollen Betrag seiner Schuldforderung beanspruchen.

Eine schwachmütige Rede des Kanzlers Marx.

Nordd. Rundsch. Erfüllen ohne Vorbehalt!

K. Berlin, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Palais Prinz Leopold fand heute abend ein Empfang statt, zu dem der Presschef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Spierer, die Chefredakteure der Berliner Presse und die Vertreter der auswärtigen Zeitungen eingeladen hatten. Zu dem Empfang waren u. a. erschienen, Reichskanzler Marx, Außenminister Stresemann, Innenminister Dr. Fahrenholtz, Reichspostminister Dr. Höfle, Staatssekretär Dr. Weiskmann, der preussische Minister des Innern Severing und eine Reihe weiterer Vertreter der Behörden, darunter fast alle Presschefs der Länder. Im Verlauf des Abends ergriff der Reichskanzler Marx das Wort zu folgenden Ausführungen: „Am schwersten lastet auf uns die Sorge um unsere Wirtschaft (nicht um die Freiheit der Nation?), der wir nach langen Jahren des Leidens auf Grund des Gutachtens der internationalen Sachverständigen wieder Kraft und Freiheit zurückführen zu können hoffen. Ich muß leider feststellen, daß die Erwartungen, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes nach dem Bekanntwerden der Vorschläge der Sachverständigen aufsteigten, vielfach wieder ernster Sorge Platz gemacht haben. Wir waren uns vom ersten Tage an klar darüber, daß die Durchführung des Sachverständigengutachtens nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Ära guten Willens und ehrlicher Verständigung einsetzte. Von dieser Hoffnung war auch die deutsche Regierung getragen, als sie der Reparationskommission die Erklärung übermittelte, daß sie in dem Sachverständigengutachten eine praktische Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage erblickte. Wir haben ohne Zeitversäumnis und mit allen Kräften die Vorarbeiten gefördert. Wenn Poincaré in seiner letzten Rede vor dem Senat gesagt haben sollte, Deutschland habe noch nichts getan, um die Geleise zur Durchführung des Gutachtens zustande zu bringen, so beruht das auf vollkommener Verkennung der Sachlage. Herr Poincaré hätte sich durch Erkundigung bei den französischen Verhandlungsführern eines besseren belehren lassen können! Der Geist, der uns bei diesen Arbeiten beseelt, war der Geist, offener ehrlicher Verständigung, freier offener Aussprache, um endlich den Wiederaufbau nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zu beginnen. Feststellen muß ich, daß durch die Pariser Abmachungen manche der auf die Londoner Konferenz gesetzten Hoffnungen ernstlich bedroht scheinen.“

Wenn der große Gedanke, in dem wir das Gutachten durchzuführen hofften, wirklich lebendig wäre, dann müßte es auch für die siegreichen Nationen selbstverständlich sein, daß Deutschland, um dessen wirtschaftliche und nationale Existenz seit Jahren das Spiel geht, jetzt endlich als gleichberechtigter Partner zu den Verhandlungen zugelassen werden müßte. Denn wie soll sonst das deutsche Volk, das zu jeder ehrlichen Verständigung bereit und entschlossen ist, noch weiter die ihm zugemuteten schweren Opfer auf sich zu nehmen, wenn es wiederum das niederdrückende Gefühl hat, daß auch diesmal, wie in den verhängnisvollen Sinitagen 1919 ihm von den siegreichen Machthabern das Schicksal diktiert wird. Das deutsche Volk hat Jahre hindurch zur Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen große und schwere Opfer gebracht, ohne daß es den entsprechenden Erfolg dieser Opfer, einen Sinn für alle diese Opfer erkennen konnte. Im Gegenteil, auf neue Opfer folgten meist neue Lasten, neue Demütigungen.

bis das Widerstreben im deutschen Volke immer größer und stärker und die Stimmung derer immer lauter wurden, die sagten, daß die von Deutschland betriebene Erfüllungspolitik falsch sein müsse. Wir wollen wieder vertragmäßige Zustände, wir wollen wieder, daß der Versailler

Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werde und die Rechtsgrundlage bilden, auf der wir uns mit unseren ehemaligen Gegnern in ehrlicher Verständigung und zu beiderseitigem Nutzen auseinandersetzen können. Wir wollen endlich unsere nationale Freiheit und die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Wenn Frankreich jetzt die Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages so stark betont, so dürfen wir wohl gerade bei Frankreich auch Verständigung dafür erwarten, daß wir die wenigen Rechte, die wir aus diesem Vertrage herleiten können gewahrt wissen wollen.

Man spricht jetzt wieder so viel von Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen Deutschland das Sachverständigengutachten durchzuführen entschlossen sei. Aber ich befürchte, daß durch den Gebrauch dieser Begriffe ein Eindruck erweckt wird, der politisch unzutraglich (ah!) ist. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigenberichts knüpft, ist einzig und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste nach aufrichtig genommen und durchgeführt wird. Daß über der Regierung der Reichstag steht und daß der Reichstag entscheiden muß, brauche ich vor Ihnen nicht zu betonen. Im Interesse der Befriedung Europas und damit auch der Alliierten selbst würde es also liegen, dieser Sachlage durch die Art des Vorgehens Rechnung zu tragen. Die Reichsregierung wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um die Durchführung des Sachverständigenberichtes baldigst sicher zu stellen, und sie vertraut darauf, daß der Reichstag die Regierung in diesem Bestreben unterstützen wird. Dann können wir den Weg, der uns aus dem wirtschaftlichen Elend, das täglich größer zu werden droht, herausführen kann, gehen, an die Durchführung des Sachverständigenberichtes. Deutschlands Schicksal, aber auch das Schicksal Europas, hängt jetzt einzig und allein davon ab, ob die wirtschaftliche Vernunft und der gute Wille, Europa vor dem schlimmsten zu bewahren, der uns aus dem Sachverständigenbericht zu sprechen scheint, nicht nur von uns, sondern auch von der Gegenseite betätigt wird. Meiner politischen Einstellung entspricht, wie ich häufig genug betont habe, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus.

Der Reichskanzler wandte sich zum Schluß seiner Rede der Besprechung der

Agrarzölle

zu: Wer die Vorlage der Regierung bekämpft, muß auch sagen, was besser an ihre Stelle gesetzt werden kann. Jede Erörterung der Frage darf aber nicht anknüpfen an die Tradition gehässiger Kämpfe der Vorkriegszeit und muß von der harten Tatsache ausgehen, daß die Not der Landwirtschaft heute so groß ist, daß die Ernährung unseres Volkes dadurch ernstlich gefährdet wird. Ganz übersehen sollte man bei der Erörterung auch nicht, daß die Regierung gleichzeitig mit den Schutzzöllen, die ja überhaupt erst in Kraft treten können, wenn nach der Durchführung des Sachverständigengutachtens das Loch im Westen geschlossen ist, auch eine Ermäßigung der Umfasssteuer von 2% auf 2 Prozent beabsichtigt.

*

Die Erklärung des Kanzlers Marx ist mehr als schwach. Der gute Mann redet immer von Dingen, die nicht da sind, von einem „Verständigungswillen“, der gewiß auch im französischen Volke vorhanden sein müßte, aber tatsächlich nicht vorhanden ist. Er redet von einem Wiederaufbau „Europas“, als ob das arme Deutschland zuerst für Europa sorgen müßte und könnte. Von deutschen Vorbedingungen will der Mann nichts wissen, nur unterschreiben, erfüllen, obwohl er einsieht, daß „Erfüllen keinen Sinn und Zweck“ hat.

Weg mit dem Mann!

Kanzlerrede zur politischen Lage.

Tonart: Moll!

Im Palais Prinz Leopold fand gestern Abend ein Empfang statt, zu dem der Pressechef der Reichsregierung die Chefredakteure der Berliner Presse und die Vertreter der auswärtigen Zeitungen eingeladen hatte. Im Verlauf des Abends ergriff Reichskanzler Marr das Wort zu folgenden Ausführungen:

Am schwersten lastet auf uns die Sorge um unsere Wirtschaft, der wir nach langen Jahren des Leidens und der Enttäuschungen auf Grund des Gutachtens der internationalen Sachverständigen wieder Freiheit und Kraft zuführen zu können hoffen. Ich muß leider feststellen, daß die Erwartungen, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes nach dem Bekanntwerden der Vorschläge und Forderungen des Sachverständigen-Gutachtens aufkeimten, vielfach wieder ernster Sorge und Befürchtungen Platz gemacht haben. Wir waren uns vom ersten Tage an darüber klar, daß die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Ära guten Willens und ehrlicher Verständigung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht einsetzen würde. Wenn Poincaré in seiner letzten großen Rede vor dem Senat wirklich gesagt haben sollte, Deutschland habe noch nichts getan, um die Gesetze zur Durchführung des Gutachtens zustande zu bringen, so beruht das auf völliger Verkennung und Unkenntnis der Sachlage. Herr Poincaré hätte sich durch Erkundigung bei den französischen Verhandlungsführern eines besseren belehren lassen können! Der Geist, der uns bei diesen Arbeiten beseelt, und den wir auch bei der Fertigstellung des Gutachtens tätig sahen, ist der Geist offener, ehrlicher Verständigung (1) freier, offener Aussprache, der Geist, der nach Wegräumung aller Trümmer, die noch aus der Kriegs- und Nachkriegszeit her den Weg der Völker zueinander behindern, dazu befähigt, mit freiem Blick in das Auge des Gegners zu schauen und einander wieder die Hand zu reichen (1) in dem Entschluß, endlich den Wiederaufbau nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zu beginnen.

Die Londoner Konferenz sollte uns der Verwirklichung dieses Ziels näher bringen. Nach den Mitteilungen und Erklärungen, die von drüben zu uns kamen, glaubten wir, daß die Londoner Konferenz wirklich von einer anderen Art sein würde, als die bisherigen Konferenzen, zu denen Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder geschleppt wurde mit dem Ergebnis, daß unsere Lage stets schlechter, stets trostloser wurde. Es liegt mir fern, über die Londoner Konferenz, zu der bis heute eine Einladung an uns noch nicht ergangen ist, heute schon ein Urteil zu fällen. Feststellen aber muß ich, daß durch die Pariser Abmachungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs manche der auf die Londoner Konferenz gesetzten Hoffnungen ernstlich bedroht scheinen. Wenn der große Gedanke, in dem wir das Sachverständigen-Gutachten durchführen zu können hoffen, wirklich lebendig wäre, dann müßte es auch für die siegreichen Nationen selbstverständlich sein, daß Deutschland, um dessen wirt-

schaftliche und nationale Existenz seit Jahren das Spiel geht, jetzt endlich als gleichberechtigter Partner zu den Verhandlungen zugelassen werden müßte.

Wir wollen wieder vertragsmäßige Zustände, wir wollen wieder, daß der Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden. Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern.

Meine Herren! Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens knüpft, ist einzig und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste gemäß aufrichtig angenommen und durchgeführt wird. Eine andere Bedingung stellt die deutsche Regierung nicht.

Daß über der Regierung der Reichstag steht, und daß letzten Endes der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, entscheiden muß, brauche ich nicht vor Ihnen und vor den westlichen Demokratien besonders zu betonen. Im Interesse der Befriedigung Europas und damit auch der Alliierten selbst würde es deshalb liegen, dieser Sachlage durch die Art ihres Vorgehens Rechnung zu tragen.

Ein Wort möchte ich an dieser Stelle auch einschalten über den in letzter Zeit wieder häufiger erörterten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Meiner ganzen politischen Einstellung entspricht, wie ich häufig genug betont habe, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus,

Marx über die Regierungspolitik.

Eine Rede beim Presseempfang.

Am Sonnabend abend hatte der Pressechef der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Spieder die Chefredakteure der Berliner Presse und die Vertreter der auswärtigen Zeitungen zu einem Empfang eingeladen, zu dem auch u. a. Reichskanzler Marx, Vizekanzler Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann, Reichspostminister Dr. Goesse, Reichsverkehrsminister Dezer, Dr. Weismann, der preussische Minister des Innern Sebering und Staatssekretär Freiherr v. Malhan erschienen waren.

Im Verlauf des Abends ergriff Reichskanzler Marx das Wort zu längeren Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Am schwersten lastet auf uns die Sorge um unsere Wirtschaft, der wir nach langen Jahren des Leidens und der Enttäuschungen auf Grund des Gutachtens der internationalen Sachverständigen wieder Freiheit und Kraft zuführen zu können hoffen. Wir waren uns vom ersten Tage an darüber klar, daß die Durchführung des Sachverständigengutachtens nur möglich und wirksam sein könnte, wenn damit eine neue Ära guten Willens und ehelicher Verständigung einsetzte. Von dieser Hoffnung war auch die deutsche Regierung getragen, als sie der Reparationskommission die Erklärung übermittelte, daß sie in dem Sachverständigengutachten eine

Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems

erblickte. Wenn Poincaré in seiner letzten großen Rede vor dem Senat wirklich gesagt haben sollte, Deutschland habe noch nichts getan, um die Gesetze zur Durchführung des Gutachtens zustande zu bringen, so beruht das auf völliger Verleugnung und Unkenntnis der Sachlage.

Es liegt mir fern, über die Londoner Konferenz, zu der bis heute eine Einladung an uns noch nicht ergangen ist, heute schon ein Urteil zu fällen. Feststellen aber muß ich, daß durch die Pariser Abmachungen zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs manche der auf die Londoner Konferenz gesetzten

Hoffnungen ernstlich bedroht

scheinen. Wenn der große Gedanke, in dem wir das Sachverständigengutachten durchführen zu können hoffen, wirklich lebendig wäre, dann müßte es auch für die siegreichen Nationen selbstverständlich sein, daß Deutschland, um dessen wirtschaftliche und nationale Existenz seit Jahren das Spiel geht, jetzt endlich als gleichberechtigter Partner zu den Verhandlungen zugelassen werden müßte. Das deutsche Volk hat jetzt lange Jahre hindurch zur Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen große, schwere Opfer gebracht, ohne daß es einen entsprechenden Erfolg dieser Opfer sehen, einen Sinn für alle diese Opfer erkennen konnte. In diesem Kreise brauche ich nicht darauf hinzuweisen, worin Deutschland den Sinn der von ihm künftig zu bringenden Opfer erblickt. In einem Wort kann ich alles, was wir erstreben, zusammenfassen: Wir wollen wieder vertragsmäßige Zustände, wir wollen wieder, daß das Versailler Diktat und das Rheinlandabkommen voll in Kraft gesetzt werden. Wir wollen endlich wieder unsere nationale Freiheit und

Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Wenn Frankreich jetzt die Aufrechterhaltung des Versailler Diktats so stark betont, so dürfen wir wohl gerade bei Frankreich auch Verständnis dafür erwarten, daß wir die wenigen Rechte, die wir aus diesem Vertrage herleiten können, gewahrt wissen wollen.

Man spricht jetzt wieder lobvoll von

Bedingungen und Voraussetzungen,

unter denen Deutschland das Sachverständigengutachten durchzuführen entschlossen sei. Die Bedingung, die die deutsche Regierung an die Durchführung des Sachverständigengutachtens knüpft, ist einzig und allein die, daß das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste gemäß aufrichtig angenommen und durchgeführt wird. Inhalt und Geist des Gutachtens der Sachverständigen fordern aber die Wiederherstellung eines einwandfreien Rechtszustandes und die Schaffung all der Bedingungen und Erleichterungen, die zum Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft erforderlich sind. Die Reichsregierung wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um die Durchführung des Sachverständigengutachtens baldigst sicherzustellen, und sie vertraut darauf, daß der Reichstag in Erkenntnis der

ungeheuren wirtschaftlichen Notlage

unseres Landes die Regierung in diesem Bestreben unterstützen wird. Denn einen anderen Weg, der uns aus dem wirtschaftlichen Elend, das täglich größer zu werden droht herausführen kann, als die Durchführung des Sachverständigengutachtens, sehe ich nicht.

Ein Wort möchte ich einschalten über den in letzter Zeit wieder häufiger erörterten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Meiner politischen Einstellung entspricht der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus, aber als Deutscher muß ich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als selbstverständlich voraussetzen, daß Deutschlands Ehre in volstem Maße gewahrt bleibt.

Die dem Reichsrat zugegangene Schukzollvorlage droht auch zu lebhaften innerpolitischen Kämpfen zu führen. Ich habe in meiner Antrittsrede am 4. Juni erklärt, daß die Reichsregierung ihre ganze Kraft an die Durchführung des Sachverständigengutachtens setzen werde und alle innerpolitischen Aufgaben vorerst zurücktreten müßten, bis die Durchführung des Sachverständigengutachtens uns wieder Luft und Bewegungsfreiheit geschaffen habe. Damit konnte natürlich nicht gesagt sein, daß die Regierung bis dahin alle innerpolitischen Aufgaben vollständig beiseite stellen sollte, mochten sie auch noch so dringend der Lösung bedürfen. Es gilt,

die deutsche Landwirtschaft vor dem Untergang

zu bewahren. Betonen möchte ich, daß es sich bei dem Schutz, den wir der Landwirtschaft angedeihen lassen müssen, nicht nur um eine Frage der Landwirtschaft handelt, sondern um eine volkswirtschaftliche Frage allerersten Ranges. Wenn der Weg, den die Regierung zum Schutz und zur Rettung der deutschen Landwirtschaft einzuschlagen beantragt, nicht der richtige oder der beste ist, so haben doch die durch die Verfassung dazu berufenen Stellen die Pflicht, andere und bessere Wege zu weisen.

19473 -

19473 0008 000



**DR.
MARX,
THE
CHAN-
CELLOR
OF
GERMANY,**
leaving his
hotel in London

DR. MARX, THE CHANCELLOR OF GERMANY, leaving his hotel in London for the conference on the evacuation of the Ruhr.

Pictorial Press

✓

Datum 29. Aug. 1924 192

19473 10009 000

Nr. 7549



Erklärung zum Katholikentag!

Der Vorsitzende der katholischen Schulorganisation, Reichskanzler Marx, hat nach Zeitungsberichten am 1. September öffentlich erklärt:

"Wenn wir in den verschiedensten Gegenden sehen, wie die weltlichen Schulen, die heidnischen, ungläubigen, zunächst in grosser Zahl gegründet worden sind, wenn wir auch nicht einen vollständigen Verfall dieser Schulen sehen, so sehen wir doch eine bedeutende Abnahme der Eltern, die so unselig sind, zu glauben, ihre Kinder könnten zu treuen Mitgliedern der gesellschaft erzogen werden, wenn sie ungläubig erzogen werden."

Im Anschluss an diese Rede, in der der Herr Reichskanzler Windthorst zitiert, von einem Kampf auf Leben und Tod um die Schulen sprach, haben der Katholikentag und der Landesausschuss der katholischen Schulorganisation eine Reihe Entschliessungen angenommen, die verlangen, dass im kommenden Reichsschulgesetz die Kirche als Erziehungsfaktor nicht ausgeschaltet werden dürfe, dass die mittleren und höheren Schulen bekenntnismässig ausgestaltet werden sollten und dass ferner auch in preussischen Fach- und Fortbildungsschulen die Religionsstunde wieder ihren Platz finden müsse.

Dem gegenüber erklären die Unterzeichneten Verbände:

Die von dem Herrn Reichskanzler Marx abgegebenen Erklärungen zur Schulfrage und die daraus gefolgerten Entschliessungen der 68. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands widersprechen, soweit sie über den Rahmen der katholisch Interessierten hinausgreifen, der durch die Reichsverfassung jedem Staatsbürger gewährleistet ist Geistes- und Gewissensfreiheit.

Wenn es wirklich in der Absicht des Herrn Reichskanzlers liegen sollte, um die Schule einen Kampf auf Leben und Tod heraufzubeschwören, so wird er Millionen deutscher Volksgenossen bereit und gewappnet finden, für die Idee der weltlichen Schule, als einer notwendigen Entwicklungsform von der niederen Stufe mittelalterlich dumpfen Aberglaubens zur freien Klarheit eines auf sich selbst gestellten edleren Menschentums, bis zum letzten Atemzuge zu kämpfen.

Die unterzeichneten Verbände erheben ferner feierlichen Einspruch gegen den Versuch des Herrn Reichskanzlers, eine in die Hunderttausende gehende Zahl deutscher Eltern, die zur weltlichen Schule stehen, in den Augen der Öffentlichkeit durch die Bezeichnung "unselig" herabzusetzen und protestieren ferner mit Nachdruck gegen die von dem Herrn Reichskanzler Marx geäußerte Auffassung, als ob die Zugehörigkeit zu einer Glaubensform erst

Eltern befähigte, ihre Kinder zu treuen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen.

Die Geschichte der römischen Kirche aller Zeiten lässt geraten erscheinen, ihre berufenen Vertreter inbezug auf die Anpreisung der Resultate ihrer Erziehungsmethoden etwas vorsichtiger werden zu lassen.

Deutscher Monistenbund
Ortsgruppe Hannover e.V.
Erich Gompertz, Vorsitzender.

Deutscher Freidenkerbund
Ortsgruppe Hannover e.V.
Dr. Karl Weigt, Vorsitzender.

Der Ältestenrat der
Freireligiösen Gemeinde
Hannover e.V.
Ludwig Gernig, stellv. Vorsitzender.

Bund der freien Schulge-
sellschaften Deutschlands eV
Willi Behrens, Vorsitzender.

Zentrale der Elternbeiräte
der Liste "Schulfortschritt"
Schlieker, Vorsitzender.

Vereinigung der Lehrer an
den Sammelklassen der Stadt
Hannover.
Aug. Biester, Vorsitzender.

Hannoverscher Anzeiger, Nr. 208.
Donnerstag, 4. September 1924.

Sechs peinliche Fragen an Marx.

Ein offener Brief des Grafen Westarp.

Graf Westarp veröffentlicht folgenden offenen Brief an Reichskanzler Marx:

Nach dem Bericht der „Germania“ haben Sie, Herr Reichskanzler, auf dem Parteitag des Zentrums am Dienstag, dem 28. ds., wiederholt, was bereits am Montag abend in einer Notiz des Wolff-Bureaus behauptet und von uns widerlegt worden ist, daß meine Darstellung über die Verhandlungen mit den deutschnationalen Unterhändlern, die sich auf die sogenannten Richtlinien bezogen, unrichtig sei. Ich sehe mich daher zu dem sehr ergebenden Ersuchen an Sie, Herr Reichskanzler, genötigt, darlegen zu wollen, worin diese Unrichtigkeiten bestanden haben sollen. Dazu stelle ich im einzelnen folgende Fragen:

1. Wo habe ich in der als unrichtig bezeichneten Darstellung behauptet, daß wir hinsichtlich des auf die Durchführung der Dawesgesetze bezüglichen Abjages der Richtlinien einen anderen als den allgemeinen Vorbehalt (siehe Punkt 2) gemacht hätten?

2. Trifft es zu, Herr Reichskanzler, daß unser allgemeiner Vorbehalt dahin gegangen ist, der Wortlaut der Richtlinien sei für uns keineswegs befriedigend, man werde aber darüber hinwegkommen können; ferner daß wir am 17. geraten haben, nicht mehr über Richtlinien, sondern über Regierungserklärungen zu verhandeln und mit diesem Rat Zustimmung, mindestens keinen Widerspruch bei Ihnen gefunden haben?

3. Trifft es zu, Herr Reichskanzler, daß wir den Satz der Richtlinien abgelehnt haben, in dem es heißt, die deutsche Regierung „erstrebe“ den Eintritt in den Völkerbund nach den in dem Memorandum niedergelegten Auffassungen, sowie das uns am 17. Oktober von Ihnen und dem Herrn Außenminister eine dieser Ablehnung entsprechende andere Fassung der Regierungserklärungen in Aussicht gestellt worden ist? War das ein sachlich bedeutungsvoller Vorbehalt oder nicht?

4. Trifft es zu, Herr Reichskanzler, daß die Frage der

Behandlung der Kriegsschuldlüge noch am 17. Oktober einer besonderen Vereinbarung mit dem Herrn Außenminister vorbehalten geblieben ist?

5. Trifft es zu, Herr Reichskanzler, daß wir wiederholt und zwar auch in der letzten Unterredung über die Richtlinien vom 17. Oktober den Wunsch ausgesprochen haben, daß in Richtlinien oder Regierungserklärungen die Forderungen unseres Fraktionsbeschlusses vom 8. Oktober zu 1. und 2., die sich auf christliche Jugenderziehung und Kultur, sowie auf Bekämpfung des Klassenkampfes, Arbeitsfrieden und Arbeitsgemeinschaft bezogen, aufgenommen werden möchten, und daß dieser unser Wunsch bei Ihnen keinen Widerspruch gefunden hat?

6. Machen Sie, Herr Reichskanzler, sich die Behauptung zu eigen, daß wir durch unsere Stellungnahme zu den Richtlinien eine Erklärung zugestanden hätten, wonach die bisherige Außenpolitik unverändert fortgesetzt werden solle? In welchem Abjag der Richtlinien wäre diese Erklärung enthalten? Trifft es nicht vielmehr zu, daß wir von Anfang an abgelehnt haben, das Werturteil über die Vergangenheitspolitik auszusprechen, das in solcher Anerkennung gefunden werden kann, und daß dementsprechend die Richtlinien außenpolitisch weiter nichts enthalten, als eine Formel über die künftige Behandlung der Dawesgesetze und der Völkerbundsfrage.

Vorstehende Fragen geben den Inhalt der Darstellung wieder, die an der Hand der Aufzeichnungen der deutschnationalen Unterhändler parteiamtlich in der deutschnationalen Korrespondenz vom 23. ds. Mts. erschienen sind, und auf die ich in meiner von Ihnen und bei Wolff angebotenen Wochenschau lediglich Bezug genommen habe. Beweismaterial für die Richtigkeit dieser Darstellung steht zur Verfügung. Einstweilen sehe ich mich genötigt, den gegen mich erhobenen Vorwurf unrichtiger Behauptungen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen und zu diesem Zweck vorstehendes Schreiben als „offenen Brief“ zu veröffentlichen.“

Reichskanzler Marx als Canisius-Gefolgsman

Bei einer öffentlichen Kundgebung des Katholischen Volksvereins in Köln hielt Weihbischof Josef Hammels die Festrede über den Jesuiten Petrus Canisius (1521—1597), den einstmaligen bedeutendsten Vorkämpfer der Gegenreformation in Deutschland; und als dieser Jesuit und Gegenreformer den Zuhörern als Urbild aller Vortrefflichkeit und obendrein als „Muster und Vorbild der Gegenwart“ hingebaut war, versiegte sich der Weihbischof, nach der Kölner Volkszeitung, zu folgendem Dithyrambus:

„Groß und bewunderungswürdig steht der selige Petrus Canisius vor uns. Wohl keiner ist den Spuren des seligen Canisius so treu gefolgt, als der, der heute das Schiff unseres deutschen Vaterlandes leitet, der Reichskanzler Marx, der Vorsitzende unseres Volksvereins.“

So, da ist es heraus: Reichskanzler Marx, der immer im lichten Gewande der Gutmütigkeit und Harmlosigkeit einherschreitet und handelt und kein Wässerchen scheint trüben zu können, ist in Wahrheit der treueste Gefolgsman und Jünger eines der eifrigsten und schlauesten jesuitischen Gegenreformatoren, die vor dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland gewirkt haben. Der Kölner Weihbischof Hammels bezeugt es selbst, und an seinen Worten soll man nicht zweifeln. Dies Zeugnis kommt für den Wahlkampf zur rechten Zeit. Beachtenswert ist es ferner, daß der Kölner Weihbischof gerade in diesen Tagen den Jesuiten und Gegenreformer Canisius als „Muster und Vorbild der Gegenwart“ hinstellt.

Quelle: Hamburger Nachrichten, Nr. 536Datum: 14. 11. 1924

Reichsanzler Marr als Canisius-Gefolgsmann.

Bei einer öffentlichen Kundgebung des Katholischen Volksvereins in Köln hielt Weihbischof Josef Hammels die Festrede über den Jesuiten Petrus Canisius (1521—1597), den einstmals bedeutendsten Vorkämpfer der Gegenreformation in Deutschland; und als dieser Jesuit und Gegenreformer den Zuhörern als Urbild aller Vortrefflichkeit und obendrein als „Muster und Vorbild der Gegenwart“ hingebaut war, verstieg sich der Weihbischof, nach der Kölnerischen Volkszeitung, zu folgendem Dithyrambus:

„Groß und bewunderungswürdig steht der selige Petrus Canisius vor uns. Wohl keiner ist den Spuren des seligen Canisius so treu gefolgt, als der, der heute das Schiff unseres deutschen Vaterlandes leitet, der Reichsanzler Marr, der Vorsitzende unseres Volksvereins.“

So, da ist es heraus: Reichsanzler Marr, der immer im lichten Gewande der Gutmütigkeit und Harmlosigkeit einherschreitet und handelt und kein Wässerchen scheint trüben zu können, ist in Wahrheit der treueste Gefolgsmann und Jünger eines der eifrigsten und schlauesten jesuitischen Gegenreformatoren, die vor dem Dreißigjährigen Kriege in Deutschland gewirkt haben. Der Kölner Weihbischof Hammels bezeugt es selbst, und an seinen Worten soll man nicht zweifeln. Dies Zeugnis kommt für den Wahlkampf zur rechten Zeit. Beachtenswert ist es ferner, daß der Kölner Weihbischof gerade in diesen Tagen den Jesuiten und Gegenreformer Canisius als „Muster und Vorbild der Gegenwart“ hinstellt.

Reichskanzler Marx zur Reichstagswahl.

BRD. Breslau, 15. November. (Rundfunk.) Der Reichskanzler sprach am Freitag auf Einladung der Zentrumsparlei in Breslau in einer öffentlichen Versammlung. Er erklärte unter anderem: Glaubt man denn auf der Rechten allen Ernstes, in Deutschland nach der Wahl mit einer Rechtsregierung weiterzukommen? Die Stichproben, die in den letzten Wochen in Mecklenburg, Hamburg und Anhalt stattfanden, scheinen mir nicht gerade dafür zu sprechen, daß am 7. Dezember ein überwältigender Sieg der Parteien der Rechten zu verzeichnen sein wird, so daß selbst die Parteien der Mitte nicht einmal mehr zur Regierungsbildung mit ihnen genötigt sein werden. Ich betone auch heute wieder, und das gilt für jede Partei, die nicht grundsätzlich in der Opposition verharren will, daß eine gewisse Mäßigung in der Führung des Wahlkampfes notwendig ist, wenn der neue Reichstag nicht von vornherein wieder zur Unfruchtbarkeit verurteilt werden soll. Eine schwere Entgleisung ist es, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf hineinzuzerren, und dazu noch in solch gehässiger Weise, wie das zurzeit geschieht. Der Reichspräsident steht, solange er auf seinem Posten ist, über den Parteien und die Parteien sollten diese Stellung respektieren. Das ist einfach ein Gebot des politischen Anstandes, aber auch der Klugheit; denn was jetzt dem Reichspräsidenten Ebert widerfährt, kann später einem andern widerfahren. Leider ist es notwendig, Parteien daran zu erinnern, die ihre Opposition so gern als „national“ bezeichnen.

Quelle: Hameurge FremdenblattHWWA
HAMBURGDatum: 24. 11. 1924, Abend-Ausg.

Kanzler Marx zur Politik der Mitte.

Rechtfertigung und Mahnung.

Wb. Köln, 23. November. (Drahtbericht.) In der überfüllten Messehalle sprach heute vormittag, 11 Uhr, der Reichskanzler Marx. Unter den Erschienenen befanden sich u. a. auch der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, der Regierungspräsident von Köln, Graf Adelsmann, und der Weihbischof Hammels. Gleichzeitig fand im Ehrenhof der Messe eine Parallel-Versammlung statt, der die Ausführungen des Kanzlers mittels Lautsprecher zugänglich gemacht wurden.

Reichskanzler Dr. Marx

führte aus:

Diese Gewißheit, daß unser Weg zum Ziel geführt hat, ist das größte Aktivum, das wir in diesem Wahlkampf aufweisen können.

Unser unberrückbares Ziel war und ist die politische und wirtschaftliche Befreiung der besetzten Gebiete.

Wir sind heute noch nicht am Ziel, aber wir sind diesem Ziel näher gekommen. Und das wird am besten deutlich, wenn man den November 1923 mit dem November 1924 vergleicht. Damals gingen Frankreich und Belgien mit allen Kräften daran, das System der Pfänderpolitik auszubauen.

Der Kölner Hafen war vor einem Jahre verödet, verödet waren die Häfen in Mannheim, Karlsruhe, Wesel und Emmerich. Heute ist der Schiffsverkehrsverkehr wieder auf seine natürlichen Wege zurückgeleitet worden.

Die wirtschaftliche und fiskalische Einheit ist wiederhergestellt, die RZEM-Verträge, die das rheinisch-westfälische Wirtschaftsleben zu ersticken drohten, sind beseitigt, die Regierungen und die von der Regie in Betrieb genommenen Kokereien sind ihren rechtmäßigen Besitzern wieder zurückgegeben.

Die Ausweisungen von 40 000 Männern sind aufgehoben, 400 politische Gefangene, die Schweres haben erdulden müssen, sind freigelassen worden.

Ueber eine Reihe strittiger Fälle wird noch verhandelt, und ich hoffe, daß diese Verhandlungen ein Ergebnis haben werden, das dem Geiste der Verständigung entspricht. Gemäß dem Londoner Abkommen sind von französisch-belgischer Seite 1200 Verfahrnen eingeleitet worden. Die Beamten des Reiches, der Länder und der Kommunen haben zum größten Teil ihren Dienst wieder aufnehmen können. Ich darf auch hoffen, daß die wenigen Fälle, über die in dieser Hinsicht noch verhandelt wird, ebenfalls eine gerechte Lösung finden werden.

16⁰⁰ Quadratkilometer deutschen Bodens mit rund 900 000 Menschen sind von fremden Truppen frei.

Die Reichsfahnen, die in Dortmund und in anderen Orten wehen, geben Kunde von der nur natürlichen und großen Freude der Bewohner. Wir haben heute feste Zusagen von Herriot über die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, und wir rechnen damit, daß die Räumung der ersten Zone mit der Stadt Köln gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 erfolgt sein wird.

Wer eine Politik der Verständigung beginnt, der muß sie auch zu Ende führen. Wir sind dazu bereit, im Interesse des Rheinlandes, im Interesse Deutschlands. Und

wir hoffen, daß nunmehr Frankreich und die französische Regierung auch im Hinblick auf die kommenden Entscheidungen von dem gleichen Gedanken beseelt sind, der allein zu einer Befriedung Europas führen kann.

Ich bedaure es außerordentlich, daß in die Zeit der in London einge-

leiteten und seither doch sichtbar fortgeschrittenen Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen

die Verhaftung und Verurteilung des Generals von Rathusius

gefallen ist. Der beklagenswerte Zwischenfall hat uns leider allzu lebhaft wieder die Erinnerung an frühere gefährliche Tendenzen nach dem Weltkriege wachgerufen. Ich kann aber einstweilen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die bisherige Behandlung des Falles in Frankreich doch nicht als ein wirkliches Wiederaufleben solcher Tendenzen, sondern nur als ein Einzelfall angesehen zu werden braucht, bei dessen weiterer Behandlung die französische Regierung dem berechtigten Empfinden des deutschen Volkes und dem beiderseitigen Streben nach Beseitigung der Kriegspsychose Rechnung tragen wird. Die Reichsregierung hat sich des Falles sofort nach seinem Bekanntwerden mit allem Nachdruck angenommen und im Einvernehmen mit General von Rathusius und seinen Angehörigen alles getan, was nach Lage der Sache möglich war. Wenn diese Bemühungen bisher vergeblich gewesen sind, wenn insbesondere die überstürzte Anberaumung des Verhandlungstermins die Verwertung des deutschen Entlastungsmaterials und eine ordnungsmäßige Verteidigung überhaupt unmöglich gemacht hat, so kann und wird uns das nicht abhalten, weiter für den Verurteilten einzutreten.

Wir wollen den Fall nicht zu einer Angelegenheit der politischen Propaganda oder der Aufpeitschung nationaler Leidenschaften machen, wir wollen aber nach Kräften dafür sorgen, daß einem Unschuldigen sein Recht wird.

Als die jetzige Regierung ihr Amt übernahm, da hatte sie vornehmlich drei Aufgaben zu erledigen: Stabilisierung der Währung, Balancierung des Etats und die Wiederbelebung der Wirtschaft. In Ausführung dieser Pflicht hat die Regierung sowohl auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens, wie auch der wirtschaftlichen Betätigung Anordnungen getroffen, die die schärfste Kritik von vielen Seiten gefunden hat.

wenden!

Der Erfolg hat aber den Beweis geliefert, daß die Regierung mit ihren harten und weitgreifenden Maßnahmen auf dem richtigen Wege gewesen ist.

Ganz selbstverständlich ist es für sie, daß Milderungen und Verbesserungen eintreten, so bald und soweit es nur immer die Besserung unserer Finanzen, das Wiederaufblühen unseres Wirtschaftslebens zuläßt. So sind bereits in vollem Gange die Arbeiten für eine Vereinfachung unserer Steuergesetzgebung, für die Herabsetzung der Steuerlast, soweit es nur möglich ist, für die Heraushebung der Sozialleistungen. — Zur

Aufwertung

gab der Kanzler die Versicherung ab, daß die Regierung keinen Augenblick die Frage aus dem Auge verloren hat, wie die durch Krieg und Inflation eingetretene schwere Vermögens-einbuße soweit wie irgend möglich vermindert und erleichtert werden könnte. Sobald der Reichstag zusammentritt, sollen ihm Vorschläge von der Reichsregierung vorgelegt werden, die über die im Aufwertungsausschuß des Reichstags von Dr. Luther gezogenen Grenzen hinausgehen. Aber keinesfalls kann eine Regelung vorgenommen werden, die den jetzt vielfach in demagogischer Form sich bemerkbar machenden Ansprüchen gerecht wird. Sonst erscheint drohend die ungeheure Gefahr der wiederkehrenden Inflation am Horizont.

Zur

Frage des Bürgerblocks

erklärte der Kanzler: Mit einem Bürgerblock, wie er in dem aufgelösten Reichstag theoretisch zu errechnen war, wäre eine konsequente Fortführung unserer Außenpolitik nicht mehr möglich gewesen. Eine Regierung, die beim Grafen Westarp anfängt und beim Zentrum aufhört, hätte nicht nur auf sehr schmaler parlamentarischer Basis gestanden, sondern auch zwangsläufig nach der völkischen Seite hintendiert.

Der Kern der künftigen Arbeitsgemeinschaft wird und muß die Mitte bleiben: Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten.

Die Führung muß in der Mitte bleiben und die Parole muß heißen: Durch Arbeit zur Freiheit!

Lassen wir auch endlich einmal ab von den Schlagworten

in der ernstlichen politischen Diskussion. Deshalb fort mit Parolen wie Bürgerblock, Rechtsblock oder Linksblock, die das Volk in zwei Hälften teilen und in unüberbrückbarem Gegensatz zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft stehen, die doch unser aller Ziel sein muß. Mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft verträgt sich auch nicht die Hege, die unter dem Schlagwort „gegen Juda und Rom“ neuerdings wieder gegen Juden und Katholiken einsetzt. Und worauf will man hinaus, wenn man im deutschnationalen Lager den Kampf gegen „Internationalismus und Pazifismus“ als Parole ausgibt? —

Besser wäre es, man steckte sich positive Ziele.

Da höre ich weiter das Schlagwort: Wir führen den Wahlkampf unter der Parole Schwarz-Weiß-Rot.

Ja, wenn mit der Wiedereinführung der Schwarz-weiß-roten Fahne, die unser aller Stolz war und ist, die schwierigen politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst wären — wer wollte da nicht freudig seine Zustimmung geben? — Wir

haben die Schwarz-rot-goldene Fahne zu einer Zeit gehißt, als das großdeutsche Ideal noch in erreichbarer Nähe schien. Darin lag keine Geringschätzung des Schwarz-Weiß-Rot, es war das Symbol für ein neues, größeres Deutschland. Wer Schwarz-Weiß-Rot in Ehren hält, braucht deshalb Schwarz-Rot-Gold nicht zu schmähen, denn es ist die Fahne des neuen Deutschlands, das wir aus den Trümmern des Weltkrieges und der Revolution gerettet haben, und die Fahne eines Deutschlands, das noch Millionen deutscher Brüder in sich aufnehmen will.

Wer den Vorrang der Außenpolitik anerkennt, der wird sich

vor allem davor hüten,

in einer Zeit, die die Zusammenfassung aller Volkskräfte zur positiven Arbeit, zu Höchstleistungen auf allen Gebieten fordert,

die Frage einer Aenderung der Staatsform aufzuwerfen.

Wer mit der Weimarer Verfassung nicht einverstanden ist, der mag auf dem durch die Verfassung selbst gezeigten Wege eine Aenderung erstreben, daran soll niemand gehindert werden. Wer aber diesen Weg verläßt, wer mit Gewalt erreichen will, was ihm auf dem verfassungsmäßigen Wege nicht gelingt, begeht ein Verbrechen am Volke, und die Regierung hat die Pflicht, das Volk davor zu schützen.

Die Ausführungen des Kanzlers fanden für mich in minutenlangen Wet-fall.

Marx und Stresemann.

Der Reichskanzler lehnt die Bürgerblockpolitik ab.

Eine Rede in Köln.

Am Sonntag hat Reichskanzler Marx in Köln am Rhein vor einer Zentrums-Volkerversammlung gesprochen. Mit erfreulicher Deutlichkeit rückte er von der Einerseits-Andersseits-Politik seines Außenministers Stresemann ab und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik, die Vertrauen im Ausland zu erwerben vermag. Mit Deutschnationalen und Völkischen, wie sie heute sind, sei solche Politik nicht zu machen. Marx verwies auf den besonders im Rheinland sichtbar gewordenen Erfolg der Verständigungspolitik und sagte u. a.:

Der Kölner Hafen war vor einem Jahre verödet, verödet waren die Häfen in Mannheim, Karlsruhe, Wesel und Emmerich. Heute ist der Schiffsverkehrsverkehr wieder auf seine natürlichen Wege zurückgeleitet worden. Die Wege zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im Westen sind geöffnet worden. Die Binnenzollgrenze ist gefallen. Das Blut zur Herzkammer der deutschen Wirtschaft, zum Ruhrgebiet, kann jetzt wieder ungehindert aus- und einströmen. Die wirtschaftliche und fiskalische Einheit ist wieder hergestellt, die Ricoverträge, die das rheinisch-westfälische Wirtschaftsleben zu ersticken drohten, sind beseitigt. Das besetzte Gebiet ist heute nicht mehr wie vor einem Jahre in wirtschaftlicher und produktionsfähiger Hinsicht ein Bestandteil Frankreichs. Auch die politischen Erleichterungen für Rhein- und Ruhrgebiet dürfen nicht vergessen werden. Die Ausweisungen von 40 000 Männern sind aufgehoben. 400 politische Gefangene sind freigelassen worden. Gemäß dem Londoner Abkommen und der darin enthaltenen Amnestie sind von französisch-belgischer Seite 1200 Verfahren eingestellt worden. Die Beamten des Reiches, der Länder und der Kommunen haben zum größten Teil ihren Dienst wieder aufnehmen können. Die Rückkehr zum Rheinlandabkommen und die Beseitigung der Kampfzordonanzen verschiedenster Art gibt wenigstens eine gewisse Rechtsgrundlage, und ich hoffe, daß in Hinsicht auf kommende Verhandlungen die Auslegung des Rheinlandabkommens ebenfalls in einer Weise gehandhabt wird, die dem Geiste der Verständigung entspricht, in dem der französische Ministerpräsident bis jetzt seine Zusagen hinsichtlich der Räumung gehalten hat. 1600 Quadratkilometer deutschen Bodens mit rund 900 000 Menschen sind von fremden Truppen frei. Die Reichsfahnen, die in Dortmund und in andern Orten wehen, geben Kunde von der natürlichen und großen Freude der Bewohner. Wir haben heute feste Zusagen von Herriot über die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, und wir rechnen damit, daß die Räumung der ersten Zone mit der Stadt Köln gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 erfolgt sein wird.

Ueber die Verurteilung des Generals Nathusius sprach der Reichskanzler sein Bedauern aus, warnte aber zugleich vor Aufspaltung der politischen Leidenschaften wegen dieses Falles, weil dadurch nur die Bemühungen der Reichsregierung, eine Aufhebung des Urteils zu erreichen, vereitelt werden könnten.

Weiter schilderte der Kanzler die Umstände, die zur Reichstagsauflösung geführt haben, wobei er den Deutschnationalen mehr als einen wohlgezielten Stich versetzte. Zum Beweise dafür, daß mit den Deutschnationalen keine Regierungsbildung möglich war, führte Marx aus: Es wäre wider alle Regeln der politischen Logik gewesen, das Kabinett nach Ausscheiden der Demokraten aus den Reihen der Reichstager zu erweitern und so eine Gefährdung der bisher verfolgten und oft genug mühsam durchgeführten Politik der Verständigung herbeizuführen. Das konnte und wollte ich nicht mitmachen, das hätte weder das Ausland noch unser Volk verstanden, das eine klare und zielbewußte Politik verlangt und von seiner Regierung, aber auch von den Regierungsparteien mit Zug und Recht erwartet, daß ihre Taten übereinstimmen mit ihren Worten, und daß in seiner überwiegenden Mehrheit zum Glück zu unterscheiden weiß zwischen hochtönenden Phrasen, zwischen leeren Wahlversprechungen und einer vernünftigen Politik, die immer noch die Kunst des Möglichen bleibt auch dann, wenn die sogenannte „nationale Opposition“ sich einmal entschließen könnte, statt der Opposition die Verantwortung zu übernehmen. Mit Protesten allein kommt man in der Politik nicht weiter.

Nachdem er die Aufwertungsfrage kurz gestreift und auch hier dem verantwortungslosen, auf Täuschung des Volkes berechneten Drängen der Deutschnationalen eine scharfe Absage erteilt hatte, kam Dr. Marx noch einmal auf das

Problem der Außenpolitik

zurück, dem unter allen Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen, der Vorrang gebühre und dem auch die Frage der Staatsform in Deutschland und damit die Frage Schwarz-weiß-rot oder Schwarz-rot-gold unterzuordnen sei. Der Reichskanzler erklärte, daß als Staatsform für das neue Deutschland nur noch die Republik in Betracht komme und daß alle Versuche, die Monarchie wieder einzuführen oder sonstwie die Weimarer Verfassung, die höchstes Recht geworden sei, von der Regierung mit aller Schärfe zurückgewiesen werden müßten. Aus diesen Gründen sei auch die Politik eines Bürgerblocks von den Völkischen bis zum Zentrum strikte abzulehnen. In einem solchen Bürgerblock — sagte Marx — würde das Zentrum nur Steigbügelhalter für die Völkischen sein. Einen solchen Bruch mit seiner ganzen bisherigen Politik werde das Zentrum nicht mitmachen. Wenn es zur Regierung nur dränge, um die Verständigungspolitik zu sabotieren, mit dem wollen wir keine Gemeinschaft!

Mit unverkennbarer

Spitze gegen Stresemann,

der kürzlich noch gesagt, es bestäche ein wesentlicher Unterschied zwischen seiner Außenpolitik und der seiner Vorgänger, fuhr Marx fort:

Neulich ist die Entdeckung gemacht worden, daß zwischen der Außenpolitik der letzten Jahre und der Außenpolitik von heute und zwischen der Außenpolitik einer Regierungspartei und der Außenpolitik, wie sie von den andern Parteien, die die gegenwärtige Regierung gestützt haben, geführt und verstanden worden ist, ein wesentlicher Unterschied bestand. Aus außen- und innenpolitischen Gründen kann ich mich nur freuen, daß diese Entdeckung erst jetzt gemacht worden ist. Noch mehr freue ich mich darüber, daß man bisher nie etwas von diesem Unterschied gemerkt hat. Aus diesen Gründen glaube ich, daß sich weitere Ausführungen darüber erübrigen. Man sollte doch in so ernsten und schwierigen Zeiten, wie den gegenwärtigen, an allen Stellen sich bewußt bleiben, daß es in erster Linie auf das Wohl der Allgemeinheit ankommt, und daß davor alle Rücksichten auf solches der Parteien zurückzutreten haben.

Man darf gespannt sein, wie die Stresemannpartei auf diese drastische Kennzeichnung ihrer Schaukelpolitik reagieren wird. Einstweilen liegt nur Bericht über eine Rede Stresemanns in München vor, in der er sich schärfer als in letzter Zeit wieder einmal gegen die Deutschnationalen gewandt und ihre Kritik an seiner Außenpolitik als unvernünftig zurückgewiesen hat. Stresemann merkt wohl, daß er bei dem Versuch, das Reichskabinett nach der deutschnationalen Seite hinüber zu balancieren, in Gefahr kommt, abzurutschen und möchte nun wieder mehr nach der Mitte zurück. Das soll und muß im Interesse einer klaren und unzweideutigen Politik vereitelt werden. Die Wähler müssen am 7. Dezember nicht nur die Völkischen und Deutschnationalen, sondern auch ihren Steigbügelhalter Stresemann aus dem Felde schlagen!

Quelle: Deutsche Allgemeine ZeitungDatum: 25. 11. 1924

Wahlreden.

Reichskanzler Marx in Köln.

Köln, 24. 11.

Die Rheinische Zentrumsparlei hat am Sonntag mit einer großen öffentlichen Versammlung den Wahlkampf im Rheinland eröffnet. Der Hauptredner des Tages war Reichskanzler Marx, der über das Thema „Die deutsche Politik“ sprach und dabei u. a. erklärte: Das hervorragendste Ereignis in der politischen Entwicklung des laufenden Jahres war zweifellos die Londoner Konferenz und die Annahme des Sachverständigengutachtens. Bei den Verhandlungen über die zu dessen Ausführung zu erlassenden Gesetze wurde der Reichsregierung im Reichstag vorgehalten, daß ja eigentliche Erfolge in London nicht erzielt worden seien. Ich habe das der Opposition ohne weiteres zugegeben und erklärt, sie habe recht insofern, als unsere Wünsche, die wir mit Recht gehegt hätten, bei weitem nicht von der Londoner Konferenz erfüllt worden wären. Immerhin ist es nicht uninteressant, unsere augenblickliche Lage mit dem Zustand zu vergleichen zu der Zeit, als die jetzige Regierung ihr Amt übernahm. Damals allgemeine Notlosigkeit, die Ruhr in höchster wirtschaftlicher Sorge, die Industrie belastet durch unerträgliche Verträge mit der Entente, überall Trostlosigkeit und wirtschaftlicher Jammer.

Anders der Zustand von heute: Kein Mensch denkt daran, die Rheinlande vom deutschen Vaterland abzutrennen. Die Regierung hat feste Zusagen von Perriot über die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete. Die Reichsregierung rechnet damit, daß die Räumung der ersten Zone mit der Stadt Köln gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 erfolge.

Zur Verurteilung des Generals v. Nathusius bemerkte der Kanzler: Ich bedauere es außerordentlich, daß in die Zeit der in London eingeleiteten und seither doch sichtbar fortgeschrittenen Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen die Verhaftung des Generals v. Nathusius gefallen ist. Der beklagenswerte Zwischenfall hat uns leider allzu lebhaft wieder die Erinnerung an frühere gefährliche Tendenzen nach dem Weltkriege wachgerufen. Wir wollen nach Kräften dafür sorgen, daß einem Unschuldigen sein Recht wird.

Zur Innenpolitik erklärte der Kanzler: Mit einem Bürgerblock, wie er in dem aufgelösten Reichstag theoretisch zu errechnen war, wäre eine konsequente Fortführung unserer Außenpolitik nicht mehr möglich gewesen. Eine Regierung, die beim Grafen Westarp anfängt und beim Zentrum aufhört, hätte nicht nur auf sehr schmaler parlamentarischer Basis gestanden, sondern auch zwangsläufig nach der völkischen Seite hin tendiert. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Graf Westarp zu der Ansicht kommen konnte, das Zentrum würde mit der Partei des Herrn Ludendorff gemeinsame Politik machen. Die Weimarer Verfassung ist kein Produkt der Revolution, sie ist höchstes Recht, sie hat dem chaotischen Zustand, der monatelang in Deutschland herrschte, ein Ende gesetzt, und wir müssen verlangen, daß sie von allen respektiert wird. Wer mit der Weimarer Verfassung nicht einverstanden ist, der mag auf dem durch die Verfassung selbst gezeigten Wege eine Aenderung erstreben, daran soll niemand gehindert werden.

Marx und Ebert.

© Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Versammlung in Bonn erklärte gestern abend Reichskanzler Dr. Marx u. a., es liege nicht der geringste Anlaß vor, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf zu zerren. Und wenn in der Rechtspresse und sogar von führenden Politikern immer wieder die Behauptung aufgestellt werde, es sei verfassungswidrig, daß der Reichspräsident Ebert noch heute die Präsidentschaft inne habe, so könne er diese Behauptung nicht scharf genug als unrichtig und unbegründet zurückweisen. Der Reichspräsident habe seit 1920 wiederholt und entschieden auf eine Neuwahl gedrängt. Im Oktober 1922 wurde auf Wunsch des Reichstages mit Rücksicht auf die politische Lage die Wahl durch ein besonders verfassungsänderndes Gesetz aufgeschoben. Im Februar 1924 brachte die Deutschnationalen Volkspartei kurz vor der Auflösung des Reichstages einen Gegenentwurf ein, der gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Reichstage die Neuwahl des Reichspräsidenten verlangte. Der Reichspräsident drängte mit aller Entschiedenheit darauf, daß der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei noch vor der Auflösung des Reichstages zur Verhandlung und Abstimmung gelangen sollte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Beurteilung des andern Vorwurfs, daß der Reichspräsident in Ueberschreitung seiner Kompetenzen und entgegen dem Geist der Verfassung in die Regierungsgeschäfte eingreife, erklärte der Kanzler: Das ist nicht wahr. Es handelt sich aber hier nicht lediglich um die Person des Reichspräsidenten, es handelt sich hier um mehr: um die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches, dessen Staatsoberhaupt ohne jeden Anlaß in einer Weise in den politischen Kampf gezerrt wird, die in jedem andern Lande einfach undenkbar wäre. National ist dieser Kampf nicht. Er entspricht aber auch nicht den Regeln des politischen Anstandes. Wenn dieser Kampf schon jetzt ohne jeden sachlichen Anlaß geführt wird, was haben wir dann erst im nächsten Jahre zu gewärtigen, wenn die Neuwahl des Reichspräsidenten wirklich bevorsteht? Ist es denn unmöglich, daß unsere politischen Parteien wenigstens so viel Selbstdisziplin bewahren, das Staatsoberhaupt aus den Tageskämpfen herauszulassen.



19473 0019 000

Quelle: Hamburger Echo, Nr. 331Datum: 1. 12. 1924**Reichskanzler Marx zur Außenpolitik.**

SPD. Berlin, 1. Dezember. (Rundfunk.)

Am Sonntag sprach Reichskanzler Marx in Düsseldorf und in Essen. In beiden Versammlungen trat er für die Farben Schwarz-Rot-Gold und mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß am 7. Dezember ein arbeitsfähiger und arbeitswilliger Reichstag zustande kommt. Wörtlich sagte der Kanzler:

„Arbeitsfähig nenne ich nur einen Reichstag, dessen große Mehrheit fest entschlossen ist, den bisher in der Außenpolitik verfolgten Weg weiterzugehen. Eine Abkehr von diesem Wege mache ich nicht mit. Die klare Linie unserer Außenpolitik darf keinesfalls verwischt werden. Ich habe die Hoffnung, daß das deutsche Volk am 7. Dezember in dem gleichen Sinne entscheiden wird, und wenn alsdann die Frage der Regierungserweiterung von neuem an uns herantritt, so ist entscheidend für die Lösung in erster Linie die sachliche Stellungnahme der Parteien zu der bisher verfolgten und bewährten Außenpolitik.“

19473 1 0020 000

The Times (London)

43830
Nr.

MARX'S BOYHOOD.

EXPULSION FROM "JESUIT" SCHOOL.

A LEGEND EXPLODED.

TO THE EDITOR OF THE TIMES.

Sir,—The remarks of your Special Correspondent on the East End Jews and Socialism suggest that some information I have recently obtained may have sufficient general interest to be worth publication.

When recently lecturing on the career of Marx, I was asked by a member of the class: Is it true that he was expelled in boyhood from a Jesuit school? The questioner had himself been confronted with the statement, I gathered, by Jews in the East End, who argued from it that Marx could not have been a Jew, since he attended a Jesuit school. They were apparently anxious to repudiate him, and laid considerable stress on the point. Of course, they meant a Jew by religion, not by race, and as the family had been Christianized when Marx was six years old, he might have attended a Jesuit school, if there had been one.

I could not answer the question, though I have a vague recollection of having seen the statement somewhere. No information is given about it in the biographies, so far as I know; but the desire of the chase had come upon me and I set inquiries on foot to trace the facts. They have come to light through the efforts of a gentleman on the Continent, who very kindly took the trouble to ascertain them. I do not mention his name because I have not asked his permission, but I am greatly obliged to him.

The facts are that Marx attended the school in Trier known as the Königliches Friedrich Wilhelm Gymnasium, and was expelled for misconduct. It was not a Jesuit school and could not have been, because there was none in Germany at that time. There had been one at Trier from 1563 to 1773, when the Jesuit houses were suppressed in Germany, and it occurred to me that the gymnasium probably occupied the old Jesuit premises. On inquiry this turned out to be the case. Hence the legend. The building was locally known as the Jesuit school from its long occupation by the Jesuits, and continued to bear the name after the change. It still does, I am told. So it is true that Marx was expelled from "the Jesuit school," but not from a Jesuit school. He was evidently a rebel already in boyhood. The Jesuits did not return to Trier until 1856.

Your obedient servant,

A. SHADWELL.

Der brave und fromme Kanzler.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben:

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann, wie Orgelson und Glodenklang.“ Der Reichskanzler Dr. Marx hat Westdeutschland bereist und ist dem verehrlichen Publikum als der brave Mann des Zentrums präsentiert worden. Die Aufmachung war erstklassig, die Regie glänzend. „Mächtig verdröhnten Orgellänge, als der Kanzler in Begleitung des Parteivorstandes den Saal betrat,“ heißt es in dem Bericht über das Auftreten des Herrn Dr. Marx in Bonn; es fehlt also nur noch der Glodenklang, um den braven Mann nach den Worten des Dichters auch äußerlich zu symbolisieren.

Keine Frage, Herr Dr. Marx ist persönlich ein braver Mann. Niemand, der ihn kennt oder seine Laufbahn als Beamter und Politiker verfolgt hat, bezweifelt seine Ehrenhaftigkeit. Aber es gehört eine Naivität sondergleichen dazu, das deutsche Volk, wie es jetzt geschieht, glauben machen zu wollen, daß ihm mit diesen Tugenden seines Kanzlers schon gebient sei. Kurz und treffend kennzeichnete ein katholischer Geistlicher dieses Treiben mit den Worten: „Alles, was man dem Reichskanzler zum Ruhme nachsagt, eignet ihn vortrefflich zum Vorsitzenden eines Kirchenvorstandes oder zum Präses einer Kongregation. Aber zum Amt des Reichskanzlers gehören doch noch ganz andere Qualitäten, und von diesen bekommt man nichts zu hören.“ Nun sammelt freilich die Zentrums Presse mit Bienenfleiß seit Monaten jedes Lob, das dem Reichskanzler vom feindlichen Auslande gesendet wird, und rühmt es als sein Verdienst, daß wir das Vertrauen (!) unserer Feinde endlich gewonnen hätten. Es ist wahr, aus dem Auslande erschallt das Lied vom braven Mann zu Ehren unseres Reichskanzlers; aber gerade dieser Umstand mußte doch kühnig machen. Wir haben doch oft genug die Erfahrung gemacht, daß unsere Feinde stets diejenigen deutschen Politiker loben, die sie für ihre eigenen Zwecke — und nicht etwa für die deutschen Interessen — als die bequemsten einschätzen. Das Ausland preist jetzt Herrn Dr. Marx über die Maßen, weil es glaubt, mit ihm am leichtesten fertig werden zu können.

Text und Melodie des Liedes vom braven Mann, das jetzt landauf landab in Deutschland ertönt, ist wohl im Ausland entstanden; das gibt ihm in den Augen gewisser Leute einen besonderen Reiz. Es klingt niederschmetternd naiv im Munde des leitenden Staatsmannes, wenn er in Bonn erklärt: „Wenn ich mein Amt bisher zu verhältnismäßig gutem Ergebnis geführt habe, dann ist das nicht meine Weisheit. Ich verzichte auf Diplomatenweisheit.“ Wem fällt hier nicht das Wort ein, mit dem Plato die Demokratie seiner Zeit charakterisiert: „Ein jeder Handwerker muß sein Geschäft erlernt haben, um etwas darin leisten zu können; zu dem schwierigsten aber, der Lenkung der Staatsgeschäfte, glaubt sich jedermann ohne weiteres befähigt.“

Herr Dr. Marx geht sogar noch weiter, wenn er sagt: „Wenn ich irgendwelche Ergebnisse erzielt habe, dann ist es m. E. geschehen, gerade weil ich kein Diplomat bin und kein Staatsmann der alten Schule sein will, sondern weil ich mir (!!) sage: wenn irgendwo Gerechtigkeit und Wahrheit siegen sollen und nach Gottes Ratsschluß siegen müssen, dann muß das auch im öffentlichen Leben geschehen, nicht nur im Privatleben.“ Siegt denn im Privatleben immer Wahrheit und Gerechtigkeit? Herr Dr. Marx mag sich einmal bei dem deutschen Mittelstand erkundigen, den die nachrevolutionäre Mißwirtschaft unter maßgebender Mitwirkung der Erzberger und Wirth vernichtet hat! Und woher will der Kanzler wissen, was Gottes Ratsschluß ist, auf den er sich so blindlings verläßt. Das scheint mir nicht die rechte Art des Gottvertrauens zu sein. Hilft dir selbst, dann hat dir Gott geholfen. Der Mensch muß selber alles tun, was in seinen Kräften steht, dann erst darf er auf Gott vertrauen. Und zu dem, was der Mensch im Kampf ums Dasein sich selbst verschaffen muß, gehört auch die nötige Sachkunde

und Erfahrung. Diese kann niemand entbehren, erst recht kein Staatsmann, der nicht nur für sich, sondern für viele Millionen Volksgenossen verantwortlich ist. Es ist traurig aber wahr: der brave Mann, der nichts ist als brav, kommt im Leben immer unter die Räder. Im Evangelium heißt es nicht nur: „Seid einfältig wie die Tauben“, sondern auch: „und listig wie die Schlangen!“ Wir müssen uns dagegen wehren, wenn die Agitation des Zentrums Herrn Marx zu einem großen Staatsmann stempeln und ihm Verdienste zuschreiben will, die ihm nicht zukommen. Gerade zur rechten Zeit hat am 28. November Paul Rohrbach in einer demokratischen Wahlversammlung daran erinnert, daß die Wendung der französischen Politik gegenüber Deutschland die Folge einer politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit war; der Amerikaner Morgan habe im letzten Frühjahr den Rückgang des französischen Handels herbeigeführt und dadurch Frankreich zu einer Aenderung seiner Politik gezwungen. Wir hätten erheblich mehr erreichen können, wenn wir nicht so sehr den „braven Mann“ gespielt hätten.“

In seinen Wahlreden schwimmt übrigens Herr Dr. Marx ganz im Fahrwasser des linken Zentrumsflügels. Er ist ganz einseitig auf die Polemik gegen die Deutschnationalen eingestellt und spielt, ganz wie es die linke Zentrums Presse schon seit Monaten getan hat, das Ausland aus, um die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei ohne gleichzeitige Beteiligung der Sozialdemokratie darzutun. In seiner Kölner Rede hat er an die Adresse der Deutschnationalen sogar die Frage gerichtet, ob es christlicher Lehre entspricht, unausgesetzt auf den Krieg als die zunächst (!) liegende Erledigung von Streitigkeiten zwischen Völkern hinzuweisen.“ Das ist eine Unterstellung, die der Wahrheit widerspricht; kein Angehöriger der Deutschnationalen Volkspartei huldigt einer so unsinnigen Ansicht. Soll damit die Deutschnationale Volkspartei vielleicht in den Augen des Auslandes als regierungsunfähig discreditiert werden?

Manches in den Wahlreden des Herrn Marx machte ganz den Eindruck, als ob Dr. Wirth ihm dabei ouïïert hätte. Sehr auffallend ist ja auch der Umstand, daß Herr Dr. Marx sich jeder Polemik gegen die roten Freunde des Wirthschen Zentrumsflügels enthält. Man muß sich daran erinnern, daß Dr. Marx mit den zwölf Männern um Wirth gegen die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung gestimmt hat. Auch hat Dr. Marx die Idee einer Regierung der Volksgemeinschaft nur deshalb vorgeschoben, um die Bildung eines sozialistenfreien Kabinetts zu verhüten. Schließlich diente auch die völlig überflüssige und schädliche Reichstagsauflösung nur diesem Zweck. Wenn Herr Dr. Marx sich jetzt krampfhaft bemüht, ihre Notwendigkeit zu beweisen, so hat er damit kein Glück, wie ihm die Presse der Deutschen Volkspartei bezeugt. Qui s'excuse, s'accuse!

Vielfach herrscht die Ansicht, gegenwärtig habe im Zentrum der rechte Flügel die Oberhand. Zentrumspolitiker, die es

wenden!

wissen müssen, versichern offen das Gegenteil. Ton und Inhalt der Marx'schen Reden beweisen, daß sie recht haben. In Zentrumstreifen — denselben, die jetzt so laut das Lied vom „braven Mann“ Marx singen — wird ganz offen Dr. Wirth als der kommende Mann genannt. Ihnen ist Dr. Marx nur der Vorläufer und Platzhalter für ihr Idol.

Was aber eine neue Ära Wirth bedeuten würde, das weiß jeder, der sich noch mit Schauer an die alte Ära Wirth erinnert. In der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 825 a vom 2. November kennzeichnet ein „ehemaliger Zentrumsanhänger“ treffend die Persönlichkeit dieses „Altreichstanzler“: „Dr. Wirth ist ein politischer Alpinist, der sich nur mit Hochtouren abgibt. Nur die allerhöchsten Spitzen reizen ihn; er glaubt unerschütterlich an sich und fühlt sich absolut schwindelfrei. Schwindel befällt ja nur diejenigen, die in die Abgründe schauen, und das tut Dr. Wirth nie. Für Abgründe hat er keinen Blick, er sieht sie überhaupt nicht. Darum kann er sich getrost die waghalsigsten Kletterpartien zumuten. Und er muß hinauf, er hält es unten einfach nicht aus.“ Dem wäre noch hinzuzufügen, daß bei seinen bisherigen Kletterübungen zwar nicht Dr. Wirth, aber der deutsche Mittelstand das Genid gebrochen hat.

Osram.

19473 0022 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Neue Preussische (Kreuz-) ZeitungDatum: 19. 12. 1924, S. 1-2

Marx als Schriftmacher der Sozialdemokratie.

Nachdem das Zentrum durch seinen gestrigen Beschluß dem Linksbloß so schön in die Hände gearbeitet und Herr Ebert die Möglichkeit gegeben hat, Marx mit den weiteren Verhandlungen zu betrauen, tritt die Sozialdemokratie aus ihrer Reserve heraus. Sie sagt nunmehr auch der großen Koalition ab und verlangt die Weimarer Koalition, d. h. ein Wirth-Kabinett, vielleicht mit dem Namen Marx als einzige sogenannte Konzeßion, die man noch zu machen bereit ist. Denn die Entschließung, die die sozialdemokratische Fraktion gestern gefaßt hat, kennt nur zwei an sich wichtige Punkte. Das sind: ein Bürgerbloß muß verhindert werden, und die Weimarer Koalition muß als die „gegebene Lösung“ geschaffen werden. Marx als Commis voyageur des Reichspräsidenten, erhält damit seinen eigentlichen Auftrag von der Partei des Reichspräsidenten. Daß man ihn für würdig befunden hatte, das begonnene Geschäft zu Ende zu führen, ist aus seiner Haltung zu erklären, die er eingenommen und durch die er den ersten Punkt der sozialdemokratischen Forderungen, die Verhinderung einer staatsbürgerlichen Regierung, schon erfüllt hatte. Die Bemühungen des Herrn Marx sind doch gescheitert.

Der Reichsfinanzler Marx, das muß einmal offen ausgesprochen werden, hat sich durch seine ganzes Verhalten während der Regierungskrisen seit den Wahlen derart kompromittiert, daß er für das deutsche Volk jedenfalls auf dem Posten, den er bisher innegehabt hat, eine dauernde Unmöglichkeit ist. Er ist auch nicht der Mann, in dem das deutsche Volk einen Staatspolitiker zu erblicken hat, sondern lediglich ein Parteitaktiker, der schiebend und geschoben, die Geschäfte des Reichsbannerbloßes besorgt, ohne dabei auch nur die geringsten eigenen Gedanken zu haben und den Anspruch darauf erheben zu können, daß er im Interesse des Volkes ganzes richtunggebend auf den Staat allein losgegangen sei. Man möchte ihm heute auch die an sich schon zweifelhaften Verdienste auf außenpolitischem Gebiete in die Schuhe schieben und tut das ohne Rücksicht auf Stresemann, der überhaupt von seinen früheren Koalitionsgenossen eine Behandlung erfährt, die geradezu unanständig ist. Stresemann war eben so lange gut, als er den Novemberparteien die Kastanien aus dem Feuer holen sollte und man sich dabei die Finger nicht allein verbrennen wollte. Als Stresemann mit seiner Politik nach London gekommen war, pfuschte ihm Marx ins Handwerk, wahrscheinlich gestoßen und getreten von den Wirth, Breitscheid und Genossen, die unter allen Umständen verhindern wollten, daß Stresemann mit seiner „nationalen Realpolitik“ durchkam. Durch die Art und Weise, wie man in der Linkspresse heute mit Stresemann verfährt, soll nur der Eindruck erweckt werden, als ob er selbst am wenigsten für sich und seine Partei von den „Erfolgen“ einstecken kann, die, soweit es überhaupt Erfolge sind, auf sein Konto gehen.

Der einzige Politiker in diesem Kabinett — wenn man von seiner Wirksamkeit als Politiker überhaupt sprechen kann —, das schon seit einem Jahre unter der Hegide von Marx ein kümmerliches Dasein lediglich als Pflanzhalter des Linksbloßes fristet, ist Stresemann gewesen. Nun will man es plötzlich nicht mehr wahr haben, weil ihm die parlamentarische Kulissenschieberei nicht mehr paßt und weil er die Konsequenzen aus der Verschiebung der innerpolitischen Lage zieht und seine Politik staatsbürgerlich unterbauen will. Die ganze Linkspresse schreit Zeter über Stresemann, dem die Schuld an dem unglaublichen Zustand, in dem wir uns weiterhin befinden, in die Schuhe geschoben werden soll. Stresemann und seine Partei werden sich selbst zu verteidigen wissen. Wir halten hier nur die Pflicht, die Taktik des Linksbloßes bloßzustellen. Sie arbeitet mit Verleumdungen und Verdrehungen und geht nur auf machtpolitische Ziele aus. Alles andere sind Phrasen, ist der Versuch mit deutbaren Begriffen, einen Schleier um das zu hängen, was hinter den Kulissen trotz Demokratie, Volksfreiheit und Volkssouveränität zugunsten der Parteien, die seit November 1918 das Heft in den Händen haben, gemacht werden soll.

„Der Feind steht rechts!“ Das ist der ganze Sinn der Manöver, die seither unternommen worden sind und durch die mit den Interessen des deutschen Volkes in einem Augenblick Schindluder getrieben wurde, wo alle die Fragen, die auch vor den Wahlen für die famosen Linkspolitiker Deutschlands plötzlich nicht mehr so dringend waren, um eine Reichstagsauflösung zu verhindern, eine um so größere Rolle spielen, als der 10. Januar näher und näher rückt. Der „Vorwärts“ erinnert mit Recht daran, indem er schreibt:

Gibt es überhaupt noch ein Problem der Räumung der besetzten Gebiete? Gibt es noch Probleme der Handels- und Wirtschaftspolitik? Kennt man in Deutschland keine Steuerprobleme und keine Aufwertungsprobleme mehr? Gibt es noch Probleme der sozialen Gesetzgebung in Deutschland? Eine Fülle von praktischer gesetzgeberischer Arbeit ist zu leisten im Interesse der außenpolitischen Stellung Deutschlands und im Interesse der Wohlfahrt des deutschen Volkes.

Aber alle diese Fragen fallen auf ihn und seine bis ins Zentrum reichenden Gefolgsleute, nicht auf den sogenannten Bürgerbloß zurück, und es ist nicht so, daß an jeder Regierungskrise die Deutsche Volkspartei die Schuld trug, sondern

wenden!

die, die trotz dieser dringenden nationalen Probleme den Reichstag auflösen ließen, um einen innerpolitischen Machtkampf von entscheidender Bedeutung zu unternehmen. Dieser Machtkampf ist durch den Wahlausfall mißglückt; er ist nun aufs neue im Reichstag durch die Fraktionen vorgetragen worden. Und zwar hat Herr Marx — das ist der Vorwurf, den wir ihm vor der Geschichte machen — da seine Hand geliehen, daß auf intrigantenhafte Weise der Versuch unternommen wird, die Revolution von 1918 in parteipolitischen Interesse weiter zu treiben.

Wir schließen mit dem, was die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zum Zentrumsbeschuß von vorgestern sagt, indem sie erklärt:

„Der Zentrumsbeschuß vertieft die Geschehnisse zwischen den staatsbürgerlichen Parteien und macht die notwendige Lösung der parlamentarischen Krise unmöglich. Die volle Wucht der Verantwortung für die Folgen, die daraus entstehen müssen, trifft, das muß mit ganzer Deutlichkeit gesagt werden, Herrn Marx und seine Fraktion. Sie scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß ihre Haltung für Deutschnationale und Deutsche Volkspartei eine ungewöhnliche günstige Situation schafft, wenn sie das Trauerspiel der Regierungsbildung rein vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus betrachten würden.“

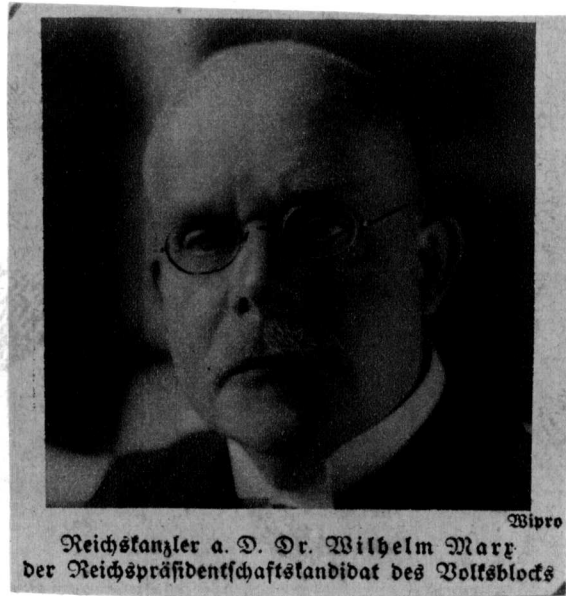
Nur keine Verschiebung der Tatsachen in der Frage der Verantwortung. Aus schwarz macht auch Herr Marx nicht weiß. Der „beste Mann“ des Zentrums ist von erschreckendem kleinem staatsmännischem Format. Ein würdiger Nachfolger — Fehrenbachs, dem er hoffentlich auf immer in der Vertretung nachfolgen wird. —hl.

19473 10023 000



Quelle: Hamburger Anzeiger

Datum: [um 1925]





19473 10024 000

Quelle: KLadderadatsch

Datum: [um 1925]

Einziger Mißerfolg

So schmetternd klang die Wahlfanfare,
So prahlerisch ihr Ruf:
All großes Wert der letzten Jahre,
Marx war es, der es schuf.

Daß glücklich wir wie die Schlaraffen,
Verdankt man Marxen nur.
Marx hat die Rentenmark geschaffen,
Er schuf die freie Ruhr.

Die Heilung bracht' für alle Wunden
Sein Schöpfergeist uns her.
Wär' nicht das Pulver schon erfunden,
Er hätt's geschaffen, er.

All junges Glück auf deutscher Erden
Schuf uns des Marxen Kraft.
Bloß Präsident des Reichs zu werden,
Das hat er nicht geschafft.

Simon der Jüngere.

(im Kladderadatsch)

19473 0025 000

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 26.

Dank an Marg.

Der Reichspräsident hat an den aus dem Amte scheidenden Reichskanzler Marg nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Mit aufrichtigem Bedauern habe ich in Genehmigung Ihres Abschiedsgesuches mit dem befolgenden Erlasse Sie von dem Amte des Reichskanzlers entbunden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter, sorgenvoller Arbeit. Aber diese Arbeit war nicht vergeblich, sie brachte unserm Volke auf seinem Leidenswege zum ersten Male Besserung und Erfolg auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete. Wie ich Ihnen schon am Neujahrstage zum Ausdruck bringen konnte, haben Sie, Herr Reichskanzler, reichen Anteil an den erreichten Fortschritten. Mit ruhiger und sicherer Hand, gestützt auf reiche politische Erfahrung und unter Einsetzung Ihrer ganzen lautereren Persönlichkeit, haben Sie die Geschäfte des Reiches so geführt, daß Sie sich Anspruch auf den Dank des gesamten deutschen Volkes erworben. Ich weiß, daß Ihre schlichte Wesensart äußere Ehrungen und Dankesbeweise ablehnt und sich mit dem Gefühl der für das Vaterland getanen Pflicht begnügt; es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben, und Sie zu bitten, stets meiner herzlichsten Wünsche versichert zu sein. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochschätzung bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Ebert.

19473 0026 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 90Datum: 22.2.1925 S. 1-2

Sackgasse.

Der frühere Reichskanzler Marx hatte sich, ob mit Recht oder Unrecht, ist völlig gleichgültig, in der internationalen Öffentlichkeit eine gewisse Autorität errungen. Es ist schmerzhaft, sagen zu müssen, daß der Kampf um die Macht in Preußen diesen Aktivposten deutscher Politik fast vollständig vernichtet hat. Bedeutungslose Parteisanatiker wie Herr Heß und die von ihm geführte Gruppe bewogen Herrn Marx zur Annahme des Ministerpräsidentenamtes, obwohl dieses Experiment unweigerlich scheitern mußte. Sie brachten es fertig, Herrn Marx, „den besten Mann des Zentrums“, einer furchtbaren Blamage und der noch größeren Peinlichkeit auszusetzen, daß ausgerechnet Herr Heilmann als Hauptverteidiger der Regierungskoalition die Tribüne betrat. In der Skandalatmosphäre dieser Wochen berührt es menschlich vielleicht nicht unsympathisch, daß dieser Mann sich noch immer ganz offen zu seinem „Freunde Barmat“ bekennt, obwohl der inzwischen im Gefängnis gelandet ist. Herr Heilmann glaubt natürlich so auch taktisch richtiger zu handeln. Die Gerichte werden darüber ihr Urteil fällen. Aber eine vollendete Unmöglichkeit liegt darin, daß dieser selbst Mann sich zum politischen Ritter eines dem Zentrum angehörigen Ministerpräsidenten aufwerfen darf. Die gesamte Öffentlichkeit und nicht zuletzt die Wähler der Zentrumsparlei stehen hier vor einem Rätsel. Wir halten es für einen kaum reparablen Fehler, daß sich Herr Marx von unverantwortlichen Elementen hat verleiten lassen, seinen guten Namen einer so schlechten Sache zu leihen. In der Tat befindet sich das Zentrum in einer schweren inneren Krise. Es ist nicht anzunehmen, daß die Aufforderung zur Mandatsniederlegung, die an zwei Fraktionsmitglieder gerichtet worden ist, ohne ernste politische Weiterungen bleibt. Vor kurzem hat Stegerwald in Köln eine außerordentlich bemerkenswerte Rede über die Zentrumspolitik gehalten, in der er u. a. sagte: „Heute ist, ziffernmäßig gesehen, eine feste Mehrheit ohne Sozialdemokratie und ohne Demokraten möglich. Das war der große Trumpf, den die Deutsche Volkspartei in den letzten Wochen in der Hand hatte. Und wenn die Deutschnationale Volkspartei sich noch weiter jahrelang in der Opposition auswirken kann, dann braucht man kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß nach der nächsten Reichstagswahl eine Koalitionsmehrheit ohne Sozialdemokratie, ohne Demokraten und ohne Zentrum das Wahrscheinliche sein wird.“ Diese sehr klare Formulierung bezieht sich zwar auf die inneren Verhältnisse im Reich. Aber sie trifft auch den Kernpunkt der Lage in Preußen. Stegerwald konkludiert, daß die Zentrumsparlei sich damit abfinden müsse, einmal mit Links und einmal mit Rechts eine Regierungskoalition einzugehen. „Ob dieser Zustand jemand zusagt oder nicht, darauf kommt es nicht an.

Wem er nicht gefällt, hat die Aufgabe, einen anderen Weg zu weisen.“ Die Rechtskoalition sei heute eine staatspolitische Notwendigkeit. Der Weg jedenfalls, den die Kirchturmpolitiker vom Schläge des Herrn Heß gewiesen haben, führt nicht zum Ziel. Er hat, zum Schaden des Vaterlandes, das politische Renommee des gewesenen Reichskanzlers Marx zerschlagen. Er hat, vordem wahrscheinliche, Abmachungen in der Reichspräsidentenfrage außerordentlich erschwert und schließlich das Zentrum selbst in eine Sackgasse hineinmanöveriert, an der die Feinde unseres Volkes die meiste Freude haben werden. Wenn für den Zusammenhalt der Nation verderbliche Spielereien bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten wiederholt werden sollten, so ist ihr Schicksal von vornherein besiegelt. Es wäre zu hoffen, daß sich die preussische Zentrumsfraktion noch in letzter Stunde auf die großen Traditionen der Partei besinnt. Wird dieser Entschluß nicht gefaßt, so stehen Neuwahlen bevor.

*

Der Bericht der Militärkontrollkommission ist endlich in Paris überreicht worden. Wer aber etwa geglaubt hat, daß er nun auch veröffentlicht werden würde, damit Deutschland und die Welt Gelegenheit erhalten, die in ihm enthaltene „Anlagen“ kennenzulernen, der weiß nichts von der Psychologie der Entente. Die Verzögerung in der Abfassung dieses Machwerks wurde mit der angeblichen Sabotage durch die deutschen Behörden begründet. Es sollte uns nicht wundern, wenn die Veröffentlichung des Kontrollberichts, der bereits dem famosen Interalliierten Militärkomitee des Marschalls Foch und den Botschaftern zugestellt wurde, gleichfalls auf hinterlistige Machenschaften von Deutschen zurückgeführt würde. Wahrhaft erdrückendes Material, daß man noch immer nicht magt, es der Welt bekanntzugeben! Wie unter den englischen und französischen Kontroll-offizieren in Berlin, so bestehen zwischen den Regierungen von Paris und London ernste Differenzen. Nicht einmal über die Methoden der Verhandlung ist man schon einig. Die englische Regierung wünscht mündliche Besprechung, womöglich in London. Herriot sträubt sich dagegen aus Furcht vor der Opposition. Nach dem „Petit Parisien“ wäre die Note an Deutschland frühestens in einem Monat zu erwarten. Inzwischen zerflattern langsam auch die schüchternsten Hoffnungen auf einen Ausgleich durch Schuld der Entente. Die Tragödie der tödlichen Entfremdung Europas geht weiter.

*

wenden!

Gerriot wankt. Die Frankenkriese und Caillaux' Wiederkehr sind ernste Symptome. Die Quittung für den leichtfertigen Schwindel konnte nicht ausbleiben, der jahrelang mit dem Schlagwort „Der Deutsche zahlt alles“ und mit der betrügerischen Manipulation der dettes recouvrables getrieben worden ist. Nach Béranger beträgt die Kapitalflucht aus Frankreich etwa zwanzig Milliarden Papierfranken. Im laufenden Jahre werden 21 Milliarden kurzfristiger Anleihen zur Rückzahlung fällig. Loucheur führt den Frankencrash darauf zurück, daß seinerzeit der englische Vorschlag zur Regelung der interalliierten Schulden von Poincaré abgelehnt und England damit gezwungen wurde, sich mit den Vereinigten

Staaten direkt zu verständigen. Er hält eine Anleihe von 200 Millionen Dollar für notwendig, die — in der Schweiz untergebracht werden sollte, nicht in Amerika. Loucheur hat außerdem nicht unterlassen, eine Verbeugung vor Caillaux zu machen. In seiner Darstellung war reichlich viel die Rede von dem Optimismus, der zum Vorwärtstommen in der Politik wie in der Wirtschaft unentbehrlich sei. Der Ministerpräsident hat auf der anderen Seite die Nation zur „heiligen Einheit“ aufgerufen und ebenfalls behauptet, es genüge „ein bißchen Optimismus und ein bißchen Geduld“, um das Sanierungswerk zu beenden. Wir zweifeln daran, ob die für Deutschland und für Europa so notwendige Erhaltung der französischen Währung mit sentimentalen Phrasen bewirkt werden kann. Der anscheinend recht geschickte Finanzminister Clementel hielt es auch für besser, von einer 100-Millionen-Dollar-Anleihe zu sprechen, die in sicherer Aussicht stehe. In Wahrheit handelt es sich indes gar nicht um ein wirtschaftliches, sondern um ein politisches Problem. Herr Bokanowsky sprach mit brutaler Uebertreibung aus, daß die Regierung nur die Wahl habe zwischen dem Staatsbankrott und der Aufgabe des Bündnisses mit den Sozialisten. Die inneren Spannungen in Frankreich verschärfen sich von Tag zu Tag. Neben die national-republikanische Liga Millerands ist ein katholischer Bund des Generals Castelnau getreten, der am vergangenen Sonntag unter Teilnahme von angeblich 45 000 Menschen eine Kundgebung in Rennes veranstaltete. Während noch vor einem Jahr höchst selten von Zusammenstößen und auch dann nur von solchen zwischen Kommunisten und camelots du Roi berichtet wurde, ereignen sich heute schon bewaffnete Zwischenfälle wie der nach einer katholischen Versammlung in Marseille, wobei zwei Tote und fast 100 Verletzte auf der Strecke blieben. Die Frage der Beziehungen zum Vatikan, die weitgehende Amnestie, die steigende Teuerung, der Beamtenabbau und die Unzufriedenheit des Offizierkorps — alle diese Probleme vergiften den politischen Kampf, und die Opposition, die allein über eine einflussreiche Presse verfügt, hat zu groß angelegter Offensive angelegt. Sie malt das „rote Gespenst“ an die Wand, wie Caillaux sich ausdrückt, obwohl die französischen Sozialisten ihr ganzes theoretisches Programm der Koalition mit den Radikalen geopfert haben, genau wie seinerzeit Max Donalds Mannen das ihre der Labour-Regierung. Was aber freilich nicht hinderte, daß der Kampf der Konservativen gegen die rote Gefahr mit einem überwältigenden Siege geendet hat.

Vorläufig versucht Herr Gerriot seine Position zu retten, indem er Intrantenz in den auswärtigen Fragen an den Tag legt. Auch daher die unheilvolle Verquickung der Räumung der nördlichen Zone mit den politischen Fragen der Sicherheit und der interalliierten Schulden. Baldwin erklärte neuerdings wieder im Unterhause, daß die Räumung der Zone von Köln lediglich davon abhängt, wie weit Deutschland den Verpflichtungen des Versailler Diktates über die Entwaffnung nachgekommen sei. Die „Times“ spricht wiederholt aus, daß es vom englischen Standpunkt keine Entschuldigung mehr gebe, in Köln zu bleiben, wenn die deutsche Regierung wirklich alle Entwaffnungsmaßnahmen durchgeführt haben werde, die im Diktat von Versailles festgelegt sind. Wir nehmen Akt von diesen formalen Erklärungen. Für den Kampf für das deutsche Recht sind sie unter allen Umständen von größer Bedeutung. England legt Wert darauf, mindestens den Schein zu wahren, und es würde eine große Aufgabe erfüllen, wenn es den imperialistischen Forderungen gegenüber wirklich festbliebe. Aber wir erinnern uns, daß z. B. der englische Vertreter in der Rheinlandkommission bei offenbar vertragswidrigen Beschlüssen dieser Stelle sich der Stimme enthalten hat, ohne dadurch die vertragswidrige Maßregel auch nur im geringsten zu hemmen. Der Fall könnte eintreten, daß nach Vereinigung aller schwebenden Fragen die Räumung der nördlichen Zone nach der englischen Rechtsauffassung vorgenommen würde und daß dann die französische Regierung auf eigene Faust Schritte unternähme, die im Versailler Diktat keinerlei Begründung finden. Sollte die englische Regierung hoffen, sich dann auf ähnliche Weise aus der Affäre zu ziehen, so muß schon jetzt gesagt werden, daß sie moralisch viel zu stark engagiert ist, als daß

eine solche scheinheilige Passivität von ihr getragen werden könnte.

★

Aus England kommen Nachrichten über den Plan einer neuen Abrüstungskonferenz. Abrüstung oder neue Bündnisse, darum geht es in der Tat, und mit diesem Problem hängt auch die Krise des Vertrauens in die französische Währung engstens zusammen. Der neuernannte amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Kellogg, hat mit Chamberlain informatorische Besprechungen geführt. An sich war eine neue Abrüstungskonferenz schon im Genfer Protokoll für den Fall vorgesehen, daß dieses bis zum 1. Mai von der Mehrheit der Mitglieder des Völkerbundes und von zehn weiteren Völkerbundsmitgliedern ratifiziert sein werde. Die englischen Dominien haben aber das Genfer Wert zu Fall gebracht. Der neue Vorschlag bezieht sich vor allem auf die Seerüstungen und knüpft somit an die erste Washingtoner Abrüstungskonferenz an. Dieser Tage stellte

der „Daily Telegraph“ fest, daß die fünf Mächte Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan im letzten Jahre trotz der Washingtoner Konferenz mehr Kriegsschiffe gebaut haben als sieben Großmächte im Jahre 1914. Solange Unterseeboote und Flugzeuge unbeschränkt gebaut werden dürfen, solange die für Europa entscheidende Frage der Abrüstung zu Lande nicht ins Rollen kommt, werden alle Abrüstungskonferenzen zum kläglichen Scheitern verurteilt sein. Gerade diese wichtigsten Punkte aber, an denen auch England ein sehr verständliches Interesse hat, sollen wieder ausgeschaltet werden. Die französische Regierung bemüht sich, das ist der Kern des ganzen Sicherheitsgeredes, um ein militärisches Bündnis mit England, nachdem sie im Oster schon ein festgefügtes Allianzsystem ausgebaut hat. Sie belastet sich mit ungeheueren Krediten für die Rüstungsindustrie der kleinen Staaten um den Preis des drohenden Zusammenbruches der eigenen Währung. Aus diesem Dilemma führt kein anderer Weg heraus als der einer vollkommenen gleichberechtigten Aussprache mit Deutschland. Findet aber Herr Perriot den Mut zu dieser Verhandlung nicht, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis die Phrasen von Abrüstung und Sicherheit überall als impotente und verächtliche Versuche zur Ablenkung der öffentlichen Meinung entlarvt sind.

★

In den eben erschienenen Erinnerungen des Botschafters von Radomitz schildert der Verfasser, der damals Generalkonsul in Bukarest war, die Stimmung in der rumänischen Hauptstadt zur Zeit des Krieges 1870-71. Der jetzige Konflikt mit Rumänien weckt lebhafteste Erinnerungen an die damaligen Vorgänge. Auch damals eine deutschfeindliche Hetzpresse, deren exaltiertester Vertreter, übrigens ein Freund von Peter Carp, sogar schrieb: „Wenn es denn wirklich geschehen kann, daß Frankreich von den Germanen überwältigt wird, so möge der letzte überlebende Franzose sich die Eingeweide aus dem Leibe reißen und blutig damit den Himmel peitschen, der so Ungeheueres, Schändliches zugelassen.“ Wir wissen, daß ein Teil der aus Rumänien kommenden Nachrichten von gewisser Seite mit betrübter Tendenz entstellt wird. Aber es ist uns unverständlich, daß in Bukarest mit sogenannten Repressalien überhaupt gedroht werden konnte. Der deutsche Rechtsstandpunkt ist unangreifbar; die Reparationskommission wird ihm Rechnung tragen. Rumänien ist auf die deutsche Einfuhr, insbesondere von Spezialfabrikaten, angewiesen. Die Annullierung deutscher Lieferungsverträge z. B. für Maschinen würde der rumänischen Industrie schwersten Schaden zufügen. Die Reichsregierung hat sich zu einer umfassenden Regelung der rumänischen Ansprüche wiederholt bereit erklärt. Aber ihre Stellung kann durch Äußerungen wie die des rumänischen Gesandten in Paris nur auf das äußerste erschwert werden. Jeder Unbefangene muß zudem fragen, welche Kompetenz denn der diplomatische Vertreter Rumäniens in der französischen Hauptstadt überhaupt besitzt, um in einer deutsch-rumänischen Auseinandersetzung das Wort zu ergreifen. Es liegt nahe, an Einflüsse zu denken, die alles andere eher bezwecken als einen Ausgleich. Wir würden es aufrichtig bedauern, wenn in den deutsch-rumänischen Beziehungen ein schwerer Rückfall eintrete, der nicht im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse liegt und in der politischen Konstellation nach dem Kriege nicht die geringste Grundlage findet.

Dr. Fritz Klein.

Marx, Preußen und die Rheinlande.

Von unserem Mitarbeiter an der Saar.

W. Sch. Saarbrücken, 23. Februar.

Mit wachsender Sorge hat das nationale Deutschland seit Tagen und Wochen die krampfhaften Bemühungen um das Werden einer preußischen Regierung verfolgt. Nachdem sich die Verhältnisse im Reich in einer, zumal für unser besetztes Gebiet, erfreulichen Weise konsolidiert haben, durfte man auch in Preußen auf einen Sieg der nationalen Idee hoffen. Und nun? Diejenigen, die auf einen Sieg der Vernunft zu hoffen sich vermessen hatten, sie vergaßen, daß in Preußen-Deutschland seit sechs Jahren der Unsinn zum politischen System geworden ist. Nicht genug damit, daß man jenes überausfam bekannte Wechselspiel aller möglichen und unmöglichen Ministergarnituren zwischen Versuchen und Ablehnungen, Sondierungen und Mißerfolgen, die heute jedes politische Kind — Deutschland ist ein kinderreiches Land! — an drei Knöpfen im Voraus abzählen kann, ständig wiederholte, nicht genug damit, das man Herrn Severing als „Fachminister“ rezipierte, nein, damit nicht genug: man hat Herrn Dr. Marx erforscht!

„Wär' dieser Plan nicht so verwünscht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen!“ Daß ein solches Experiment in Preußen überhaupt noch möglich war, beleuchtet blickartig die Lage und zeigt noch einmal die kaltblütige Unverfrorenheit unserer Linksparteien, gegen die der Kampf der vordringenden Rechtsparteien bis zum Ende geführt werden muß — hart und unerbittlich! Täuscht nicht alles, so hat es viele im Lande gegeben, die in diesen Tagen erstaunt waren über das *relativ schwache Echo*, das die Designierung ausgerechnet des Herrn Marx als preußischen Ministerpräsidenten in offiziellen Rechtskreisen ausgelöst hat. Gewiß — man hat sich gegen ihn ausgelassen, die deutschnationale Fraktion ließ auch keinen Zweifel darüber, daß Herr Marx den schärfsten Widerstand der stärksten bürgerlichen Partei zu gewärtigen habe, sofern er etwa, den Spuren seiner entgleisten Vorgänger folgend, ein Kabinett ausschließlich mit Hilfe der Internationalen zur Linken bilden wolle — wohlgemerkt: nur, „sofern...“

Aber — und das scheint uns wesentlich — warum man Herrn Marx nicht auch als solchen und um seiner selbst willen ablehnen müsse, warum gerade ein Ministerpräsident Marx für Preußen untragbar ist, und warum wir Preußen einen Dr. Marx unbedingt und um jeden Preis, und nicht nur bloß unter einem resolutiven „sofern“ ablehnen und bekämpfen müssen, das haben wir in einer deutschnationalen Erklärung nicht gehört! Wir haben nichts davon gehört, daß Herr Marx nach seinem Herlaufen hinter den demokratischen und sozialistischen Parteien anlässlich seiner ebenso unnationalen wie ungeschickten Versuche um die Kabinettsbildung im Reich — was nützt es, demgegenüber immer von Herrn Marx „gutem Willen“ zu reden? — als Ministerpräsident Preußens, das wir bald wieder als Rückgrat des Reiches sehen möchten, einfach undenkbar ist. Wir haben auch nicht gehört, daß während der ganzen Krise mit einem Worte an jene unerhörte Äußerung desselben Dr. Marx erinnert worden wäre, die vor kaum Jahresfrist einen Sturm der Entrüstung im deutschen Reichstag entfachte, und die dem Sinne nach dahin lautete, daß die preußische Politik der letzten 100 Jahre eine Politik der Vergewaltigung der Rheinlande gewesen sei! Mit solchen — um nicht mehr zu sagen — „Sentiments“, mit einer solchen Verständnislosigkeit für historische Voraussetzungen wagt es ein neuer deutscher Parlamentarier, die Leitung der Geschicke des preußischen Staates zu übernehmen!

Es sind gewiß erwogene Gründe gewesen, die das Schweigen der deutschnationalen Stellen in einer solch wichtigen Frage subjektiv erklärlich machen. Aber durfte es soweit kommen, daß die Berliner Linksblätter, eben noch in Wu^t über das Mißlingen des Experiments Braun, mit einem Mal, nachdem Herr Marx auftauchte, ob des Schweigens auf der Rechten in ein Freudengeheul über das Versagen dieser gefürchteten Opposition ausbrachen? Durfte die Deutschnationale Partei sich Herrn Marx auch nur einen Augenblick gefallen lassen? Herr Marx und Preußen! Wer von denen, die ihn damals als Ankläger des alten Preußen, das, wie alles, gewiß auch seine Schwächen und Fehler hatte, hörten, glaubt denn, daß es ihm damals bloß um Abstellung unleugbarer Mißstände zu tun gewesen sei; wer hörte nicht die Abneigung gegen jenes Preußen heraus, das, groß geworden unter der Führung seiner Hohenzollernkönige, durch Jahrhunderte ein Hort äußerer, aber auch innerer Friedens war, es aber ablehnte, seine ständigen politischen Direktiven aus dem Repertoire der Zentrumsparlei zu beziehen. Was immer aber es für Gründe waren, die die Deutschnationalen zu ihrer Haltung gegenüber dem Experiment Marx von Anfang an bestimmten, — nie und nimmer wollen und können wir hoffen, daß sie ein Zurückweichen oder auch nur eine Rücksichtnahme gegenüber denjenigen Kräften darstellten, die in den Kreisen um Herrn Marx noch immer am Werke sind, die Stimmung des überwiegend katholischen Rheinlands als Kronzeugen für die „Richtigkeit“ ihrer Politik zu mißbrauchen. Wir sind gottlob aus den Zeiten heraus — und sie liegen noch kaum hinter uns — da man in jedem Katholiken einen Zentrumsman zu sehen gewohnt war, da ein Rütteln an der Gleichung: Zentrum = Katholizismus einen in den gefährlichen Verdacht bringen konnte, gegen die Grundregeln des politischen Einmaleins zu verstoßen. Das Zentrum verkörpert nur noch zwei Fünstel der abgegebenen katholischen Wählerstimmen. Damit unmittelbar hängt es zusammen und erklärt es sich, wie irrig es wäre, die Machenschaften der Zentrumsstreife ernst zu nehmen, die, wie noch vor Tagen ein rheinischer Abgeordneter des Zentrums in der „Germania“, glauben machen wollten, die heutige Zentrumspolitik verkörpere die Stimmung des rheinischen Volkes. Nichts ist falscher als das. Man identifiziere nicht die Stimmung des rheinischen Volkes mit Herrn Adenauer! Die Rundgehungen der Rheinischen und

wenden!

Westfälischen Bauernvereine, die sich mit erbitterter Eifer gegen die Politik des Linkszentrums wenden, sind ein Farnal — und schließlich gehört ja auch Herr Marx, und er mit in erster Linie, zu diesem Linkszentrum. Es sind auch nicht die rheinischen Bauern allein, die diese Politik satt haben, es ist lediglich der Vorteil der geklommenen und festgefühten Organisation, der es ihnen erlaubt, den mächtigen Parteipäpsten endlich einmal ein Quod non, ein energisches Nein zuzurufen. Hinter den Bauernvereinen steht die große Mehrheit der bisherigen rheinischen Zentrums-wähler in Stadt und Land. Klingt es nicht wie tragische Ironie gegenüber dem Absolutismus der Kreise um die „Germania“ und „Kölnische Volkszeitung“, wenn Freiherr v. Loë, als Vertreter dieser nationalen Stimmungen im Zentrum, in seinen kürzlich veröffentlichten Auslassungen in einem westfälischen Blatte schreibt: „... Wir haben keine große Presse, in der wir unsere Überzeugungen vor aller Welt darlegen und vertreten könnten...“ Und erst kürzlich hat die „Kölnische Zeitung“ in trefflicher Weise der linkszentrumlichen „Köln. Volksztg.“ entgegengehalten, wie sehr sie mit ihrer Politik dem Geiste ihres Gründers, des bewährten Katholikensführers Julius Bachem, zuwiderhandelt, der in seiner bekann'ten Schrift über Preußen und die Rheinlande die Vereinigung beider Lande feierte und die dadurch hervorgerufene wundervolle wechselseitige Befruchtung hervorhebt, die das Rheinland vermöge der Hochherzigkeit der preußischen Könige zu dem gemacht habe, was es ist.

Um so mehr war und ist es Pflicht der nationalen Parteien, allen Verfälschungs- und Verdrehungsversuchen von Seiten des Zentrums zum Trotz, diese vorhandenen Stimmungen zu schützen, zu pflegen und sie zu einem lebensvollen Bestandteil jener großen nationalen Grundstimmung zu machen, die — so hoffen wir — das Steuer in Preußen in absehbarer Zeit herumreißen und das Hochziel einer energisch nationalen Politik aufrichten wird. Auf diesem Wege zur inneren Gesundung und äußeren Befreiung bedeutet ein Ministerium Marx in Preußen einen Schritt nach rückwärts.

19473

0028

000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 157

„Ein Jahr Marx“.

Eine Würdigung.

Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Ministerialdirektor z. D. Spieler, der Pressechef des früheren Reichskanzlers Marx, hat unter dem Titel „Ein Jahr Marx, die Rettung Deutschlands“ im Verlage der Germania N.-G. (Berlin) eine Broschüre veröffentlicht, in der er einen Ueberblick über die Regierungszeit des Kabinetts Marx und über dessen Leistungen für das Deutsche Reich und Volk gibt. Er schildert die Persönlichkeit des Reichskanzlers Marx an Hand seiner Reden im Parlament und in der Öffentlichkeit und läßt so vor dem Leser ein Bild des Mannes entstehen, der in der trübsten Zeit der nachrevolutionären Geschichte Deutschlands es auf sich genommen hat, die Verantwortung für das Schicksal des Reiches zu tragen. Die Broschüre behandelt die Berufung Marx', sein Wirken auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nach innen und seine auswärtige Politik im Zusammenhang mit dem Dawesgutachten bis zur Londoner Konferenz, dann die Verteidigung des Londoner Paktes im Reichstag und schließlich die innere Politik des Kabinetts. Durch die Schuld der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ist so gut wie die ganze zweite Hälfte der Regierungszeit des Reichskanzlers Marx durch Kabinettskrisen ausgefüllt gewesen. Schließlich ist im Januar dieses Jahres Marx der Gegnerschaft der Rechtsparteien erlegen. Von besonderem Interesse ist die Darstellung, die Dr. Spieler als einer der nächsten Mitarbeiter und Berater des Kanzlers über die entscheidenden Stadien der Krisis im Januar gibt, vor allem deshalb, weil darin auch ein Urteil über die letzten Gründe des Sturzes Marx' geäußert wird. Dr. Spieler schildert, wie zum Schlusse die Deutsche Volkspartei jeder Kabinettsbildung Marx' entgegentrat, und fährt dann fort:

„Marx will den Auftrag zurückgeben; der Reichspräsident aber bittet ihn, trotz allem ein Kabinett zu bilden. Marx entschließt sich schwer, unter Verzicht auf die Deutsche Volkspartei, also auch auf Dr. Stresemann, sein altes Kabinett zu ergänzen. Werden aber seine bisherigen Mitarbeiter zu ihm stehen? Luther vor allem, der Reichsfinanzminister? Marx stellt seine Ministerkollegen vor die Frage. Luther und Graf Ranitz, der Ernährungsminister, sagen: Nein! Noch einen Versuch macht der Kanzler, vom Reichspräsidenten unterstützt: Luther bleibt bei seinem Nein. Er glaubt wie Stresemann, ohne die Deutschnationalen nicht weiterzukommen. Er eröffnet dem Kanzler Marx, daß seine Feststellungen bei der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergeben haben, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen das durch Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in schärfster Opposition treten würde. Einen Augenblick wankt der Kanzler. Dient er der von ihm vertretenen Sache, wenn er jetzt ein Kabinett ohne Stresemann und ohne Luther schafft? Soll er es auf sich nehmen, seine derzeitigen Mitarbeiter, mit denen er die schwere Arbeit in London getan hatte, in scharfer Opposition gegen sich zu setzen — einer Opposition, die zudem gar nicht seiner Politik — sie war ja auch ihre — galt? Er schwankte nur einen Augenblick, dann war er sich klar und sein Entschluß gefaßt. Er, der Kanzler der Volksgemeinschaft, konnte und wollte kein Kampfkabinett bilden; sein ganzes Empfinden sträubte sich dagegen, daß er sich in scharfe Gegnerschaft gegen seine bisherigen Kabinettskollegen stellte. Er hatte es nicht gelernt und brachte es nicht über sich, auf einen Schelmen anderthalben zu setzen, und wenn er auch erkennen mußte, daß seine Mission als Reichskanzler nicht ganz erfüllt und sein Werk noch nicht vollendet war, fühlte er doch eine schwere Last von sich fallen, als er dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zurückgab.“

19473 0629 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Der Tag, Nr. 61Datum: 12.3.1925

Bayern und der Staatsmann Marg.

Starker Vorbehalt.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.
fr. München, 11. März. Ueber die Stellung der Bayerischen Volkspartei zu Marg führt das Parteiorgan, der „Bayerische Kurier“, folgendes aus: Gewiß besitze Dr. Marg als Persönlichkeit auch im katholischen Bayern große Verehrung. Dem Politiker und Staatsmann Marg aber stehe man hier mit starken Vorbehalten gegenüber. Einmal, weil man in Bayern über den Föderalismus andere Anschauungen habe; und dann sei in jüngster Zeit die eingetretene Verschärfung der Beziehungen zwischen Zentrums- und Bayerischer Volkspartei zum guten Teil auf den Vorstößen der Zentrums-Partei zurückzuführen. Entscheidend seien die inhaltliche Politik einer Kandidatur und die Parteitendenzen, die zu ihrer Aufstellung geführt hätten. So sicher es daher auch sei, daß Marg wegen seiner persönlichen Ueberzeugung den Wählern der Bayerischen Volkspartei näher stehe als etwa Dr. Farres und Dr. Luther, so gewiß sei es, daß sich das Zentrum mit gesetzlichem Recht und mit Aussicht auf Erfolg in Bayern nur dann auf die persönlichen und religiösen Eigenschaften seines Präsidentschaftskandidaten berufen könne, wenn es bei der Auswahl auch die politische Ueberzeugung der bayerischen Wähler mit in Rechnung ziehe.

Marx, der Verwandlungs- und Verschleppungs-Künstler.

Er lebt und lebt.

Die Führer der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Freiheitspartei im Preussischen Landtage haben Herrn Marx vom Zentrum wissen lassen, daß sie es für unvereinbar halten, wenn er gleichzeitig preussischer Ministerpräsident (mit gestürztem Kabinett) und Zentrumskandidat für den Posten des Reichspräsidenten ist. Die Verhandlungsführer haben hinzugefügt, sie seien überzeugt, ihre Fraktionen ständen geschlossen hinter ihnen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß Herr Marx gar nicht ernstlich gewillt ist, preussischer Ministerpräsident zu bleiben, ihm ist Preußen nur Spekulationsobjekt, sein Posten ein Sprungbrett; er will Reichspräsident werden. Das ganze Verhalten des Herrn Marx und seiner Partei bestätigt unsere Auffassung. Wie im Landtage verlautet, wird Herr Marx morgen im Plenum des Landtages weder ein Kabinett vorstellen, noch die Wahl zum Ministerpräsidenten ablehnen, sondern Aufschub für die Kabinettsbildung nachsuchen. Dieser ehemalige Reichskanzler, gestürzte und wiedergewählte Ministerpräsident und Reichspräsident in Hoffnung ist eben ein ebenso gerissener Verschleppungs- wie Verwandlungskünstler.

Fdes.

Quelle: Hamburger Fremdenblatt, Nr. 78Datum: 19.3.1925

Marr' Verzicht.

□ Berlin, 19. März. (Drahtbericht unseres Büros.) Marr hat am Donnerstag vormittag dem Präsidenten des Preussischen Landtages Bartels mitgeteilt, daß er seine Versuche, ein Kabinett zu bilden, aufgebe und die Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annehme.

Die Meldung bedeutet keine Ueberraschung, denn die Aussichten für den zweiten Versuch des ehemaligen Reichskanzlers Marr, in Preußen ein Kabinett zustande zu bringen, waren von vornherein außerordentlich gering, solange er nicht zu dem radikalen Entschluß kam, jegliche, auch die bescheidenste parteipolitische Einfärbung seines Kabinetts zu vermeiden. Das aus den Wahlen vom 7. Dezember hervorgegangene Kräfteverhältnis bedeutete ungefähr eine Balance und damit eine Lahmlegung des parlamentarischen Betriebs, weil die Kommunisten stets bereit waren, sich gegen jegliches Kabinett zu wenden. Daß die Rechtsparteien, die gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition stark in der Minderheit waren, die Hilfe der Kommunisten dazu benutzt haben, es seit dem 7. Dez. dreimal zu einer Präsidentenwahl kommen und nun zum dritten Male den Versuch einer Kabinettsbildung scheitern zu lassen ist ein Zeichen für jenen rücksichtslosen Kampf um die Macht, als den wir an dieser Stelle die preussischen parlamentarischen Kämpfe mehrfach bezeichnet haben. Die Verquickung der preussischen Krise mit der Frage der Reichspräsidentenschaft hat die Situation noch erschwert, und wenn einer der in den letzten Tagen als mutmaßlicher Nachfolger von Marr genannten Beamten den Versuch machen sollte, ein Beamtenkabinett zu bilden, so wird er dafür vielleicht vorübergehend die Duldung der Parteien finden bis die Stimmung für die Auflösung des Preussenhauses, die allein aus diesem unhaltbaren Zustand herausführen kann, günstiger ist, wie augenblicklich. Der Kampf um die Macht wäre damit nur vertagt.

Daß aber die Interessen des Landes die schweren Nachteile einer nur provisorischen Regierung nicht mehr lange ertragen, das sollte auch verbleibender Parteigeist allmählich einsehen.

Auch Herr Marx „versackt“.

Jetzt wird sich auch Herr Marx in Köln zum Wort melden. Man hat inzwischen ja schon ziemlich vergessen, daß er sich auch um die Präsidenschaft bewirbt. Gewiß, man kann sein langes Schweigen begreifen, denn er mußte sich wohl noch von der letzten kalten Dusche im Landtag ein wenig erholen. Es ist charakteristisch, daß Herr Marx überhaupt nur in Köln aufzutreten wagt, wo er natürlich des Beifalls gewisser angestammter Kreise sicher ist. Im übrigen aber ist er wohl selber der Überzeugung, daß er in Berlin, in Nord-, Ost- und Süddeutschland keinen Eindruck machen würde. Er hat sein politisches Prestige, soweit es nicht schon bei der letzten Reichskrise draufgegangen ist, bei seinen preussischen Gastspielen mehr als gründlich verwirkt.

Die demokratische Presse kündigt an, daß er sich gemeinschaftlich mit den beiden Parteifreunden Adenauer und Fall in Köln produzieren wird, also mit den beiden Herren, die dieser Tage im Zusammenhang mit der sogenannten Versackungspolitik viel genannt wurden. Ja, er selber will auch „aufsehenerregendes Material“ aus der Zeit der Aufgabe des passiven Widerstandes zum Besten geben. Nun, wir können abwarten, ob Herr Marx in Sensationen machen wird. Vielleicht sind es auch nur ein paar Witze, die er dann selber als leichtsinnig bezeichnen muß, so wie damals, als er in Köln den Bayern die Franzosen auf den Hals wünschte.

Wir wollen nicht hoffen, daß etwa auch Herr Marx sich selber noch als Propagandist der „Versackung“ mit seinen beiden Parteifreunden zusammen vorstellen wird. Er braucht gar nicht in die damalige Zeit zurückzugreifen, denn wenn jemand den Titel „Versackungspolitiker“ wirklich verdient, so ist's Herr Marx, der in den letzten Monaten Preußen recht gründlich versackt hat. Ehe Preußen wieder aus der Sackgasse herans sein wird, in die Marx den schwarzweißen Staat hineinmanövriert hat, werden noch viele Reden gehalten werden und zwar viele, die für den bankrotten Staatsmann nicht erfreulich sind. Wenn er gut beraten wäre, würde gerade er an das Versackungsthema nicht rühren.

Marx aus Verlegenheit.

© Berlin, 4. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das doppelte Ergebnis des gestrigen Tages, die Aufstellung der Kandidatur Marx einerseits und die Wiederwahl des Herrn Otto Braun zum Preussischen Ministerpräsidenten andererseits wird in der rechtsstehenden Presse in seinen inneren Zusammenhängen einer eingehenden Kritik unterzogen. Die volksparteiliche „Zeit“ schreibt u. a.: Man hat Preußen zum Objekt einer parteipolitischen Kombination gemacht, die ganz außerhalb Preußens liegt und lediglich den parteipolitischen Zielen der Weimarer Koalition in der Präsidentenfrage dienen soll. Welche Rückwirkung diese Verkuppelung auf Preußen haben wird, ist der Weimarer Koalition vollkommen gleichgültig. Die Wahl des Herrn Otto Braun erfolgte verabschiedungsgemäß, um es der Sozialdemokratischen Partei etwas leichter zu machen, den Widerstand im eigenen Lager gegen Herrn Marx etwas abzuschwächen.

In den Blättern der Linken zeigt sich ein recht interessanter Unterschied des Tones, mit dem man das gestrige Ergebnis behandelt. Die „Germania“, die sich auf das entschiedenste dagegen verwahrt, daß man den Sozialdemokraten Zugeständnisse auf dem Gebiet der Reichspolitik gemacht hätte, teilt im Auftrage der Zentrumspartei mit, daß die Sozialdemokraten die Bedingung, bei einer Wahl von Marx müsse auch das Kabinett Luther gestürzt werden, niemals gestellt haben. Im übrigen schreibt das Blatt zur Nominierung des Herrn Marx: der zweite Reichspräsident der deutschen Republik werde zweifellos Wilhelm Marx sein denn er sei der Erfahrene der überaus großen verfassungstreuen Mehrheit des deutschen Volkes, welcher den Staat weiter führen und das Vaterland in ruhiger, opferbereiter Arbeit zu neuem Glücke führen wolle.

Gegenüber diesen freundlichen Tönen steht der „Vorwärts“ begeisterte Kampfrufe aus und bringt einen Epigrammartikel, in dem fast jeder Absatz mit dem Rufe schließt: „Nieder mit dem Rechtskurs!“ Der „Vorwärts“ stellt triumphierend fest, daß die Wahl Brauns zum preussischen Ministerpräsidenten und die Aufstellung des Herrn Marx gegen Herrn Harres als ein Weg und ein Ziel angesehen werden könnten mit der Parole gegen den Rechtskurs. Der Beschluß der Einigung zwischen Zentrum und Demokraten auf der Basis der Kandidatur Marx zu vollziehen, sei ebenfalls aus dem Willen geboren: „Nieder mit dem Rechtskurs!“

Die demokratische Presse sieht sich offensichtlich nicht in der Lage, in diese sozialdemokratischen Kampfszenen mit hineinzublasen. Die demokratischen Blätter verhalten sich heute vielmehr im wesentlichen referierend und man erkennt deutlich, daß die Einheitskandidatur Marx bei der Demokratie kaum mehr als eine Verlegenheitslösung ist, um eine Rechtskandidatur abzuwehren, nicht aber, um nun dem Kandidaten Marx aus vollem Herzen zuzustimmen.

Die gleichen Schwierigkeiten, die Wähler für Herr Marx zu begeistern, besteht in den Reihen der Sozialdemokraten. Die „Rote Fahne“ ergreift natürlich sofort die Gelegenheit, um in einem Leitartikel die Frage zu erörtern, was am 26. April die 8 Millionen sozialdemokratischen Wähler tun würden, ob sie mit Marx oder mit Thälmann gehen würden, da ja Thälmann nun eigentlich der einzige wirkliche Arbeitervertreter sei, während Marx der Vertrauensmann der katholischen Schwerindustrie sei. Dem sozialdemokratischen Parteivorstand macht die „Rote Fahne“ den Vorwurf, daß die Parteianhänger der Sozialdemokratie, die immer noch an den Klassenkampfcharakter ihrer Partei glaubten, vom Parteivorstand mit der Kandidatur Marx einfach überrumpelt worden seien.

Marx in den Klauen der Sozialdemokratie.

Herr Marx als der Heros des Linksblocks hat sich bei der Annahme der ihm von der Sozialdemokratie konzipierten Reichspräsidenten kandidatur mit einer Ansprache an seine Gefolgsleute gewandt, die genau so, wie seine Aufstellung vom Zentrum allein etwas voreilig von Stapel gelassen worden ist. Denn Herr Marx hat so geredet, als ob er schon Reichspräsident sei und sich als solcher dem deutschen Volke vorzustellen habe. Soweit sind wir aber noch lange nicht und Herr Marx sollte lieber etwas bescheidener bleiben, um nicht nachher desto enttäuschter zu sein.

Was er, um sich einem geehrten Publikum zu empfehlen, gesagt hat, ist ihm anscheinend genau vorgeschrieben worden. Denn so farblos und unpersönlich sieht nur eine hinter den Parteilustissen formulierte und von den beteiligten Instanzen gebilligte Erklärung aus. Er hat zu Beginn seiner Ansprache erklärt, daß ihm der Entschluß, sich für die Wahl des Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen, nicht leicht gefallen sei. Wir glauben ihm das, obwohl schon vor Eberts Tod Herr Marx für den Reichspräsidentenposten genannt wurde. Aber das geht weniger auf ihn, als auf seine Partei zurück. Er wird eben einfach dahin geschoben, wo ihn die Wirthleute brauchen können, nachdem Herrn Wirth selbst die Trauben, die er begehrt, vorläufig noch etwas zu hoch hängen, und Marx mag es nicht leicht gefallen sein, sein „gutes Herz“ immer wieder in den Dienst eines anderen Willens zu stellen. Es mag ihm besonders deshalb nicht leicht gefallen sein, weil er doch einmal

Kulturpolitischer Vorkämpfer des Zentrums

gewesen ist und nun auf Gedeih und Verderb der Sozialdemokratie verschrieben wird.

Wir wissen auch nicht, ob Marx sich tatsächlich der Illusion hingiebt, sämtliche Sozialdemokraten würden sich für ihn einsetzen, weil er Herrn Braun dafür, daß ihm der Vortritt gelassen worden ist, mit Preußen abgefunden hat. Sollte er aber wirklich immer noch des guten Glaubens sein, daß das deutsche Volk in ihm einen Säulenheiligen erblickt, so wird ihn die Wahl belehren, wie sehr er sich mit dieser Ansicht im Irrtum befindet. Und wenn er seine Kandidatur tausendmal damit schmacht zu machen sucht, daß er ständig vom deutschen Volk und von der unlöslichen Seelengemeinschaft dieses Volkes redt, an die er glaubt, und die er vertreten will, so kann er doch nicht darüber hinwegkommen, daß er in Wirklichkeit am wenigsten dafür getan hat, um das deutsche Volk zusammenzuführen. Er hat sich lediglich mit der Sozialdemokratie verschwifert und

ist damit in das Lager Marx übergegangen, die dem deutschen Volke die Seelengemeinschaft bestreiten und nur eine internationale Klassengemeinschaft anerkennen.

Dieser Ueberzeugung hat der Herr Marx ausdrücklich seine Achtung gezollt während er den wirklich staatspolitisch und nationalgemeinschaftlich gesinnten Kreisen den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Er hat aber auch die alte Zentrumspolitik damit aufgegeben und hat sich somit von einem schwarzen in ein rotes Männlein verwandelt.

Marx braucht wirklich nicht mehr viel Worte über seine Person zu verlieren. Die Rolle, die er in Preußen in den letzten Monaten gespielt hat, ist altbekannt. Sie lag ganz in der Linie dessen, was nunmehr weiter verfolgt werden soll.

Marx hat Preußen an die Sozialdemokratie verraten und will nunmehr das Reich ebenfalls der Sozialdemokratie ausliefern.

Von den „Gütern christlicher und deutscher Kultur“ und von Volksgemeinschaft hat der Mann kein Recht mehr zu reden, der in demselben Augenblick, wie er diese Worte in den Mund nimmt, sie um engstirniger Parteinteressen nicht verleugnet.

Denn wie soll die schwarz-rot-gelbe Wahlagitation für ihn geführt werden? Herr von Gerlach in der „Welt am Montag“ sagt, daß der „Haß gegen die Reaktion der Ritt zwischen den Republikanern aller Schattierungen sein muß.“ Der Haß gegen die Reaktion besetzt aber auch den

Klassenkampf.

er ist weiter nichts wie ein anderer Ausdruck dafür. Herr von Gerlach gibt der Kandidatur Marx auch wieder den rechten sozialdemokratischen Sinn. „Erst die Republik, dann der Sozialismus.“ So wird

Herr Marx der schwarz-rot-gelbe Blaghalter für den roten Zukunftsstaat.

Und während Herr Marx das Volk zusammenführen will, regt sich Herr von Gerlach darüber auf, daß „monarchistische Bemühungen“ in Gang gewesen seien, „eine klare Entscheidung zwischen schwarz-rot-gold und schwarz-weiß-rot zu vereiteln“. Die um Marx wollen also die Entscheidung, sie wollen Kampf, nicht Versöhnung, Vernichtung, nicht Achtung des Gegners. „Immer hübsch die Chronologie beachten“, mahnt Herr von Gerlach, und er will damit sagen: Eins kommt nach dem andern. Schluden wir ruhig Herrn Marx! Seine Bedeutungslosigkeit und das sozialdemokratische Schwergewicht werden schon dafür sorgen, daß er die roten Chancen für die Zukunft nicht verdirbt, ja daß er den Roten sogar das bisher erstrittene Kampffeld trotz aller widerlichen Umstände behaupten hilft.

Die erste Reichspräsidentenwahl von den Nationalsozialisten angefochten.

Nach einer Meldung des „Völkischen Kuriers“ hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fried beim Wahlprüfungsamt die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl vom 29. 3. 1925 angefochten. Die Anfechtung wird mit dem Adolf Hitler auferlegten Redeverbot und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, für die Reichspräsidentenwahl die nötige Versammlungspropaganda durchzuführen, begründet.

19473 0036 000



Quelle: Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung, Nr. 171

Datum: 12.4.1925

Marx und die Sozialdemokratie.

Einmal und jetzt.

Auf dem deutschen Katholikentage 1910 sagte Marx von den Sozialdemokraten:

„Wir sehen den Unglauben am lautesten verteidigt in den Reihen derjenigen, welche sich den Umsturz aller staatlichen und bürgerlichen Ordnung zu ihrem Ziel gesetzt haben. Und wir stehen vor etwas Unfassbarem, wenn selbst hohe Staatsmänner diesen ausgesprochenen und zielbewußt staatsfeindlichen Elementen die Wege ebnen und Lob und Anerkennung aussprechen oder wenigstens sie als nicht so gefährlich bezeichnen.“

Was sagt Herr Marx heute über die Sozialdemokraten? Und was sagen die Sozialdemokraten heute über den damaligen Ausspruch des Herrn Marx?

Datum: 15.4.1925

Demokratische Kritik an Marg.

Daß die Kandidatur des reichlich umstrittenen Herrn Marg in demokratischen und sozialistischen Kreisen eine besondere werbende Kraft entfaltet, wird selbst von den eifrigen Parteinstanzen der Linken schwerlich behauptet werden können. Jedenfalls bedurfte es erst eines ganz energischen Drucks seitens der sozialdemokratischen Parteileitung, um die verdrossenen und offen widerstehenden Pressestimmen der großen Provinzzeitungen in Leipzig, Dresden, Köln und Frankfurt a. M. zum Schweigen zu bringen. Damit ist natürlich die Indifferenz der Massen gegen Herrn Marg noch längst nicht in Begeisterung verkehrt. Im Gegenteil ist kaum anzunehmen, daß die Kräfte innerhalb der Partei, die im Februar 1924 die Reichstagsfraktion zu offener Gegnerschaft gegen den damaligen Kanzler Marg veranlaßten, nunmehr den Präsidentschaftskandidaten Marg restlos zustimmen werden.

Aber auch innerhalb der kleinen Demokratischen Partei ist, abgesehen von ihrer Großstadtpresse, die Haltung gegenüber Marg recht kühl. Gedenkt man der uferlosen Propaganda für Hellpach, dessen Ausschaltung noch nicht verschmerzt ist, dann muten die Aufrufe für Marg reichlich gezwungen an. Kein Wunder daß die Parteiführer nervös werden, wenn jetzt sogar aus dem eigenen Lager Stimmen gegen den Kandidaten des Linkenblocks laut werden, deren Tragweite man vergeblich zu vertuschen sucht. Namentlich in Bayern findet Marg bei den Demokraten wenig Anklang. Nachdem der frühere Führer der Partei in Bayern, Müller-Meiningen, sich offen gegen Marg erklärt hat, schließt sich ihm in einer Zuschrift an die Pfälzische Rundschau Dr. Hamerschmidt an, der 25 Jahre lang einen pfälzischen Wahlkreis im bayerischen Landtag vertrat.

Er weist besonders darauf hin, daß Marg ganz überwiegend mit sozialistischen Stimmen gewählt werden müsse und dementsprechend abhängig von der Sozialdemokratie sein werde, die weder ihre internationale Einstellung, noch die Klassenkampfbildung aufgegeben habe. Daß Marg als republikanischer Kandidat aufgestellt sei, rechtfertige nicht die Stimmabgabe der Demokraten für ihn, da einmal die Errichtung einer Monarchie in absehbarer Zeit nicht in Frage komme und sich die bürgerliche Demokratie ohnedies früher nie gegen die Monarchie ausgesprochen habe. Hamerschmidt bekennet weiter, daß die Hoffnungen, die er mit vielen alten Liberalen früher auf die Demokraten gesetzt habe, bitter enttäuscht worden seien. Er könne jedenfalls durch seine Stimme nicht Zentrumsziele und Sozialismus fördern. Müller und Hamerschmidt sprechen nur aus, was viele andere Demokraten denken, die sich dem ihnen zugemuteten Gewissenszwang nicht fügen wollen. Die Ansichten des Herrn Marg aber sind zum mindesten recht trübe, so laut auch die Begeisterung seiner Zentrumsgefolgschaft bemüht ist, einen mittelmäßigen Parteipolitiker zum Führer eines großen Volkes emporzuloben.

Der Marx-Mißerfolg in Ostpreußen.

Lebhafter Widerspruch — trotz garantiert verfassungstreuer Zuhörer.

Königsberg, 15. April.

Die gestrige Rede des Herrn Marx wurde von einem Teil der Zuhörerschaft mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen, so daß ein Teil der Ausführungen unverständlich blieb. Nach der Versammlung kam es in den an dem Versammlungslokal gelegenen Straßen und Plätzen zu Kundgebungen gegen die mit schwarz-rot-gelben Fahnen abrückenden Reichsbannergruppen. Umfangreiche Polizeiaufgebote versuchten die Menge zu zerstreuen und die Straßen und Plätze zu säubern. Zu ernstern Zwischenfällen ist es, soweit bisher Meldungen vorliegen, nicht gekommen.

Der Mißerfolg des Herrn Marx in Ostpreußen erscheint umso größer, als die „Germania“ zu erzählen weiß, daß Karten zu der Versammlung „nur an Mitglieder der Verfassungsparteien ausgehändigt“ worden waren — und trotzdem „lebhafter Widerspruch“! Wenn das schon geschieht am grünen Holze... Die „Germania“ berichtet weiter, daß der erste Zwischenruf gegen die Lobeshymnen des Herrn Marx auf die „Erfolge“ seiner und seiner Vorgänger Politik gerichtet gewesen sei und gelautet habe: „Versklavung Deutschlands“. Darauf habe Marx — so erzählt die „Germania“ weiter — „treffend gesagt“: „Ich glaube, daß Sie bisher sehr wenig unter der Versklavung gelitten haben“. Herr Marx scheint also von sich auf andere zu schließen — er sollte sich einmal in Kreisen gerade auch

seiner eigenen Wählerschaft erkundigen, ob nicht doch Millionen „ein wenig gelitten haben unter der Versklavung“! — Weitere Erregung gab es anlässlich seiner Ausführungen über die Aufwertung; er habe nie das Wort „blöde Sparer“ gebraucht: „Wer mich kennt, weiß, daß ich niemals von einem Volksteil so niederträchtig rede, wie es hier immer noch behauptet wird, obwohl ich die Sache so und so oft richtiggestellt habe.“ Nun — Herr Marx hat sich bekanntlich wiederholt gegen die Aufwertungsforderungen ausgesprochen. Daß er in dem Fall „so niederträchtig von einem Volksteil geredet“ hat, wie ihm angeblich nachgesagt wird, ist hier nie behauptet worden — aber seine von ihm nicht zu bestreitenden „lustigen“ „Karnevalscherze“, in denen er beispielsweise den Bayern ein paar Kompagnien Besatzung auf den Hals wünschte, sind schließlich ebenfalls geeignet, allerweiteste Volksteile in Erregung und Empörung zu versetzen.

19473 0039 000

HWWA
HAMBURG

Quelle: Hamburger Nachrichten, Nr. 173

Datum: 15. 4. 1925

Gegen die Marx-Rede in Königsberg.

(Drohmeldeung.)

TU. Königsberg, den 14. April.

Die heutige Rede des Reichstanzlers a. D. Dr. Marx wurde von einem Teil der Zuhörererschaft mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen, so daß ein Teil der Ausführungen unverständlich blieb. Nach der Versammlung kam es in den beim Versammlungsort liegenden Straßen und Plätzen zu Kundgebungen gegen die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen abrückenden Reichsbannergruppen. Umfangreiche Polizeiaufgebote versuchten die Menge zu zerstreuen und die Straßen und Plätze zu säubern. Zu ernsthaften Zwischenfällen ist es, soweit Meldungen vorliegen, bisher nicht gekommen.

Quelle: Hamburger Fremden Blatt, Nr. 111aDatum: 22.4.1925, Worigenau.**Dr. Marx in Koblenz.**

Kr. Koblenz, 21. April. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Der Besuch des Volksblock-Kandidaten in Koblenz und seine Fahrt dorthin durch die rheinischen Dörfer gestaltete sich zu überaus einmütigster Kundgebung für die Republik. Überall wurde Marx von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. In Koblenz hatten sich im Koblenzer Hof zur Begrüßung der Oberpräsident Dr. Fuchs, der Oberbürgermeister Rüssel und zahlreiche Abgeordnete und die Vorsitzenden der republikanischen Parteien eingefunden. Der Saal der Festhalle konnte viele Tausende von Zuhörern nicht fassen, so daß Marx auch im Garten eine kurze Ansprache halten mußte. Beim Eintritt in den Saal wurde er von der riesigen Versammlung mit jubelnden Zurufen begrüßt.

Im Mittelpunkt seiner Rede standen die rheinischen Interessen. Er führte u. a. aus: Wenn je ein Gebietsteil des deutschen Vaterlandes seine nationale Treue bewiesen hat, so sind es die besetzten Gebiete, so ist es das Rheinland. Rheinische Treue ist deutsche Treue. In meiner Eigenschaft als Reichszankler habe ich wahrlich genügend Gelegenheit gehabt, diese Treue zu beobachten und zu erkennen. Rhein und Reich sind nicht ein äußeres Schlagwort, sondern glückliche Wirklichkeit geworden. Das Rheinland hat Opfer gebracht für das ganze Deutschland und das ganze Deutschland hat Opfer gebracht für die Rheinlande. Harte Steuern haben wir erheben müssen aus allen Teilen Deutschlands, um Reich und Rhein zu retten. Das deutsche Volk, das rheinische Volk will den Frieden Deutschlands, Europas und der Welt. Es will für den Frieden arbeiten und in friedlicher Arbeit für das Wohlergehen Deutschlands, Europas und der Welt schaffen. Es gab für mich keine größere Freude und Genugtung, als daß in Verfolg unserer Politik Tausende von Gefangenen aus den Kerker der Freiheit zurückgegeben, da weite Strecken widerrechtlich besetzten Gebietes frei und Hunderttausende von Ausgewiesenen der Heimat wiedergegeben wurden. Als Sohn des Rheinlandes hat mich das stets mit besonderer Genugtung erfüllt. Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich im Rheinland um das Schicksal von Millionen treuer Deutscher handelt. Die Alliierten haben die Räumung der nördlichen Rheinlandzone ohne Abgabe von Gründen verzögert. Das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung der besetzten Gebiete erwartet, auf rechtliche Verträge gestützt, daß die Fristen innegehalten werden. Mit ihnen erwarten wir auch, daß in kürzester Frist nicht nur die nördliche Rheinlandzone, sondern auch das ganze Ruhrgebiet von der Besatzung befreit werden. — Die Ausführungen des Reichszanklers wurden mit begeisterter Zustimmung aufgenommen. Marx begibt sich von Koblenz nach Mannheim.



Das klägliche Versagen von Marx in London.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, den 24. April.

Über die klägliche Rolle, die Herr Marx, der jetzt eine Anwartschaft auf den höchsten Posten, den das Deutsche Reich hat, besitzen zu können glaubt, in London gespielt hat, berichtet heute in der Berliner Börsenzeitung Dr. Metzger, ein volksparteilicher Journalist, der als Pressevertreter den Londoner Verhandlungen beigewohnt hat. Als Herr Marx seinerzeit das Reichskanzleramt übernahm, dachte er selbst über die Grenzen seiner Fähigkeiten sehr skeptisch, so heißt es in dem Bericht.

Es darf vielleicht daran erinnert werden, daß Herr Marx, als er das Erbe Stresemanns antreten sollte, sich mit Händen und Füßen dagegen wehrte, daß er sogar Weintrümpfe bekommen hat, weil er sagte, er sei zu alt und außerdem der Aufgabe nicht gewachsen. Dann wird daran erinnert, daß er sich in London mit der Erklärung eingeführt habe, er sei kein Diplomat. Von wohlmeinenden Freunden sei ihm der Rat gegeben worden, die Verhandlungen in London respektmäßig zuständigen Ministern des Äußern zu überlassen. Er konnte diesem Rat nicht Folge leisten, weil er den Sozialdemokraten die Zusage gegeben hatte, daß er selbst die deutsche Delegation führen würde.

Um sich zweckmäßiger einzuführen, ließ er sich von Dr. Siewer für einen eigens dazu einberufenen Presseempfang eine Rede ausarbeiten, die im vollen Widerspruch zu der Politik des Außenministers stand und die Trümpfe, die wir in der Hand hatten, um unsere endgültige Zustimmung zu dem Dawesplan möglichst teuer zu verkaufen, in ihrem Wert wesentlich verringerte.

Dann wird ein Vorfall erwähnt, der sich in der ersten Sitzung abgespielt hat. Die Vorschläge der Entente waren der deutschen Delegation nach Berlin telegraphiert worden, die auf der Fahrt nach London die Gegenvorschläge ausarbeitete. Bei Eröffnung der Sitzung hat Macdonald den deutschen Reichskanzler, den Inhalt des deutschen Memorandums kurz zu skizzieren.

Der Reichskanzler verbiß sich nun, weil ihm die Übersicht fehlte, auf allerhand Nebensächlichkeiten, wodurch die Konferenz so nervös wurde, daß Macdonald schließlich zu ihm sagte: Herr Reichskanzler, es gibt zwei Möglichkeiten, derartige Referate zu erhalten; man kann entweder von den Hauptgehaltspunkten ausgehen oder von den Nebensachen. Können Sie nicht wenigstens die goldene Mittelstraße gehen?

Jedenfalls, so heißt es weiter, hatte sich Herr Marx dadurch kein gutes Debut geschaffen, und man nahm ihn nicht mehr ganz ernst. Er war tatsächlich das fünfte Rad am Wagen. War er mit dabei, dann gab es eigentlich jedesmal ein Unglück. Der Versuch einer Aussprache mit Herrnot und dem General Mollet scheiterte daran, daß Marx und Herrnot sich dauernd in Ideologien verloren, bis schließlich Mollet der Geduldsfaden riß und auch die sachlichen Verhandlungen in ein Gremium verlegt wurden, dem Herr Marx nicht angehörte.

Um das Bild zu vervollständigen, wird noch hinzugefügt, daß Herr Marx die deutsche Erklärung, die die Kriegsschuldfrage endgültig ablehnt, tagelang mit sich herumtrug, ohne sie loszuwerden, weil er angeblich im rechten Augenblick nicht zu Worte kam oder die allgemeine Stimmung nicht fördern wollte, und daß schließlich auch auf seine Veranlassung die später im Reichstag offiziell angekündigte Notifizierung einer solchen Erklärung unterblieb.

O hättest du geschwiegen. . . .**Rednerische Unvorsichtigkeiten des Herrn Marx.**

Herr Marx hat gestern ebenfalls durch den Rundfunk eine Rede gehalten. Man fühlt sich stark versucht, seine Phrasen ungefügt neben Hindenburgs Worte zu setzen — es wäre ein vernichtender Vergleich für den Kandidaten der Weimarer Koalition. Im ersten Teile seiner Ausführungen entschuldigte Herr Marx die Republik und die schwarz-rot-gelben Farben: Diese bedeuteten doch „weder eine Mißachtung noch ein Mißverstehen der alten Farben Schwarz-weiß-rot“. Aber sie seien die Farben großdeutscher Einheit — was man in Weimar bekanntlich dadurch dokumentierte, daß man den Verzicht auf Großdeutschland aussprach! Das verschwieg Herr Marx freilich; aber sonst sei doch alles gut und schön im neuen Deutschland: Z. B. verdanke es der Radio-Teilnehmer doch nur der Demokratie, daß er überhaupt wählen dürfe!; man denke — und da wolle man gegen die Demokratie stimmen? Das kann sich Herr Marx nicht vorstellen; einig und geschlossen für ihn muß die Wählerschaft ihre Stimme abgeben. Denn „der Geist des Zwiespalts ist nicht der natürliche Geist des deutschen Volkes. Das hat sich, — so fuhr Herr Marx wörtlich fort! — „in den Augusttagen des Jahres 1914 gezeigt, in den Jahren des großen Krieges, als deutsche Söhne ohne Unterschied der Weltanschauung für das Vaterland ihr Leben opferten“. — „In den Augusttagen 1914“ . . . in der Tat, da stand das deutsche Volk einig zusammen unter Hindenburg, und es wird auch morgen wieder einig sein für Hindenburg!

*

In den Wählerversammlungen des Marxblocks im Berliner Westen tritt in den letzten Tagen eine Frau Elisabeth Brinner-Höpfner als Rednerin gegen Hindenburg auf. Diese Dame ist eine geborene Ostpreukin und seit vielen Jahren

in der wenig verbreiteten „Hartung'schen Zeitung“ in Königsberg tätig. In ihrer Heimat dürfte sie schwerlich ihre Reden gegen Hindenburg loslassen. Daß sie es aber als Ostpreukin wagt, gegen den Retter ihrer eigenen Heimat vor dem Russenjoch Stimmung zu machen, sei an dieser Stelle hiermit zu ihrer Kennzeichnung festgenagelt.

Marx, der Kandidat der Franzosen.

Aus dem befohlen Gebiet wird uns berichtet:

Als der Zentrumsabg. Schwarz aus Frankfurt a. M. in Geisenheim im Rheingau für den Volksblock sprach, wurde seiner Rede durch den aus Rüdesheim gekommenen französischen Delegierten Armand oftentativ Beifall gespendet! Herr Armand ließ sich den Redner vorstellen, wechselte mit ihm einen Händedruck und verharnte etwa 10 Minuten in angeregtem Gespräch mit dem Abg. Schwarz und den Versammlungsleitern.

Darauf wagte dieser Franzose in einer Versammlung des Reichsblocks am 21. d. Mts. in Geisenheim in der Diskussion das Wort zu ergreifen und hatte die Unverfrorenheit, dringend die Wahl Marx' zu empfehlen. Er bezeichnete Marx als den Mann, der Ruhe und Frieden bringt und der Völkerverständigung diene. War schon diese Handlungsweise eine unerhörte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, so setzte das Verhalten der Anhänger vom Zentrum und der Demokratie, die nach ihm als Diskussionsredner auftraten, allem die Krone auf, indem sie sich auf die Ausführungen des französischen Delegierten beriefen und mit dieser Begründung ebenfalls die Wahl von Marx empfahlen.

Wie Marx die Schuldfrage versacken ließ.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir Ausführungen von Dr. Metzger über die traurige Rolle wiedergebend, die Herr Marx in London gespielt hat. In diesen Darlegungen wurde bereits auf die sonderbare Haltung hingewiesen, die Herr Marx in der Frage der Kriegsschuldfrage eingenommen hat.

Der „Lokalanzeiger“ ist nunmehr in der Lage, nähere Einzelheiten in dieser Hinsicht mitzuteilen. Danach war bereits ein vollkommen einwandfreier Text für die von ihm in London in der Schuldfrage abzugebende Erklärung formuliert. Dieser Text lautete wie folgt:

„Möge der Gedanke des Schiedsgerichts in immer weitergehendem Maße bei der Regelung der Beziehungen der Völker untereinander Eingang finden und somit die Willkür durch das Recht ersetzen. Es sei mir gestattet, an diesen Gedanken anknüpfend, einen Wunsch des deutschen Volkes erneut in Erinnerung zu bringen, welcher, ohne an den durch den Versailler Vertrag bestimmten Pflichten zu rütteln, die durch denselben ausgesprochene moralische Belastung von Deutschland genommen wissen möchte. In Verfolg dieses Wunsches hat die deutsche Regierung ihre Archive geöffnet, um allen Völkern der Welt einen Einblick zu geben in die deutsche Politik der letzten 50 Jahre. Deutschland ist der Meinung, daß das in bezug auf die Entstehung des Weltkrieges bestehende Mißtrauen beseitigt werden würde, wenn einem unparteiischen Schiedsgericht Gelegenheit gegeben würde, in voller Öffentlichkeit unter Zuhilfenahme aller Akten diese Frage zu klären. Auch das wäre ein Beitrag von ungeheurem Wert zur Wiederherstellung des Vertrauens unter den Völkern und zur Befriedung der Welt.“

Zur Abgabe der Erklärung aber kam es nicht, denn inzwischen hatte Marx sich mit Herrn Herriot besprochen, der ihm auseinanderzusetzen wußte, daß das ganze „Friedenswerk von London“ und die ganze „Atmosphäre der Versöhnung“, die dort erzeugt wäre, gefährdet sein würde, wenn die Wahrung des deutschen Standpunktes in der Kriegsschuldfrage ausgesprochen würde. Und so hat „tatsächlich Herr Marx, denn auch die Schuldfrage auf der Londoner Konferenz restlos versacken lassen“.

Da berührt es besonders eigenartig, daß Herr Marx als Reichskanzler am 25. August im Reichstage erklärt hat: „Ich kann in der Beziehung die Erklärung abgeben, daß wie jede Gelegenheit benutzen, die uns irgendwie dazu angetan erscheint, diese Frage mit Erfolg geltend zu machen.“ Aber nicht nur in London, sondern auch späterhin hat Herr Marx jede deutsche Aktion in Sachen der Schuldfrage sabotiert. Nachdem vom Reichstag der Reichsregierung die Erklärung abgerungen worden war, daß das in London Unterlassene in einer Note an die Regierungen der fremden Länder nachgeholt werden würde, hat der Einspruch des französischen Botschafters in Berlin genügt, damit auch dieser bereits angekündigte Schritt schließlich unterblieb. Und man verrät kein Geheimnis mehr, wenn man hervorhebt, daß es abermals Herr Marx war, an dessen passivem Widerstand auch diese neue Aktion gescheitert ist.

Wenn auch von amtlicher Seite versucht wird, diese Darstellung des „Lokalanzeigers“ zu entkräften, so haben wir doch keinen Zweifel an ihrer Richtigkeit.

Marx und die Rheinlandkommission.

Die „Germania“ hat endlich die Sprache gefunden. Sie kann zwar nicht bestreiten, daß Herr Marx auf seiner Rheinlandreise von der Rheinlandkommission begrüßt worden ist, ja sogar den Höflichkeitsbesuch der Rheinlandkommission durch Abgabe einer Karte erwidert hat, sucht aber der Sache ein harmloses Gesicht zu geben. Das kann sie nur, indem sie Marx als offizielle Persönlichkeit hinstellt, die im Verkehr mit fremden Mächten eine selbstverständliche Pflicht der Höflichkeit erfüllt habe. Soviel wir wissen, ist Marx auch dem Worte und Rang nach kein Staatsmann mehr und die Anwartschaft auf den Präsidentenposten von seiten des Linksblocks macht ihn

um so weniger dazu, als der Linksbloc ja nicht für den Staat, sondern für die Partei kämpft. Herr Marx ist nichts als Privatmann, ist Staatsbürger wie jeder andere und treibt eben Wahlpolitik, wie es jeder andere auch tun kann. Der Besuch der Rheinlandkommission bei ihm und sein Gegenbesuch kann also nicht in Vergleich gesetzt werden mit dem Austausch von Höflichkeitsakten, wie sie im internationalen diplomatischen Verkehr zwischen den verantwortlichen Leitern der Politik eines Landes üblich sind.

Der Vergleich mit Luther als Reichskanzler und Schiele als Innenminister hinkt und ist in keiner Weise geeignet, den Vorfall für Marx in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen. Der Vergleich aber mit dem Empfang der gesamten ausländischen Presse durch Hindenburg ist unaufrechtig. Denn hier hat es sich lediglich darum gehandelt, die Welt mit der Persönlichkeit und dem Programm des Generalfeldmarschalls bekanntzumachen, ohne daß irgendwelche Beziehungen persönlicher Art bestanden, oder auch nur angeknüpft werden sollten. Geradezu grotesk wirkt es aber, wenn der Volksblock davon redet, ob die „Presse des Herrn Dr. Stresemann der Ansicht sei, daß Herr von Hindenburg im Falle seiner Wahl den französischen oder englischen Botschaftern die Tür weisen soll.“ Als ob Herr Marx als Reichspräsident im Rheinland gewesen wäre!

Die Rheinlandkommission hat den Parteipolitiker des „Volksblocks“, weil er ihr für ihre Zwecke genehm ist, einen Besuch gemacht und Herr Marx diesen Besuch erwidert. Dabei bleibt es.

Auf die sieben Fragen an Herrn Marx geht die „Germania“ auch heute nicht ein. Sie scheinen Herrn Marx sehr unangenehm zu sein. So will er sich bis nach der Wahl darum herumdrücken? Dann gilt der Satz, daß keine Antwort auch eine Antwort ist.

Ein französischer Delegierter spricht im Rheinlande für Marx.

Redner des Zentrums und der Demokraten berufen sich auf ihn. *HN 191 25/4 1925*

Der „Volksblock“ hat von Anfang an für seine Wahlpropaganda das Ausland benutzt. Zunächst nur durch bestellte Telegramme und Reden, durch Zeitung und Kabel. Jeder Deutsche, der noch Achtung vor sich selbst hat, wendet sich angewidert von diesem Treiben ab. Die Schamröte und heißer Bohn müssen aber in uns aufsteigen, wenn wir folgende Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung lesen:

A. Berlin, den 24. April.

Aus dem besetzten Gebiet wird uns berichtet:

Als der Zentrumsabgeordnete Schwarz aus Frankfurt a. M. in Geisenheim im Rheingau für den Volksblock sprach, wurde seiner Rede durch den aus Rüdesheim gekommenen

französischen Delegierten Armand ostentativ Beifall gespendet.

Herr Armand ließ sich dem Redner vorstellen, wechselte mit ihm einen Händedruck und verharre etwa zehn Minuten in angeregtem Gespräch mit dem Abg. Schwarz und den Versammlungsleitern.

Daraufhin wagte dieser Franzose, in einer Versammlung des Reichsblocks am 21. April in Geisenheim in der Diskussion das Wort zu ergreifen, und

empfahl dringend die Wahl des Herrn Marx. Er bezeichnete Marx als den Mann, der Ruhe und Frieden bringt, und der der Völkerverständigung diene.

War schon diese Handlungsweise eine unerhörte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, so setzte das Verhalten der

Anhänger von Zentrum und der Demokratie,

die später als Diskussionsredner auftraten, allem die Krone auf, indem sie sich auf die Ausführungen des französischen Delegierten beriefen und mit dieser Begründung die Wahl von Marx empfahlen.

Vergebens sträuben sich Herz und Verstand

dagegen, zu glauben, daß es deutsche Menschen gibt, die diese Schmach nicht nur hinnahmen, sondern auch noch für ihre Partei ausbeuteten. Also so tief sind wir gesunken, so ganz hat der Partei-Teufel jenen Männern vom Zentrum und von der Demokratischen Partei den Sinn benommen, daß sie gemeinsam mit dem Landesfeind, nein, mit einem der haßerfüllten Bedrücker des besetzten Gebietes einen Wahlkampf führen, gegen den besten und größten Mann, der ihrem Volke beschert ist. Am deutschen Rhein, in der bergewaltigsten, geschändeten Westmark kann Herr Armand dem Zentrumsabgeordneten Schwarz die Hand drücken, kann demonstrativ Beifall klatschen, kann sich mit Zentrum und Demokratie in eine Reihe stellen! Für Herrn Marx hat sich Monsieur Armand eingesetzt, das wollen wir morgen nicht vergessen, und wollen es den Zweiflern, den Schwankenden schwarz auf weiß vor die Augen führen, wollen es den Wahlfaulen, den Gleichgültigen und den Pflichtvergessenen in die Ohren schreien: Zentrumsleute und Demokraten haben gemeinsam mit einem französischen Fronvogt für Marx geworben. Frankreich, Poincaré für Marx! Deutschland, ich und du und wir alle für Hindenburg!

Das ist nur die Hilfsstruppe aus dem Westen. Gleichzeitig führt Sowjetrußland, Sinowjew-Apfelbaum, aus dem Osten Herrn Marx weitere Truppen zu, wie folgende Meldung zeigt:

Auch Moskau für Marx.

TU. Berlin, den 24. April.

Wie der Lokalanzeiger erfährt, hat die Moskauer Kommunistische Internationale an die deutschen Kommunisten die Weisung ergehen lassen, einen Teil der kommunistischen Stimmen in unauffälliger Weise für Marx abzukommandieren, damit ein Sieg Hindenburgs möglichst bereitet werde, der für die Zukunft der kommunistischen Bewegung in Deutschland gefährlicher sei als der von Marx.

Marx kann sich rühmen, die breiteste Basis gewonnen zu haben: von der Seine bis zur Moskwa, von Poincaré bis Apfelbaum, vom roten Wirth bis zum vaterlandslosen Crispian!

Nun ist es an uns, uns um Hindenburg zu scharen und dafür zu sorgen, daß alle zur Stelle sind — jenen zum Trotz, dem Vaterland zum Seil: von der Maas bis an die Memel, von der Elbe bis an den Belt!

Marx, das reizvolle Geheimnis

Das „Deutsche Volksblatt“, Organ der Zentrumsparlei Süddeutschlands, bringt in seiner Nummer 65 von Friedrich Muckermann S. J. eine Würdigung des Zentrumskandidaten Wilhelm Marx. Wie das Buch „Ein Jahr Marx“ vom früheren Reichspressechef Dr. Karl Spieker, so soll auch diese Arbeit Muckermanns der Gefahr vorbeugen, „daß unter der Vielheit von Geschehnissen die großen Linien und auch die großen Männer allzu schnell vergessen werden“. Herr Muckermann weiß, so behauptet er wenigstens, daß „die Presse aller Richtungen, einzig die Kommunisten ausgenommen, noch vor kurzem die Begeisterung für Marx mit ihm geteilt hat“ — für Marx, der „auf der Höhe der Macht nichts von der demütigen Gliedschaft in der Volksgemeinschaft verloren hatte“. Und trotzdem „bleibt uns diese Persönlichkeit ein reizvolles Geheimnis.“ Aber Muckermann kommt doch dahinter: Marx „ist der Mensch der neuen Zeit, der in einem erfahrungsreichen Leben die Gewißheit gewonnen, daß seelische Kräfte die entscheidenden sind: die Lauterkeit des Charakters, die große Menschenliebe, die völkerveröhnende Güte, die deutsche Ehrlichkeit, mit einem Worte: das echte, erlebte und geübte Christentum. Das Christentum hat diesen Mann so durch und durch geformt und seinem ganzen Wesen etwas so Leuchtendes, Gewinnendes und doch Starres gegeben, daß dieses Wesen allein schon für sich einen Sieg errungen hat, wie er wohl in der Geschichte einzig dasteht. Man lese einmal folgende Schilderung von der Londoner Konferenz:

„Beim Eintritt der deutschen Delegation, deren Mitglieder nur von Macdonald an der Tür mit einem Händedruck empfangen worden waren, hatten sich die übrigen Anwesenden sehr kühl und abweisend gezeigt, auch die Begrüßungsworte wurden ohne Beifall aufgenommen. Die meisten Gesichter der Konferenzmitglieder zeigten deutlich Abwehr und Argwohn, als Reichskanzler Marx sich erhob. Eine einzige Atmosphäre gezwungener Korrektheit überlagerte die Sitzung. Aber schon nach wenigen Worten des Reichskanzlers, die, da sie Deutsch gesprochen wurden, nur von wenigen verstanden wurden, änderte sich für den Beobachter das Bild. Die verkniffenen Gesichter hellten sich sichtlich auf, aus der verschlossenen Neugierde wurde Bewunderung und Staunen; jeder fühlte, daß Tauwetter mit Sonnenschein das Eis der abweisenden Korrektheit zu brechen begann. Diese sichtbare Wandlung hatten nicht die ja auch kaum verstandenen Worte des Reichskanzlers hervorgebracht, sie entsprang der diese Zuhörer überraschenden Art des ruhigen, schon im Klange der Stimme ehrlichen und versöhnlichen Vortrages, dieser auf den ersten Blick durch ihre selbstlose Lauterkeit faszinierenden Persönlichkeit des Reichskanzlers Marx...“

Das war freilich ein einzigartiger Sieg! Das ging noch über das Pfingstwunder! Und wir verstehen Muckermann, wenn er fortfährt: „In der Tat, in Marx hat Europa zum ersten Male wieder das Lächeln des deutschen Antlitzes geschaut und sich für bezwungen erklärt. Es gab wenigstens einen Augenblick, wo all die rechnenden Ministerpräsidenten und Bankiers die Uebermacht eines Charakters und einer großen Seele verspürten. Und das war mehr als ein Zeppelinflug nach Amerika.“

Und diesen Wundermann können wir als Reichsoberhaupt haben? Wird ihn uns auch das Ausland lassen? Es ist allerdings „weit gekommen in Deutschland, wenn viele von uns einen deutschen Wert, den selbst das Ausland erkennt, nicht zu würdigen wissen, wenn sie das Kind eines neuen Europas nicht in einem Manne erkennen, der einmal mitgenannt werden wird unter seinen Begründern.“ Gottlob, es gibt bessere Leute unter dem politisch reifen und souveränen Volk. Und es beruhigt einen ordentlich, daß auch Muckermann das weiß: „Das deutsche Volk liebt Marx. Es hat nicht die Einsicht (das wäre auch zuviel verlangt!) in die Größe seiner politischen Taten, war nicht Zeuge jenes feinen Taktes und jenes einzigen Geschickes, in schöner Gemeinschaft auch mit Gegnern zu arbeiten. Aber es fühlt mit dem Instinkt des gläubigen Gemütes, was es an diesem lauterem Charakter besitzt.“ Ganz gewiß! Und so wird denn das regierende Volk, das selbstverständlich des Wundermannes große politische Taten gar nicht zu entdecken vermag, das, wie die westfälischen Bauern beweisen, dummerweise die schöne Gemeinschaftsarbeit mit den ungläubigen Severingjüngern nicht zu werten versteht, geschweige denn den feinen Takt im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit dem rüden Macdonald und dem herzlichen Herriot, „gläubigen Gemütes“ dem geliebten Manne folgen, „der“ — rühmt Muckermann — „mit stiller, einfacher Selbstverständlichkeit den kühnen Schritt ins neue Europa gewagt hat.“

Dorthin geht also die Reise! Die Reisepreisberechnung hat ja der geheimnisvolle Sieger von London damals schon, erfolgreich, wie er nun einmal ist, triumphierend in die beglückte Heimat gebracht. Vielleicht fährt er über Köln, um Herrn Muckermann seine Erfolge und „die Größe seiner politischen Taten“ noch einmal zu beweisen, und stößt unterwegs auch seinen Freund Herriot noch einmal um. Der empfängt ihn sicher liebenswürdiger als Macdonald, der egal nach Schottland zu Familienfesten fahren muß, wenn Marx wieder einmal „mehr noch durch sein Sein als durch sein Wirken“ einen Sieg über ihn erringen will, der in der Tat einzig dasteht in der Geschichte.

Wahrlich, schwer ist es, keine Satire zu schreiben!

Cal m

Quelle: Hamburger Fremdenblatt, Nr. 117a

Datum: 28.4.1925, Morgenaus.

Ein Neffe von Marx verhaftet.

wb. Mannheim, 27. April. (Drahtbericht.)
 Am Sonnabend abend gegen 5 Uhr wurde im
 hiesigen Parkhotel der Neffe des früheren
 Reichskanzlers Marx Dr. jur. Ver-
 kohen aus Ludwigshafen, als er sich zu seinem
 Onkel begeben wollte, verhaftet. Seine Frei-
 lassung erfolgte erst wieder, nachdem Dr. Marx
 nach Weuren abgereist war. Da verschiedene
 hiesige Zeitungen gegen diese Verhaftung pro-
 testieren, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt,
 daß Dr. Verkohen in Vollzeigewahrsam ge-
 nommen wurde, weil nach seinem ganzen Ge-
 baren und Auftreten zu befürchten war, daß er
 den hier anwesenden Präsidentschaftskandidaten
 belästigen würde. Die Festnahme erfolgte nach
 gesetzlichen Bestimmungen und war durchaus ge-
 rechtfertigt. Zur Zeit der Separatisten-
 bewegung soll Verkohen eine sehr bedenkliche
 Rolle gespielt haben.

19473 0049 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Deutsche Zeitung, Nr. 195Datum: 28.4.1925**Marx' Separatisten-Neffe verhaftet.**

Mannheim, 27. April.

Am Sonnabend gegen 5 Uhr wurde im hiesigen Parkhotel der Neffe des früheren Reichskanzlers Marx, Dr. jur. Verloren aus Ludwigshafen, als er sich zu seinem Onkel begeben wollte, verhaftet. Seine Freilassung erfolgte erst wieder, nachdem Marx nach Beuron abgereist war. Da verschiedene hiesige Zeitungen gegen diese Verhaftung, da sie ohne Grund erfolgt sei, Einspruch erheben, wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß die Verhaftung durchaus berechtigt war. Die Festnahme erfolgte nach den gesetzlichen Bestimmungen. Zur Zeit der Separatistenbewegung soll Verloren eine sehr bedenkliche Rolle gespielt haben.

19473 0050 000

HWWA
 HAMBURG
Quelle: Neue Preussische (Kreuz-) ZeitungDatum: 28.4.1925

Herr Marx nach der Niederlage.

Wir haben bereits berichtet, daß Herr Marx seinen von ihm unzertrennlichen Dr. Spieder zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernennen wollte. Wir können verraten, daß die Weimarer Koalition auch sonst alle Vorarbeiten getroffen hatte, die als sicher betrachtete Wahl von Marx zum Reichspräsidenten freudvoll und durch Verteilung von Posten zu feiern. Dr. Wirth, der noch am Sonnabend mit Herrn Crispian im Berliner Sportpalast die Segnungen des politischen Schachergeschäfts darzustellen suchte, sollte Reichskanzler werden und ein kongeniales Kabinett aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten zusammensetzen.

Herr Marx selbst sollte glorreich geehrt werden. Es war bereits ein Komitee eingesetzt, das ihm am Montag in Sigmaringen, wo er weilt, die „Glückwünsche des deutschen Volkes“ überbringen sollte. Das Komitee hat schleunigst Gegenorder erhalten und die Reise aufgegeben. Natürlich wollte auch das Reichsbanner Schwarz-rot-gelb nicht zurückstehen. Herr Marx sollte Anfang Mai seinen erhebenden Einzug in Berlin halten, der vom Reichsbanner mit einem Fackelzug begangen werden sollte. Die Fackeln sind bereits gekauft. Da das Reichsbanner nun keine Verwendung dafür hat, findet sich vielleicht eine Organisation, die sie brauchen kann und zum Selbstkostenpreise übernimmt.

Am 8. Mai sollte im Reichstage die Vereidigung des Herrn Marx auf die Verfassung stattfinden, die der sozialdemokratische Präsident Löbe besonders national gestalten wollte, nachdem man acht Tage vorher den 1. Mai mit großem internationalen Pomp gefeiert hatte. Der 1. Mai sollte diesmal ganz hervorragend als „Siegesfest des Proletariats“, begangen werden.

19473 0051 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Hamburgische Correspondent, Nr. 200Datum: 30.4.1925**Marx an Hindenburg.**

© Berlin, 30. April. (Eigene Drahtmeldung.) Reichs-
kanzler a. D. Dr. Marx hat von Sigmaringen aus an den
Generalfeldmarschall von Hindenburg ein Schreiben gerichtet,
in dem er u. a. zu dem Wahlausfall Stellung nimmt und
schreibt: „Das deutsche Volk hat Ew. Exzellenz zum Reichs-
präsidenten gewählt. Es entspricht dem Geist echter Dem-
okratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt,
zur Entscheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes
steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Eurer Exzellenz den
aufrichtigen Wunsch und die Hoffnung auszusprechen,
daß unter Ihrer Präsidenschaft das deutsche Volk die innere
Ruhe und den äußeren Frieden finden möge, wonach unser
aller Streben geht. Möge der eingeleitete wirtschaftliche Ge-
sundungsprozeß zum Segen von Volk und Reich ungehindert fort-
schreiten! Möge die Durchbringung des ganzen öffentlichen
Lebens mit wahrhaft demokratischem und sozialem Geiste
jene Krankheitsercheinungen heilen, die der Krieg
und Deutschlands Zusammenbruch hinterlassen haben, und da-
mit die sittliche Reinigung unseres Volkes beschleunigen! Möge
es unserem deutschen Volke vergönnt sein, auf dem eingeschlagenen
Weg der internationalen Verständigung in Frieden und Wohl-
fahrt recht bald wieder die Stellung in der Welt einzunehmen,
auf die es dank seiner Fähigkeiten und seiner Leistungen Anspruch
hat.“

H.C. 30.4.1925. Nr. 200. gez. Marx.
Reichskanzler a. D. Marx wird ferner im Laufe des heutigen
Tages einen Aufruf an seine Wähler erlassen.

19473 0052 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Soeinger Tagblatt, Nr. 100Datum: 30.4.1925**Letzte Telegramme.****Marr an Hindenburg.**

St. Berlin, 30. April. (Eigener Drahtbericht.)
Reichskanzler a. D. Marx hat von Italien aus an Generalfeld-
marschall von Hindenburg folgendes Schreiben gerichtet:

„Ew. Excellenz! Das deutsche Volk hat Ew. Excellenz zum
Reichspräsidenten gewählt. Es entspricht ganz dem Geist der De-
mokratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt, zur Ent-
scheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes steht.
Darum ist es mir ein Bedürfnis Ew. Excellenz
meinen aufrichtigen Glückwunsch und die Hoffnung auszu-
sprechen, daß unter Ihrer Präsidenschaft das deutsche
Volk die innere Ruhe und den äußeren Frieden finden möge,
wonach unser aller Streben geht. Möge der eingeleitete wirt-
schaftliche Gesundungsprozeß ungestört fortschreiten. Möge die
Durchbringung des ganzen öffentlichen Lebens mit wahrhaft demo-
kratischem und sozialem Geist all Krankheitserscheinungen, die der
Krieg und der Zusammenbruch des deutschen Volkes hinterlassen
hat, die sittliche Reinigung unseres Volkes beschleunigen. Möge
es unserem deutschen Volke vergönnt sein, auf dem Wege der inter-
nationalen Verständigung in Frieden und Wohlfahrt recht bald
wieder die Stellung in der Welt einzunehmen, auf die es dank
seiner Leistungen Anspruch hat. Mit der Versicherung meiner be-
sonderen Hochachtung bin ich Ew. Excellenz ergebener

gez. Reichskanzler a. D. Marx.“

Reichskanzler a. D. Marx wird ferner im Laufe des heutigen
Tages einen politisch bedeutungsvollen Aufruf an seine Wähler
richten.

Quelle: Hamburger Nachrichten, Nr. 201Datum: 1.5.1925

Der verbitterte Herr Marx.

Herr Wilhelm Marx, der sich nun wieder Reichskanzler a. D. nennt, wendet sich huldvoll in einem Dankerlaß an seine Wähler, in dem er sänerlich sticht, daß Hindenburg zwar nicht mit absoluter, „aber infolge der staats- und arbeiterfeindlichen Haltung der Kommunistischen Partei“ doch mit relativer Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt worden sei, und behauptet, seine Gegner seien „vor seiner Verunglimpfung und Verdächtigung des Voraängers des jetzigen Reichspräsidenten“ zurückgeschrocken, ohne näher zu sagen, worin denn diese restlosen Verunglimpfungen und Verdächtigungen des Herrn Ebert bestanden haben sollen. Genua, das Schriftstück läßt deutlich die ganze Enttäuschung und Vergrämung des Herrn Marx erkennen. Nach diesem Opus, in dem die Erwählung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg zum Reichspräsidenten mit bissigen Anmerkungen kommentiert wird, ist es eine Befundung seltsamen Taktgefühls, wenn Herr Marx als „Reichskanzler a. D.“ noch einen zweiten Erlaß an Hindenburg richtet und ihm gewissermaßen seine Aufgaben vorzeichnet:

„Das deutsche Volk hat Ew. Exzellenz zum Reichspräsidenten gewählt. Es entspricht dem Geiste echter Demokratie, daß nunmehr jeder, der sich zu ihr bekennt, zu der Entscheidung der verfassungsmäßigen Mehrheit des Volkes steht. Darum ist es mir ein Bedürfnis, Ew. Exzellenz meinen aufrichtigen Wunsch und die Hoffnung auszusprechen, daß unter Ihrer Präsidenschaft das deutsche Volk die innere Ruhe und den äußeren Frieden findet, wonach unser aller Streben geht. Möge der eingeleitete wirtschaftliche Gesundungsprozess zum Segen von Volk und Reich ungestört fortschreiten. Möge die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit wahrhaft demokratischem und sozialem Geiste jene Krankheitsercheinungen heilen, die der Krieg und Deutschlands Zusammenbruch hinterlassen haben und somit die sittliche Reinigung und Erneuerung unseres Volkes beschleunigen. Möge es unserem deutschen Volke vergönnt sein, auf dem eingeschlagenen Wege der internationalen Verständigung in Friede und Wohlfahrt recht bald wieder die Stellung in der Welt einzunehmen, auf die es dank seiner Fähigkeiten und seiner Leistungen Anspruch hat. Mit der Versicherung meiner besonderen Hochachtung bin ich

Ihr ergebener Marx, Reichskanzler a. D.“

Der „Staatsmann“ des Volksblocks

Starke Differenzen im Zentrum.

—s. Berlin, 15. Mai.

Die offizielle Verlautbarung über den Verlauf der Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums und über die Wiederwahl des Herrn Marx als Vorsitzender der Partei ist geeignet, einen durchaus falschen Eindruck von dem Verlauf der Sitzung zu erwecken. Daß das Zentrum bemüht ist, vor der Öffentlichkeit die starken Differenzen innerhalb der Partei zu verbergen, ist wohl verständlich, bei dem Charakter der Partei innerhalb der Politik des Reichs und Preußens ist aber die Öffentlichkeit in weitestgehendem Maße an der Orientierung über die inneren Vorgänge beim Zentrum interessiert. Wie wir zuverlässig erfahren, hat man in der Vorstandssitzung außerordentlich scharf gegen die Art der Parteiführung durch Dr. Marx polemisiert und es ihm zum Vorwurf gemacht, daß während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit als Parteivorstand der das Zentrum einen Fehlschlag nach dem anderen erlebt habe. Insbesondere gelte dies auch für die Niederlage des Volksblocks bei der Reichspräsidentenwahl und für die vollkommene Verwirrung der Situation in Preußen. Herr Dr. Marx habe nicht rechtzeitig genug erkannt, daß das innerpolitische Schwergewicht von der Linken zur Rechten gegangen sei, und er habe es vor allem nicht verstanden, nach Erkenntnis der Tatsache ohne überstürzte Lösung der Bindungen nach links die notwendigen engen Beziehungen nach rechts aufzunehmen. Herr Dr. Marx hat diesen Vorwürfen gegenüber darauf hingewiesen, daß er von vornherein stets betont habe, kein Staatsmann und kein Diplomat zu sein. Man habe ihn trotzdem dazu gebrängt, den Vorsitz des Zentrums, die Reichslandtagsfraktion und die tatsächliche Führung der Parteipolitik zu übernehmen. Er besitze nun einmal nicht die staatsmännischen Fähigkeiten, um in der notwendigen geschickten Form den zum Anschluß nach rechts erforderlichen Umschwung der Parteipolitik durchzuführen. Darüber habe er seine Partei niemals im Zweifel gelassen. Im übrigen sprach man sich in der Vorstandssitzung sehr scharf dagegen aus, daß während der offiziellen Führung der Partei und des Reiches durch Herrn Marx ständig eine Nebenregierung (gemeint ist Herr Spieler) sich unangenehm bemerkbar gemacht habe. In diesem Zusammenhange ist es von Interesse, daß der einstweilen von der Partei ausgeschlossene Abgeordnete Lange-Hegemann Zentrumsmitgliedern gegenüber erklärt hat, daß es nicht lange dauern würde, bis man ihn inoffiziell bitten würde, doch wieder ein Mandat für die Zentrumspartei zu übernehmen. Ebenso interessiert ist es, daß Herr Semer, dessen Auseinandersetzungen mit Ministerialdirektor Spieler wegen der „Germania“ noch in Erinnerung sind, öffentlich feststellen kann, welche unsauberen Geschäfte Dr. Heinrich Steffensmeier, der während der letzten Reichstagswahl Schatzmeister der Berliner Zentrumspartei war, im Zusammenhange mit der „Germania“-Angelegenheit sich geleistet hat. Nach Ankündigung Semers soll dieser ganze Komplex übelster Vorgänge mit Ehebruchsgeschichten, Parteischiebungen in Kürze auch gerichtlich ausgetragen werden.

Die Besprechungen um die Regierungsumbildung in Preußen, die in erster Linie zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum geführt werden, bezwecken nach wie vor die Bildung der sogenannten großen Volksgemeinschaft. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat sich bekanntlich gegen die Beteiligung an einem Kabinett ausgesprochen, an dem sich die Sozialdemokratie beteiligt. Wie wir erfahren, hat sie aber jetzt die Deutsche Volkspartei wissen lassen, daß sie einem Kabinett gegenüber, dem teils Sozialdemokraten als Ministerpräsident und Minister des Innern angehört, eine abwartende Haltung einnehmen würde.



19473 10055 000

Quelle: Hamburger Nachrichten am MiHag, Nr. 113

Datum: 16.5.1925

Marr geht zum Reichsbanner.

(Drahtmeldung der D. N. am Freitag.)

TU. Berlin, den 16. Mai.

Wie die Morgenblätter aus Magdeburg melden, hat Reichskanzler a. D. Wilhelm Marr, der Vorsitzende der Zentrumsparlei, seinen Beitritt zum Reichsausschuß des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärt, weil es ihm im Interesse des Vaterlandes wertvoll erscheine, wenn eine möglichst große Zahl entschlossener Männer offen und frei für die Wahrung und den Schutz der Interessen der Republik eintreten.



19473 ; 0056 000

Quelle: Hamburger Nachrichten, Nr. 226

Datum: 16.5.1925

Marg geht zum Reichsbanner.

H.N. 16.5.25
Berlin, den 16. Mai.

Wie die Morgenblätter aus Magdeburg melden, hat Reichsleiter a. D. Wilhelm Marg, der Vorsitzende der Zentrumspartei, seinen Beitritt zum Reichsausschuß des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärt, weil es ihm im Interesse des Vaterlandes wertvoll erscheine, wenn eine möglichst große Zahl entschlossener Männer offen und frei für die Wahrung und den Schutz der Interessen der Republik eintreten.

Herrn Margens Romfahrt.

Eine ganz absonderliche Nachricht kommt aus Rom, zunächst nur als Wiederhall von Gerüchten, die in der heiligen Stadt umgehen; aber ganz von der Hand zu weisen ist sie nicht und verdient jedenfalls argwöhnische Aufmerksamkeit. Unser Mitarbeiter in Rom drahtet:

Wi. Rom, den 22. Mai.

Nach hiesigen Informationen, deren Richtigkeit sich nicht nachprüfen läßt, wird der auffallend lange römische Aufenthalt der früheren Kanzler Marg und Wirth mit angeblicher Fühlungnahme der beiden Zentrumsabgeordneten mit vatikanischen und auch italienischen politischen Kreisen in Zusammenhang gebracht. Nach gleicher Quelle wurde dabei schon eifrig die Nachfolge Hindenburgs in Erwägung gezogen. Auch die Frage des Reichs-konfordsats spielte eine Rolle.

Von Besuchen im Vatikan haben in früheren Jahren die Zentrumsführer häufig Weisungen für die Zentrumspolitik im Reich heimgebracht; niemals hat das Zentrum seinen ultramontanen Charakter abstreiten können. Warum sollten nicht auch die Führer des linken Zentrumsflügels ihre Pilgerfahrt benutzen, um von „jenseits der Berge“, ultra montes, Rat für ihre Parteipolitik zu holen und vielleicht gar die Autorität des Heiligen Vaters gegen die Aengste des Zentrums auszuspielen. Auch daß eine künftige Besetzung des Reichspräsidentenpostens mit einem dem Vatikan genehmen Politiker dabei erörtert wird, ist durchaus nicht unwahrscheinlich. Denn in vergangenen Zeiten hat der Vatikan, wie die deutsche Geschichte lehrt, gern bei der Erkrönung des Reichsoberhauptes seinen Einfluß geltend gemacht, und nur die Verbindung der Deutschen Kaiserwürde mit der erblichen Monarchie in Preußen vermochte diesen nicht immer ganz segensreichen Einfluß vollkommen auszuschalten. Jetzt in den Zeiten der Republik wird das Reichsoberhaupt wieder wie in ferner Vergangenheit gewählt; und vom Standpunkt der Kurie wäre es gar nicht unverständlich, wenn sie das Bestreben hätte, dabei wieder, wie einst bei der deutschen Königswahl, mitzuraten und mitzuwirken. Allerdings können wir Deutschen uns keinen Segen von dieser Mitwirkung versprechen; am wenigsten wenn sie über die Herren Wirth und Marg geht. Darum gilt es wachsam zu sein und die Führung und Haltung des Zentrums in der nächsten Zeit genau zu beobachten.

Herr Marx theologischer Doktor.

Herrn Marx, der so oft in den letzten Monaten bei den Kabinettsbildungen im Reich, dann dreimal bei den Kabinettsbildungen in Preußen, schließlich bei der Reichspräsidentenwahl durchgefallen ist, hat nun die katholisch-theologische Fakultät der Universität Bonn barmherzig ein großes Pflaster auf all die Wunden gelegt und ihn, so berichtet die klerikale Märkische Volkszeitung, zum Doktor der Theologie honoris causa ernannt. Damit erhält Herr Marx, von Beruf Jurist, nicht nur endlich den Dokortitel, der ihm so häufig, besonders während der Wahlbewegung, in der Presse beigelegt worden ist, sondern ihm wird auch noch eine ganz außergewöhnliche Auszeichnung zuteil; denn in der römisch-katholischen Kirche war es bisher nicht üblich, Laien, denen doch die Priesterweihe fehlt, zu Doktoren der Theologie zu machen. Und da die Priesterweihe ein Sakrament ist, so kann die Erhebung des Christen Marx in die sonst nur geweihten Priestern zustehende theologische Doktormürde als eine ähnliche Seltenheit angesehen werden wie eine Ehecheidung in der römischen Kirche. Herrn Marx, der sich so gar nicht mit Würde in das Bewußtsein, bei der Präsidentschaftswahl einem Hindenburg unterlegen zu sein, finden konnte und in öffentlichen Kundgebungen nach der Wahl seine ganze Verärgerung und Verbitterung aller Welt offenbarte, gönnen wir diese reichliche Entschädigung für sein enttäuschtes Gemüt von Herzen und unterdrücken dabei unsere Vermunderung, daß gerade eine katholisch-theologische Fakultät Herrn Marx, dem offiziellen Präsidentschaftskandidaten der kirchen- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie, der seit Jahren schon in der Politik mit der Sozialdemokratie gern gemeinsame Sache macht, die höchste Würde verleiht, die sie zu vergeben hat. Das ist ebenso wie der merkwürdige Gegensatz dieser Ehrung zu dem ausdrücklichen, vom Papst an alle Katholiken gerichteten Verbot, mit Marxisten jeder Art zusammenzuwirken, innere Angelegenheit der katholisch-theologischen Fakultät zu Bonn, und wir fühlen nicht die Befugnis, uns da hineinzuweisen. Vielmehr hoffen wir, daß die Fakultät mit ihrer feinsinnigen Ehrung den Zweck erreicht, Herrn Marx der Vergrämung zu entreißen. Denn Beispiele der Vergangenheit haben gelehrt, daß verstimnte oder verbitterte Männer zumal an der Spitze großer Parteien der Sache des gemeinsamen Vaterlandes wo nicht gefährlich, so doch hinderlich und schädlich werden können.

Quelle: Fridericus, Nr. 17

 Datum: [ca. Herbst] 1925

Die Auslandspresse und Marx

Dr. Marx soll im Ausland eine vorzügliche Presse haben ganz im Gegensatz zu Hindenburg, der — so versichern es die rötlichen Gazetten — direkt eine Gefahr für unsere herzlichen Beziehungen zum Ausland bedeutet.

Die „Köln. Zeitung“ ist so freundlich, einige Auslandszeugnisse für Herrn Marx zum Besten zu geben. Sie schreibt:

„Gerade was Herrn Marx betrifft, der jetzt wieder vom gesamten Völkervolk als der mit dem Höchstmaß von Hochachtung und Vertrauen des Auslandes ausgezeichnete Staatsmann Deutschlands hingestellt wird, so muß man nur die Pressestimmen nicht einseitig auswählen, um zu einer richtigen Einschätzung dieses Vertrauens zu kommen. Man muß nicht solche Äußerungen unterschlagen, wie zum Beispiel die des „Temps“, der gelegentlich der Regierungskrise im vorigen November schrieb: *Fridericus, Nr. 17, 1925*“

„Das Zentrum hat den Gipfel der Unentschlossenheit erreicht. Man erinnert sich, daß es zuerst unter dem Einfluß des Herrn Birth fest geblieben war... Heute rechtfertigt das Zentrum seine Schwäche, indem es sagt, daß es das Odium der Auflösung auf die Demokraten abwälzen wollte... Herr Marx ist nicht weniger jämmerlich gewesen. Zuerst hat er versucht, die Deutschnationalen durch ihre Ansprüche unmöglich zu machen. Als er sich in seiner Fraktion in der Minderheit sah, hat er Angst um seine Stellung bekommen und alle Kompromisse angenommen. Man hielt ihn für einen ernsthaften Mann, der eine schwere Bürde nur im Dienst seiner Mitbürger auf sich genommen habe, er ist ein Deutscher wie alle anderen, beherrscht von dem eigenen Interesse. Man kann sich von jetzt an nicht mehr auf ihn verlassen.“

Oder man lese, was der Berliner Vertreter des Pariser „Journal“ kürzlich, am Tage der Präsidentenwahl, seinem Blatte schrieb:

„Herr Marx verbreitet den friedlichen Duft eines Kirchendienerers oder eines Küsters um sich. Das ist ein gutes, altes Männchen, ganz rund, sehr kurzstichtig, mit schwacher Stimme und blauen Augen. Mit seinem Glaskopf, seiner schwachen Stimme und dicken Halsbinde glänzt er nicht durch Beredsamkeit und beschränkt sich darauf, stammelnd Reden zu halten, die von einem Sekretär abgefaßt wurden. Aber er versteht es gelegentlich, mit den Völkern zu heulen. Das ist der Kandidat der Katholiken und des Papstes, der Kandidat des Reichstuhls.“

„Solche Unverschämtheiten steckt man schweigend ein und stürzt sich um so gieriger auf Lobsprüche, die zur Beeinflussung der deutschen Politik nach den Interessen des Auslandes von drüben verabreicht werden. Man höre also auf mit dieser Würdelosigkeit und denke an das Wort: Wenn ihr euch nur selbst vertraut, vertrauen euch auch die anderen Seelen. Wir wollen, soweit wir es überhaupt vernünftigerweise in unsere politische Rechnung einsetzen können, das Vertrauen des Auslandes dadurch gewinnen, daß wir unsere Kräfte zusammenfassen, der Wiederkehr von Regierungskrisen vorbeugen, mit ehrlicher Arbeit die wirtschaftliche Lage unseres Volkes verbessern und durch friedliche Verständigung mit den anderen Nationen unsere volle Gleichberechtigung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker anstreben. Dazu ver helfe uns Hindenburg!“

So schreibt die „Kölnische Zeitung“. Köln ist bekanntlich leider besetztes Gebiet und im besetzten Gebiet soll man — so sagen wieder die rötlichen Gazetten — entsetzt sein über die Kandidatur Hindenburg.

Gelogen wie gedruckt! Wahr ist nur, daß die „Volks“-Blattdorgane für den Wahlkampf profitiert haben aus den Lügen, die Lord Northcliffe während des Krieges über Deutschland verbreitete. Nennen wir die „Volks“-Blattdorgane daher in Zukunft „die deutsche Northcliffe-Presse“.



19473 1 0060 000

Quelle: Hamburgische Correspondent, Nr. 397

Datum: 27.8.1925

Die Zentrumspartei dankt Marx!

Duisburg, 26. August.

Anlässlich des Abzuges der Besatzungstruppen hat die Duisburger Zentrumspartei an Reichkanzler a. D. Marx folgendes Telegramm gerichtet: In dem Augenblick, da Duisburgs Bevölkerung von langjährigem Druck der Besatzung befreit aufatmet, gedenkt die Duisburger Zentrumspartei Ihres vielfach grüßten erfolgreichen Wirkens in London mit besonderer Dankbarkeit und sendet Ihnen treue, anhängliche Grüße.

Eine politische Rede Dr. Marx'

Unter starker Beteiligung fand in Oppeln am Sonntag die Eröffnung des Oberschlesischen Zentrumsparteitages statt. Außer sämtlichen Reichs- und Landtagsabgeordneten Oberschlesiens und den Spitzen der Behörden hatten sich aus dem Reich u. a. Reichstagsabgeordneter Brüning sowie Frau Ministerialdirektor Weber eingefunden. Eine besondere Bedeutung erhielt die Tagung durch die Teilnahme des Reichszanzlers a. D. Marx. Der Parteivorsitzende, Kanonikus Mitzka, eröffnete den Parteitag und wies auf die schweren politischen Kämpfe des letzten Jahrzehnts und die innerpolitischen Störungen hin. Es sei erfreulich, daß sich sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch die Lage etwas beseitigt habe, und das sei ein Beweis dafür, daß die Linie Erzberger, Wirth und Marx die rechte gewesen sei. Mit großem Beifall begrüßte dann Dr. Marx das Wort zu seinem großen politischen Referat. Er betonte, daß er als Rheinländer der Einladung, nach Oberschlesien zu kommen, gern gefolgt sei, zumal der Osten sowohl wie der Westen Schweres zu ertragen hätten und daher durch gemeinsame Leiden innig verwandt seien. Im Hinblick auf die schwer betroffenen Grenzlande betonte er, daß es sich die Zentrumspartei zur Aufgabe gemacht habe, das Vaterland über die Partei zu stellen. Sodann ging Dr. Marx auf die Außenpolitik ein. Erfolgreich werde die Außenpolitik erst dann sein, wenn das ganze Volk einhellig zur Außenpolitik stehe. Zurzeit sei es so. Eine eigentliche Opposition gebe es nicht. Wir müßten uns jedoch davor hüten, in unsere Politik Zwiespältigkeit und Hinterlist hineintragen zu lassen.

Es zeugt von einer merkwürdigen Einstellung, wenn man seinen in Paderborn anläßlich der Partei-Vorstandssitzung gemachten Ausführungen zu unterstellen suche, daß sie geeignet sind, die Stellung unserer Delegation in Locarno zu erschweren. Gerade das Gegenteil dürfte der Fall sein. Es müsse geradezu als staatsgefährlich bezeichnet werden, wenn jetzt, kurz vor Abschluß bedeutungsvoller Abmachungen von maßgebender Seite großer Parteien von tatsächlichen Zugeständnissen, Protesten und Entschließungen bezüglich des Sicherheitspactes die Rede sei. Bester sei die natürliche Schlussfolgerung aus der bisherigen Politik. Es müsse deshalb alles vermieden werden, was geeignet wäre, die für Deutschland sich anbahnende günstige Entwicklung aufzuhalten oder das gerade Gegenteil herbeizuführen. Reichszkanzler a. D. Marx verbreitete sich im weiteren Verlauf seiner Rede über die grundsätzliche Einstellung des Zentrums zu den Gegenwartsfragen der Innenpolitik. Hinsichtlich der Stellung zum gegenwärtigen Kabinett erklärte er, daß sich das Zentrum auf den Boden der im Januar abgegebenen Erklärung stelle und weiterhin wohlwollende Neutralität üben werde, sich aber auch freie Hand behalten müsse, einmal mit der Rechten und einmal mit der Linken zusammenzugehen zu können.

Auf den Fall Dr. Wirth eingehend, betonte der Redner, daß er seine vornehmste Pflicht darin sehe, alles zu tun, um die entstandene Vertrauenskrisis zu beheben und Dr. Wirth die Rückkehr in die Partei zu ermöglichen. Die Zentrumspartei habe die hohe politische Aufgabe, alle Bestrebungen zu fördern, die zur Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage zu führen geeignet erscheinen. Aus dem Volke solle unsere Kraft gewonnen werden, gerade für das Volk wollten wir arbeiten!! — Am Nachmittag wurden noch Referate gehalten von Dr. Brüning und Frau Ministerialdirektor Weber über soziale Gesetzgebung und Kultur- und Frauenfragen. Landgerichtsdirektor Lauth in Oppeln hielt ein Referat über die Provinz-Schlesien.

Quelle: Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung, Nr. 484Datum: 15. 10. 1925

Die Linkspolitik des Herrn Marx.

Der Reichstanzler a. D. Dr. Marx wird mit seinen Reden allmählich aufdringlich. Hören wir doch immer dasselbe, kaum verschieden variiert und ohne jeden geistvollen Lichtblick. Nur das eine tritt immer stärker zutage, daß Herr Marx immer mehr Geschäfte der Reichsbannerparteien besorgt, wie er überhaupt mit seinem kürzlichen Beitritt zum Reichsbanner ostentativ betont hat, wozu er gerechnet sein will. Politisch anmaßend wird es, wenn er nun seine und seiner Zentrumsvorgänger Politik als die einzig richtige ausgibt, gleichzeitig aber der Reichsregierung dadurch in den Rücken fällt, daß er wie gestern in Beuthen erklärt, es sei nicht richtig, heute einen Protest gegen die Kriegsschuldlüge zu erheben, obwohl er selbst vor gut einem Jahre einen solchen Protest unterschrieben und veröffentlicht hat und nur aus Mangel an Courage die Notifizierung an die ausländischen Mächte unterließ. Ebenso unglaublich ist es, wenn er erklärt, Deutschland müsse in den Völkerbund eintreten und als kleine Einschränkung lediglich eine angemessene Interpretation des Artikels 16 verlangen. Was soll das heißen? Marx stellt damit die Forderung auf, daß die deutsche Regierung von ihrem eingenommenen Standpunkt zugunsten eines faulen Kompromisses wie ihn die Alliierten vorschlagen, abgeht und sich mit jeder windelweichen Erklärung zufrieden gibt, die wenigstens den Schein wahrt. Marx hat auch in Beuthen gesagt, das Zentrum sei nie eine monarchistische Partei gewesen, es sei allerdings auch keine republikanische Partei. Was ist das Zentrum eigentlich? Vor dem Umsturz stand es zur Monarchie, nach dem Umsturz machte es politische Geschäfte mit den Revolutionären und bekannte sich zur „Verfassung“ als billigem Ausweg vor dem Bekenntnis zur revolutionären Staatsform. Heute stehen die konservativen Kreise des Zentrums noch immer zum monarchischen Prinzip, während Birth entschieden Republikaner ist und Marx im Begriff steht, sich über das Reichsbanner zum Republikaner zu entwickeln. Herr Marx gab sich ursprünglich als lauer und flauer Kompromißpolitiker und möchte in dieser Stellung trotz Reichsbannerzugehörigkeit immer noch verharren, dann darin kommt er sich unentbehrlich vor. Er will der Ausgleichsapostel sein und ist doch nur der Förderer einer absoluten Linkspolitik, die nicht allein im Gegensatz zur „Volksgemeinschaft“ steht, sondern auch jede Gelegenheit benützt, um offensiv gegen die Kreise zu werden, die die linkspolitischen Ansichten nicht teilen und die sich nicht dem demokratischen Absolutismus fügen wollen, der mit Hilfe zurecht konstruierter Parlamentsmehrheiten im Lande immer gefestigt werden soll.

Mary und die Rheinlande.

Als Antwort auf Angriffe der „Kreuzzeitung“ verbreitet das Wolffbüro folgende offizielle Erklärung:

Die „Neue Preussische Kreuzzeitung“ vom 28. Januar stellt in einem Artikel „Mary als Minister für die besetzten Gebiete“ eine Reihe von Behauptungen auf, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Es ist nicht richtig, daß der Reichsminister Mary im Dezember 1918 Bestrebungen gegenüber, die auf eine Verselbständigung der Rheinprovinz im Verlande des Deutschen Reiches hinielten, eine passive Haltung an den Tag gelegt hat. Tatsache ist, daß Mary seit dem ersten Auftreten derartiger Pläne sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Pläne ausgesprochen hat. Es ist nicht richtig, daß Mary 1923 im Reichstage die Äußerung getan hat, Preußen sei lange genug auf den Rheinlanden herumge-trampelt. Reichsminister Mary hatte damals, als Abgeordneter in einer Aussprache im Reichstag, darauf hingewiesen, daß die unfreundliche Stimmung rheinischer Kreise gegen Preußen darauf zurückzuführen sei, daß die Rheinprovinz unter der alten Herrschaft in Preußen vielfach ungerecht behandelt worden sei, so insbesondere in der Beschränkung der Selbstverwaltung und in manchen kultur-politischen Fragen.

Was die von der Kreuzzeitung zitierte Rede in Düsseldorf aus dem Jahre 1924 anbelangt, so hat Mary sich in Düsseldorf darüber beklagt, daß gewisse Kreise des deutschen Volkes kein ausreichendes Verständnis für die schweren Leiden und die Nothe des besetzten Gebietes zeigten und die Lage durch unheilvolle Reden und Handlungen — es waren damals die bekannten Unruhen in München vorgekommen, erschwerten. Mary sagte damals, daß man im Rheinlande vielfach die Äußerung hören könne, man würde sich in den anderen Teilen Deutschlands wohl vernünftiger verhalten, wenn man selbst einmal die Lasten einer feindlichen Besatzung zu kosten bekommen hätte, fügte dann aber ausdrücklich hinzu, selbstverständlich wünsche er diesen Teilen Deutschlands eine solche Besatzung nicht.

Zu der weiteren Behauptung der „Kreuzzeitung“, Mary habe im Reichspräsidentenwahlkampf der Rheinland-kommission in Koblenz seine Aufwartung gemacht, ist folgendes festzustellen: Mehrere Mitglieder der Rheinland-kommission haben dem damaligen Reichspräsidenten-kandidaten, Reichskanzler a. D. Mary gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes in Koblenz einen Besuch abgestattet, ein Höflichkeits-akt, den die Rheinlandkommission seit 1924 stets den durch besetzte Gebiete reisenden deutschen Ministern bezeugt hat. Im Anschluß an diesen Besuch ließ Mary bei der Rheinland-kommission seine Karte abgeben.

Marx an seine Wähler.

Der Reichskanzler Dr. Marx erließ an die Parteien und Wähler des Volksblocks nachstehende Kundgebung:

Es ist mir ein tiefempfundenes Bedürfnis, den über 13½ Millionen deutscher Männer und Frauen, die am Wahltage mit mir ein aufrichtiges Bekenntnis zum republikanischen Staat abgelegt haben, herzlichen Dank zu sagen, Dank für die Mitarbeit, die sie geleistet haben, Dank vor allem aber für die Treue, die sie unserer jungen deutschen Republik bekundet haben. Die Entscheidung ist gegen uns gefallen. Hindenburg ist zwar nicht mit absoluter Mehrheit zum Reichspräsidenten gewählt, aber infolge der staats- und arbeiterfeindlichen Haltung der kommunistischen Partei, hat sich doch eine relative Mehrheit des deutschen Volkes für den Kandidaten des Volksblocks ergeben. Es ist für uns indessen ein stolzes Bewußtsein, daß die Wähler des Volksblocks sich von klarer politischer Erkenntnis leiten ließen. Sehr viele Wähler des Volksblocks aber, von denen nicht wenige dasselbe wollen, wie wir, haben sich aus unpolitischen Stimmungen zur Wahl Hindenburgs entschieden, hinter dem Männer, Gruppen und Schichten stehen, die in ihren innen- und außenpolitischen Wünschen und Forderungen auseinanderfallen. Wir haben im Volksblock nur dem Vaterlande dienen wollen. Bei uns der Dienst am Vaterlande über alles geht, werden wir uns in acht demokratischer Gesinnung der getroffenen Entscheidung der Mehrheit des Volkes willig fügen. Wir als Schlichter der Verfassung haben die heilige Pflicht, in dem verfassungsmäßig gewählten Reichspräsidenten den Repräsentanten des deutschen Volkes und der Republik zu achten. Wir dürfen nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen, die ehemals vor seiner Verunglimpfung und Verächtlichmachung des Vorgängers des

jetzigen Reichspräsidenten zurücktreten und damit sich gegen die Gebote der Staatsautorität schwer veründigt haben.

Es wird aber weiterhin noch die Pflicht der Republikaner sein, jetzt erst recht fest zusammenzutreten, um der Idee, für die sie gekämpft haben, zum endgültigen Siege zu verhelfen. Wir müssen jetzt der Welt den Beweis erbringen, daß sich die deutsche Republik am letzten Sonntag unterlegen ist, daß Deutschland der Geist wahrhaft demokratischer und sozialer Gesinnung lebendig bleibt, ferner, daß wir festhalten an dem Entschluß, auf dem Wege ehrlicher Verhandlung mit den anderen Nationen zur Befriedung Europas in der Welt zu gelangen.

Wir schmerzen uns nicht unserer Niederlage, denn wir haben als aufrechte Männer und Frauen ehrenvoll und nicht ohne Erfolg gekämpft.

Wir sind stolz darauf, daß unser Kampf sachlich geführt wurde. Wir haben dem Gegner niemals die gebührende Achtung versagt. Wir haben ihm niemals die vaterländische Gesinnung abgestritten. Wir haben niemals durch Entfesselung konfessioneller Leidenschaften unserer Sache zu dienen versucht. Der große Gedanke der Volksgemeinschaft wurde von uns auch im Wahlkampfe nicht preisgegeben. Uns eint die klare Erkenntnis der harten Notwendigkeiten unserer Außenpolitik, uns eint das Bewußtsein, daß ein unzweideutiges Bekenntnis zur deutschen Republik die notwendige Voraussetzung einer starken Staatsautorität ist. Uns eint der Wille, unser ganzes öffentliche Leben mit sozialem Geiste zu durchdringen.

Wir vergessen auch nicht, daß noch Millionen unserer Volksgenossen unter der Last fremder Besatzung leiden. Kein Opfer darf uns zu groß sein, um ihnen und dem ganzen deutschen Vaterlande die Freiheit zu bringen. Für diese großen Ziele kämpfen wir gemeinsam weiter. Dem Vaterlande unsere Liebe, dem Vaterlande unsere Arbeit!

Marx, Reichskanzler a. D.

Marr — der Übergang zur Monarchistendiktatur

Hamburg, 20. Mai.

Die alte monarchistische Reichsregierung mit dem ausgewechselten Kanzler hat gestern im Reichstag ihre Erklärung abgegeben. Sie war kurz — Marr las sie in fünf Minuten vor — aber deutlich: Das Marr-Kabinett wird die Politik Luthers fortsetzen, die Flaggengerordnung Hindenburgs bleibt in Kraft, und die Regierung wird den Volkssentscheid auf jede Weise und aufs Schärfste bekämpfen.

Es kann also keinen Zweifel über den Charakter des Marr-Kabinetts geben. Ein monarchistisches, erzreaktionäres Kabinett. Es gibt sogar kaum ein SPD-Blatt, das es wagt, diese Tatsache zu leugnen.

Warum tritt Marr an Luthers Stelle und welche Aufgabe hat ihm die Reaktion übertragen?

Die Werktätigen, ausgerüttelt durch die Wirtschaftskrise und die Vorstöße der Unternehmer und der Reaktion, marschieren nach links. Der Massendruck führte zum parlamentarischen Misstrauensvotum gegen Luther und zum formellen Rücktritt der Luther-Regierung. Die Reaktion, die Schwerindustrie und Junker und ihre Parteien, hatte nun zwischen zwei Wegen zu wählen.

Entweder sie schritt sofort zum Staatsstreik nach den Plänen, die durch den preussischen Pressedienst bekannt geworden sind. Hindenburg ernennet eine Regierung reaktionärer „Außenleiter“, das Parlament wird aufgelöst, neue dürftige parlamentarische Kulisse geschaffen, die monarchistische Diktatur eingerichtet. Für diesen Weg war aber die Situation noch nicht gegeben. Die Arbeiter hätten mit dem politischen Generalstreik geantwortet, und die Antwort der Massen auf den Kapp-Putsch lebt noch deutlich in der Erinnerung aller Reaktionäre.

So blieb denn dem monarchistischen Großkapital nur der andere Weg, der unstreitig sicherere, übrig. Sie setzten an Stelle Luthers einen Reaktionär gleicher Qualität ein, der aber womöglich bei einem Teil der Arbeiter und Kleinbürger noch einen, wenn auch kleinen Rest von Geltung hat. Das paßt auf Marr. Marr ist Führer des Zentrums, dem eine Anzahl der Arbeiter und Kleinbürger angehören; er ist ferner Mitglied des Bundesvorstandes des „Reichsbanners“, er wurde von der SPD bei der Präsidentschaftswahl als Kandidat mit aufgestellt. Andererseits ist Marr als Reaktionär für die Monarchisten durchaus zuverlässig.

Und für diese offen und unzweideutig reaktionäre Regierung hat die SPD gestern gestimmt. Wie die Zustimmung formuliert ist, ist vollkommen nebensächlich. Sie ist ein Vertrauensvotum für das Kabinett. Die SPD hat sich durch die Abstimmung für Marr für die Monarchisten erklärt. An dieser Tatsache ist nicht zu deuteln. Der Verrat der SPD-Führer — anders läßt sich das nicht bezeichnen — ist ungeheuerlich. Er stellt sich dem Verrat des englischen Generalstreiks durch die Macdonald und Thomas würdig an die Seite. Er reiht sich dem Verrat der Hamburger rechten SPD-Führer, die weiter Arm in Arm mit den Burchard-Mohz marschieren, an.

Die SPD-Führer laufen den Ministerfischen in einer Großen Koalition nach, die Marr ihnen angeblich versprochen hat. Aber erstens wäre die Koalition eine Regierung der Reaktion gegen die Arbeiterklasse, und zweitens sind die Aussichten der SPD-Führer auf Ministerfische, auch nur für kurze Zeit, sehr gering. Die Reaktion braucht die SPD-Führer nicht als Minister, da sie auch so alle Kabinettdienste leisten.

Mit der Bildung des Marr-Kabinetts ist die Reaktion keinen einzigen Schritt zurückgegangen. Die Regierungserklärung hält die Flaggengerordnung, diesen monarchistischen Vorstoß, demonstrativ aufrecht und wendet sich ebenso demonstrativ gegen die Fürstenteignung.

Die Reaktion marschiert vielmehr ~~nach~~ und unter Marr vorwärts. Das monarchistische Kabinett, in dem der Zentrumsman Marr und der Demokrat Rülitz sitzen und das von den SPD-Führern unterstützt wird, hat die Aufgabe, wenigstens einen Teil der Anhänger der drei schwarzrotgelben Parteien in die schwarzweißrote Front hinüber zu manövrieren. Die Durchführung dieser Aufgabe hat bereits begonnen: Der Vorstand der Zentrumsparlei also „Reichsbanner-Kamerad“ Marr und seine Spießgesellen, hat sich in einer gestern gefassten Entschlieung aufs Schärfste gegen den Volkssentscheid gewandt und die Zentrumsanhänger gegen die Fürstenteignung aufgerufen! Es ist klar, daß dadurch auch jeder SPD-Anhänger, der für die Unterstützung der Marr-Regierung ist, stimmungsgemäß auch zu einem (zumindest passiven) Gegner des Volkssentscheids eingestellt werden kann.

Zugleich wird die Reaktion, unter dem Deckmantel des Marr-Kabinetts, ihre Reihen formieren, weitere Vorstöße, vor allem gegen den Volkssentscheid, führen, um schließlich offen aufzutreten und ihre Diktatur aufzurichten.

Das „Übergangskabinett“ Marr ist der Übergang zur monarchistischen Diktatur des Finanzkapitals.

Das Verbrechen der SPD-Führer, die diesen Ablauf der Dinge ermöglichen, liegt klar zutage. Das ist eben das Charakteristische für die Politik der SPD in einer Zeit zugespitzter Klassengegensätze. Die SPD-Führer, bürgerliche Politiker, stellen sich vor den Augen aller in die Front der Konterrevolution, der Monarchisten. Ein ergänzendes Beispiel dafür ist u. a. ein Artikel des Ehrenteit, dieses schosfen Antibolschewisten, der nichts über den englischen Generalstreik, nichts über seine Sabotage einer Solidaritätsaktion zu sagen hat, aber dafür in seinem gewerkschaftlichen Revolverblatt eine blöde, wüste Antirußlandheke entfaltet.

wenden!

Die Haltung der SPD-Führer, ihre schmach-
liche Preisgabe der Arbeiterinteressen haben eine
kräftige Gegenwirkung unter der SPD-Arbei-
terschaft ausgelöst. Die Opposition wächst an.
Der proletarische Klasseninstinkt der sozialdemo-
kratischen Arbeiter rebelliert gegen die
schimpflichen Verrätereien der SPD-Führer.

Die revolutionären Arbeiter begrüßen diese
Rebellion. Sie reichen den SPD-Arbeitern die
Bruderhand gegen die Klassenfeinde und ihre
Helfer.

Die Einheitsfront aller Proletarier gegen
die Monarchisten, gegen die Marx-Regierung,
gegen die Unternehmer muß her!

Arbeiter, schließt die rote Einheits-
front in Betrieb und Gewerkschaft. Verjagt
die Marx-Regierung, erzwingt Reichstags-
auflösung, kämpft für die Arbeiter- und
Bauernregierung. Macht den Volksent-
scheid zu einer Abrechnung gegen die Reak-
tion, zu einem ernststen Kampfe gegen die Mon-
archisten und Unternehmer, zu einem wirklichen
Siege des werktätigen Volkes!

Kanzlerreden im Rheinland.

Der deutsche Wille zum Aufstieg.

tu. Moers, 14. Juli.

Anlässlich des Besuches des Reichskanzlers im nördlichen Rheinland wurde im Landratsamt in Moers eine Begrüßungsfeier veranstaltet, auf der Marx eine bedeutsame politische Rede hielt. Er führte u. a. aus:

„Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, die Lage der verschiedenen Berufsstände in Ihrem Kreise zu studieren und deren Wünsche hier entgegenzunehmen. Die Regierung ist durchaus gewillt, den Schwierigkeiten entgegenzutreten, die wir in allen Teilen unseres Vaterlandes, vor allem aber in den besetzten und besetzt gewesenen Gebieten des Westens und des Ostens zu bewältigen haben. Die Regelung stößt aber auf außerordentlich große Schwierigkeiten, wenn sie so geschehen soll, daß Zufriedenheit in die einzelnen Berufsstände hineinkommt. Unsere Wirtschaft, unsere Berufsstände befinden sich in einer äußerst traurigen Lage. Von dieser Tatsache sind die Regierungen der Länder und des Reiches überzeugt. Aber nicht durch den bösen Willen der Regierung, sondern durch die historische Entwicklung, die wir durchlebt haben, ist es dahin gekommen, in erster Linie dadurch, daß wir den Weltkrieg verloren haben, eine Tatsache, die immer wieder hervorgehoben werden muß.“

Aber kein Volk hat von einem anderen etwas gelernt. Die Franzosen machen dieselben Erschütterungen durch wie wir. Sie sind verwöhnt durch ihre früher so günstige Lage. Dort will man das Wort nicht anerkennen: Lasten tragen. Wir haben es gelernt durch den Zwang der Not.

Vertreter Amerikas haben sich mir gegenüber geäußert: „Sie muten Ihren Leuten etwas zu, das könnten wir in Amerika nicht ertragen.“ Aber gerade daß wir das dem deutschen Volke zugemutet haben, das hat im Ausland die Ueberzeugung begründet, daß das deutsche Volk seinen Aufstieg will und bereit ist, Lasten zu tragen, bis an die Grenze des Erträglichen.

Die Regierung ist gewillt, das zu erfüllen, was sie versprochen hat. Dazu gehört die Ueberzeugung der Pflichterfüllung und der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die Einheit des Reiches gewahrt wird. Die einzig richtige Staatspolitik kann nur die sein, daß wir nicht einen Stand hinter den anderen zurücktreten lassen. Jeder Stand hat sein Recht und ist wichtig für die Zukunft unserer Gesamtentwicklung. Wenn es der Arbeiterschaft gut geht, dann geht es den anderen Ständen auch gut.

Dr. Marx in Cleve.

tu. Köln, 14. Juli.

Reichskanzler Marx hat gestern abend anlässlich einer im Kreishause zu Cleve mit Vertretern der Bürgerschaft und der politischen Parteien abgehaltenen Besprechung eine Rede gehalten, in der er zunächst auf die Aufwertung und die jetzigen Bestrebungen zu sprechen kam, die alten Tausendmarkscheine wieder in Kraft zu setzen. Er erklärte dazu, es seien nach dem Ausweis noch 126 Milliarden in Tausendmarkscheinen nicht an die Reichsbank zurückgegangen. Wenn nur zwanzig Milliarden präsentiert würden, sei der Bankrott wieder da. Der Kanzler erklärte, er sei bekannt als ein Mann, der vielleicht allzu gut-

mütig sei, aber er habe die Pflicht als Reichskanzler, jedes persönliche Empfinden zurückzustellen und nur daran zu denken, das Volk zu retten. Er habe den Satz ausgesprochen, das deutsche Volk gehe nicht zugrunde, wenn es sich nicht selbst zugrunde richte. Ein Wort müsse man sich immer wieder vor Augen halten: „Wenn unsere Währung noch einmal ins Gleiten gerät, dann ist es aus mit dem deutschen Volk, dann gibt es keine Rettung mehr. Darum auch kein Ruf nach Ersatz und Aufwertung!“

Der Reichskanzler erklärte, wir teilen nicht den Optimismus vieler, die an die Stützung des Franken glauben. Man sollte glauben, die französische Regierung habe von uns gelernt.

Das Lernen nütze aber nichts, wenn nicht das Gelernte richtig in die Tat umgesetzt würde. Das dem französischen Volk zuzumuten, habe noch kein französischer Staatsmann den Mut gehabt.

HWWA
HAMBURG

Quelle: Hamburger Nachrichten am Montag, Nr. 44

Datum: 11. 10. 1926, S. 1-2

Die Kanzlerrede in Essen.

wth. Essen (Ruhr), den 10. Oktober.

(Drahtmeldung der S. N. am Montag.)

Im städtischen Saalbau wurde die von der Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltete staatspolitische Vortragsreihe heute abend durch eine Ansprache des Leiters der Landesleitung (Industriegebiet) Schulk eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Brecht begrüßte den Reichskanzler Marx. Darauf sprach Ministerialrat Dr. Strahl, der Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, über deren Tätigkeit und Ziele, insbesondere in Verbindung mit dem Industriegebiet.

Hierauf betrat

Reichskanzler Marx

die Rednertribüne und hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte: Belebter und bewegter ist das politische Leben heute geworden als in den Jahrzehnen-

ten vor dem Kriege. Das mag zum Teil mit der politischen Erregung zusammenhängen, welche die Mächte des Krieges und die schweren Erfahrungen der Nachkriegszeit nicht nur über uns, sondern auch über die anderen Völker Europas gebracht hat. Vor allem ist diese Politisierung der Massen eine Folge der Demokratisierung des öffentlichen und politischen Lebens, die die Neuzeit herbeigeführt hat. Diese Politisierung ist eine Tatsache, mit der wir uns, ob gern oder ungern, abzufinden haben. Sie hat unbedingt ihr Großes und Edles, denn sie führt die Massen in ihren Interessen und Idealen unmittelbar an die politischen Geschehnisse und Entscheidungen der Zeit heran und schlägt gewissermaßen eine Brücke zwischen Volk und Regierung. Darin ist unbedingt der neue Volksstaat dem früheren Obrigkeitsstaat voraus, denn seine Politik fußt auf dem breiten Interesse und dem tiefen Miterleben, dem mit-

schwingenden Sehnen und Trachten seiner eigenen Bürger.

Aber diese Politisierung der Massen birgt auch gewisse Gefahren

in sich, denn sie belastet schwer die natürlichen Spannungen, die schon von Haus aus durch unser Volk hindurchgehen, und sie überhitzt die politische Temperatur noch mehr, als es die leidenschaftliche Auseinandersetzung in der sozialen Not der Gegenwart ohnedies schon bewirkt.

Wenn ich die Vielheit und das bunte Mosaik der deutschen Parteien und die mannigfache Gliederung unseres Staatswesens und Aufteilung in einzelne Länder überblicke, dann wird nicht nur mich, sondern auch manchen von Ihnen eine gewisse Sorge über die naheliegenden Gefahren dieser Politisierung der Massen überkommen.

Kein anderes Volk huldigt so sehr dem politischen Individualismus wie das deutsche.

Nirgendwo ist die Pflege des Gedankens der Volksgemeinschaft, der großen Gesichtspunkte, die das Volk im Staate miteinander verbinden, notwendiger als bei uns. Selbst auf die Gefahr hin, auch heute noch einer Kritik zu begegnen, spreche ich es unumwunden aus, daß das Ziel: das ganze Volk in allen seinen Klassen und Schichten für die Arbeit des Aufbaues und Dienstes am Vaterlande zu gewinnen, das höchste zu sein scheint, das sich einer ihrer schweren Verantwortung bewußte Regierung stellen kann. Und wenn auch

eine Regierung der Volksgemeinschaft, in der alle staatsbejahenden Parteien zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit sich die Hände reichen,

vielleicht noch in weiter Ferne liegt — an der Arbeit im Sinne dieser Volksgemeinschaft soll und wird es, so lange ich an der verantwortlichen Stelle stehe, nicht fehlen. Mit besonderer Freude habe ich die Worte vernommen, die Dr. Silberberg auf der Dresdner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und später auch in Düsseldorf an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie an die politischen Parteien richtete. Und wenn Dr. Silberberg auch nicht jene allgemeine Zustimmung fand, wie ich sie im Interesse von Staat, Volk und Wirtschaft gewünscht hätte — es hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber Gedanken, wie Silberberg sie äußerte, bisweilen sogar freudigen Anklang gefunden haben. Stellen wir das Trennende zurück und spannen wir gemeinsam alle Kräfte zum Wohle unseres Volkes an. Der Regierung — das möchte ich auch gerade in diesem Kreise hier betonen — ist die Mitarbeit jeder Partei willkommen, die die mühsam aufgebaute staatliche Ordnung anerkennt und sich schützend vor sie stellt. Ich habe es tief bedauert, daß kürzlich wiederum das Wort gefallen ist, es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Das wäre eine Politik, zu der ich mich niemals bekannt habe und niemals bekennen werde. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken.

Lassen Sie mich Ihnen einige Worte über das Problem unserer finanziellen Lage

sagen. Da ist zunächst die erfreuliche Feststellung zu machen, daß in den Monaten Juli und August eine gute Besserung auf der Einnahmenseite zu verzeichnen ist. Zweifellos ist daraus auf eine größere Liquidität unserer Wirtschaft zu schließen. Auf der anderen Seite ist es aber nicht zu verkennen, daß auch die Ausgaben stark angestiegen sind, wie sich aus einem demnächst dem Reichstag zugehenden Nachtragsetat ergeben wird. Es handelt sich hier besonders um die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, ferner um eine große Zahl von recht hohen Ausgaben für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, für den Wohnungsbau, für das Siedlungswesen und für die Fürsorge an besonders bedrängten Landesteilen. Überblickt man das Bild im ganzen, so wird man sich dem Urteil des Reichsministers der Finanzen anschließen müssen,

daß trotz verbesserter Steuereinnahmen das Reich froh sein kann, wenn es in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt.

Vor allem darf man nicht verkennen, daß wir in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus überhöhten der Vorjahre hineingehen, und daß daher jede Mehrausgabe die Bilanzierung des Staats gefährden kann und den Anleihebedarf steigert. Angesichts dieser Lage bedarf es einer gewissenhaften Prüfung gegenüber den mannigfachen Wünschen sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite. Was Steuererleichterungen anlangt, so wird die Reichsregierung gewiß nicht zögern, sie zu gewähren, wenn die gesamte Finanzanlage es zuläßt.

Damit verfolgt die Reichsregierung die gleiche Finanzpolitik wie die letzten Kabinette.

wenden!

Wenn die Reichsregierung an dem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf nicht verkannt werden, daß das nur möglich sein kann, bei einer befriedigenden Lösung des Finanzausgleiches. Von der Gestaltung dieser Probleme ist auch die Höhe der wesentlichen auf der deutschen Wirtschaft lastenden Steuern abhängig. Ich erinnere an die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer, ich erinnere an die Realsteuern, die den Ländern und Gemeinden als wichtigste Steuerquellen geblieben sind, und an die Hauszinssteuer. Der Reichsminister der Finanzen und ich stimmen darin überein, daß der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Problems noch nicht gekommen ist. In dem Gesetz über die Änderung des Finanzausgleiches von 1925 ist zwar in Aussicht genommen, daß der Finanzausgleich schon zum 1. April 1927 durch Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Es ist aber hervorgehoben, daß genaue Erhebungen über den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden, über die Gliederung der Einkommensteuerverpflichtigen bei der erstmaligen Veranlagung nach dem neuen Reichseinkommensteuergesetz und über die ebenfalls erstmalig vorgenommenen Verwertung der Vermögen und Vermögensanteile vorgenommen werden sollen. Alles das kann bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht geschafft werden. Die Einkommensteuerverhältnisse, die der Einkommensteuer 1925 zugrundeliegen, geben kein richtiges Bild von der Leistungsfähigkeit der Bevölkerungsschichten. Die schlechte Lage unserer Landwirtschaft insbesondere hat es mit sich gebracht, daß

hier viele Steuerpflichtige ausgefallen sind. Es wird dafür gesorgt werden, daß im nächsten Jahre das Gesetz zur endgültigen Regelung des Finanzausgleiches dem Reichstage und vorher schon der Öffentlichkeit sobald zugänglich gemacht werden kann, daß für seine sorgfältige Durchberatung die erforderliche Zeit bleibt.

Zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit

reichen die vorhandenen Mittel leider nicht aus. Sie müssen in erster Linie verwendet werden, um den sogenannten Schlüsselgewerben Arbeit zu verschaffen. Daneben muß vor allem die Förderung des Exportes angestrebt werden. Ganz besonders wichtig war die Mitwirkung der Reichsbahn. Sie wird mit Mitteln, die das Reichsfinanzministerium ihr zur Verfügung stellt, eine größere Zahl von Bahnlinsen fertigstellen, die bereits vor dem Kriege begonnen waren. Außerdem wird die Reichsbahn ein zusätzliches Beschaffungsprogramm im Werte von insgesamt 120 Millionen Reichsmark durchführen, durch das der eisenerzeugenden und -verarbeitenden Industrie, und damit besonders dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk Aufträge in großem Umfange zugute kommen.

Ein weiteres Gebiet, auf dem das Reich die Möglichkeit hat, Arbeiten von großem Umfange in Gang zu bringen, ist der

Bau von Wasserstraßen.

Sie hier im Industriegebiet wird es interessieren, daß endlich der Mittellandkanal, der bekanntlich bisher nur bis Peine geführt ist, vollendet werden soll. Damit wird endlich die Verbindung vom Ruhrgebiet zur Elbe und nach Ostdeutschland geschaffen. Gestatten Sie mir noch den Hinweis darauf, daß die bisherigen Ergebnisse keineswegs ungünstig sind. Wenn auch leider die Zahl der Erwerbslosen immer noch sehr hoch ist, so hat sie doch seit Aufstellung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, d. h. seit Anfang Juli d. J. eine Verminderung um eine Viertelmillion erfahren. Dabei beginnen die meisten der ergriffenen Maßnahmen sich erst jetzt auszuwirken. So darf erwartet werden, daß auch in den nächsten Monaten fortchreitend Arbeit beschafft und der an sich ungünstige Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt überwunden wird.

Auf international-wirtschaftlichem Gebiet haben wir dieser Tage den Abschluß des

Stahlpaktes

zu verzeichnen. Der Stahlpakt ist herborgegangen aus dem unabwiesbaren Zwang, die allmählich bedrohlich zerrütteten Verhältnisse auf dem Weltstahlmarkt in Ordnung zu bringen. Während die Stahlerzeugung der Welt sich von schätzungsweise 75½ Millionen Tonnen im Jahre 1913, auf 89,8 Millionen 1925 erhöht hat, ist die Absatzmöglichkeit für Stahl und Stahlprodukte nicht in gleichem Umfange gestiegen. Man braucht z. B. nur an das Darniederliegen des Weltschiffbaues zu erinnern. Der aus der Überfüllung des internationalen Stahlmarktes sich ergebende Preisdruck ist noch außerordentlich verstärkt worden durch die preisflehende Wirkung der Geldentwertung in Frankreich und Belgien. Auf die Dauer konnte bei diesem ungleichen Wettbewerb niemand gewinnen. Vom wirtschaftlichen wie politischen Gesichtspunkte aus können wir diese Regelung nur begrüßen. Was die Befürchtung anlangt, die Stahlindustrie könne sich eine den „letzten Verbraucher“ schädigende Monopolstellung schaffen, so kann ich hier nur wiederholen, daß die Regierung die Pflicht hat, die weitere Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Nötigenfalls wird sie unter voller Einsetzung ihrer Autorität sicherstellen, daß die Hoffnung in Erfüllung geht, allen Zweigen der deutschen Wirtschaft gleichmäßig einen kräftigen Antrieb zu gesunder Fortentwicklung zu geben.

Das Stahlpaktkommen hat aber eine über das rein Ökonomische hinausgehende Bedeutung. Es erscheint mir nicht möglich, daß man innerhalb mächtiger, führender Industrien wirtschaftliche Friedenspakte von Land zu Land abschließen und sich daneben politisch wie bisher befinden kann. So steht zu erwarten, daß auch auf politischem Gebiet eine weitere Verstärkung der im Gange befindlichen Entspannung als Folge der Wirtschaftsverständigung eintreten wird, zunächst innerhalb des Kreises der nächstbeteiligten vier Länder, dann aber auch darüber hinaus, denn der Stahlpakt richtet sich gegen kein Land. Es ist in diesen Wochen im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund viel

Kritisches über die sogenannte Erfüllungspolitik

gesprochen worden. Selbst diejenigen, die der Außenpolitik des Deutschen Reiches stets die schärfste Opposition entgegengesetzt haben, werden nicht verkennen können, daß uns diese Politik der Verständigung doch ein gutes Stück weiter gebracht hat. Wenn ich zurückdenke an die Opposition, die sich während der Londoner Verhandlungen geltend machte, an die Opposition, mit der Luther und Stresemann zu kämpfen hatten, als sie in Locarno die Paktverträge schlossen, so muß ich heute feststellen, daß diese Opposition wesentlich stiller geworden ist. Auch in ihren Reihen beginnt man allmählich den nunmehr vollzogenen Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde ruhiger und sachlicher zu würdigen.

Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten, im Geiste der hohen Ideale, die dem Bunde gesetzt sind, und hoffen, auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren — die Interessen Deutschlands und der deutschen Minderheiten im Auslande, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen, nachdem wir einmal Mitglied des Völkerbundes geworden sind. Wenn im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund

in Thoiry

eingehende Besprechungen stattfanden, so ist das etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bunde angehören, dem die friedliche Beilegung etwa auftauchender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Aber ich habe das feste Vertrauen, daß diese Lösung gefunden werden wird, weil ich hüben und drüben den ernstlichen Willen sehe, sie zu finden. Einen Willen, der nicht erschüttert werden darf durch bedauerliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Tagen im besetzten Gebiet erlebt haben. Unvermeidlich ist es, daß sie auf die Stimmung der Bevölkerung der besetzten Gebiete einwirken.

Ich aber habe als der für die Richtlinien der deutschen Politik verantwortliche Staatsmann dafür zu sorgen, daß wir trotz dieser schmerzlichen Zwischenfälle den Weg weitergehen, der zur Lösung der wichtigen Fragen führt, die zwischen Deutschland

und Frankreich zu erlebigen sind. An die Bevölkerung des besetzten Gebietes richte ich deshalb die Mahnung, würdige Zurückhaltung zu üben, damit auf sie nicht der Schein einer Mitschuld fallen kann an Konflikten mit solch traurigem Ausgang. Solange deutsches Gebiet noch von fremden Truppen besetzt ist, wird immer die Gefahr bestehen, daß es zu Konflikten zwischen Besatzung und Bevölkerung kommt. Solche Konflikte zu vermeiden, liegt im beiderseitigen Interesse. Möge bald der Tag kommen, auf den meine und des gesamten Kabinetts heißeste Wünsche gerichtet sind, der Tag der Befreiung deutschen Bodens von fremder Besatzung.

Eine Reichsfanzlerrede in Essen.

Die Notwendigkeiten der inneren und äußeren Politik.

wb. Essen, 10. Oktober (Drahtbericht.)
Im dicht besetzten Saal des städtischen Saal-
baues wurde die von der Reichszentrale
für Heimatdienst veranstaltete staats-
politische Vortragsreihe heute
abend durch eine Ansprache des Leiters der
Landesleitung (Industriegebiet) Schulz er-
öffnet. Oberbürgermeister Dr. Brecht begrüßte
den Reichsfanzler Dr. Marx und sprach ihm
seinen warmsten Dank aus für alles, was er im
Dienst Deutschlands getan habe. Darauf sprach
Ministerialrat Dr. Strahl über Tätigkeit und
Ziele der Reichszentrale für Heimatdienst, be-
sonders in Verbindung mit dem Industriegebiet.
Hierauf betrat

Reichsfanzler Dr. Marx

die Rednertribüne und hielt eine Rede, in der
er u. a. ausführte:

Belebter und bewegter ist das politische
Leben heute geworden als in den Jahrzehnten
vor dem Kriege. Das mag zum Teil mit der
politischen Erregung zusammenhängen, die die
Nöte des Krieges und die schweren Erfahrungen
der Nachkriegszeit nicht nur über uns, sondern
auch über die andern Völker Europas gebracht
hat — all das hat stark aufrüttelnd auf die
Massen unseres Volkes gewirkt. Vor allem aber
ist diese Politisierung der Massen —
in der ich eines der wichtigsten Kennzeichen
der modernen Zeit überhaupt sehe — eine Folge
der Demokratisierung des öffent-
lichen und politischen Lebens, die
die Neuzeit herbeigeführt hat. Diese Politisie-
rung ist eine Tatsache, mit der wir uns, ob
gern oder ungern, abzufinden haben. Sie hat
unbedingt ihr Großes und Edles, denn sie führt
die Massen in ihren Interessen und Idealen un-
mittelbar an die politischen Geschehnisse und
Entscheidungen der Zeit heran und schlägt ge-
wissermaßen eine Brücke zwischen Volk
und Regierung. Darin ist unbedingt der
neue Volksstaat dem früheren Obrigkeitsstaat
voraus. Aber diese Politisierung der Massen
birgt auch gewisse Gefahren in sich,
denn sie belastet schwer die natürlichen Spannun-
gen, die schon von Haus aus durch unser Volk
hindurchgehen, und sie überhitzt die poli-
tische Temperatur gelegentlich noch
mehr, als es die leidenschaftliche Auseinander-
setzung in der sozialen Not der Gegenwart ohne-
dies schon bewirkt.

Kein anderes Volk huldigt so sehr dem
politischen Individualismus wie das deutsche.
In den angelsächsischen Ländern, den Ver-
einigten Staaten und England, kommt man
mit zwei bis drei Parteien vollkommen aus.
Höchstens das französische Volk leidet an den
gleichen Düris wie wir. Aber es hat auf
der anderen Seite einen straffen Zentralismus,
so daß es von dieser Seite aus nicht mit be-
sonderen Spannungen und Reibungen belastet
ist. Demgegenüber ist ohne Zweifel

unser deutsches Volk und unser deut-
scher Staat stärker als andere
moderne Staaten mit innerpolitischen
Spannungen und Splitterungen be-
lastet. Und darum bedarf auch unser
Staat und unser Volk mehr als
irgend ein anderes einer Führung,
die das Auseinanderstrebende zu
einem sucht.

Dieser idealen Arbeit der Herausstellung und
Herborebung der großen zusammenführenden
Gesichtspunkte und Tatsachen in unserem poli-
tischen Leben widmet sich die Reichs-
zentrale für Heimatdienst. Ihr
und ihrer Arbeit meße ich gerade aus den an-
geführten Gründen auch eine besonders hohe
Bedeutung für die politische Gegenwart und
Zukunft unseres deutschen Volkes bei. Denn ich
glaube, daß

diese Volksgemeinschaft, die doch
irgendwie in jedem Staate verkörpert
sein muß, wenn er durchhalten und
hochkommen will, nur entstehen und
wachsen kann, wenn neben einer zu-
sammenführenden positiven Politik
auch eine ideelle Pflege des staats-
lichen und nationalen Geisteslebens
im Sinne dieses Gedankens der
Volksgemeinschaft herläuft. Es ist
das besondere Verdienst der Reichs-
zentrale für Heimatdienst, daß sie in
diesem Sinne wirkt.

Wenn auch eine Regierung der Volksgemein-
schaft, in der alle staatsbejahenden Parteien zu
gemeinsamer vaterländischer Arbeit sich die
Hände reichen, vielleicht noch in weiter Ferne

liegt — an der Arbeit im Sinne dieser Volks-
gemeinschaft soll und wird es, so lange ich an
der verantwortlichen Stelle sehe, nicht fehlen.

Mit besonderer Freude habe ich die von
hohem Verantwortungsbewußtsein zeugenden
Worte vernommen, die Dr. Silberberg
auf der Dresdner Tagung des Reichs-
verbandes der deutschen Industrie und später
auch in Düsseldorf an die Arbeitgeber
und Arbeitnehmer sowie an die politischen
Parteien richtete. Und

wenn Dr. Silberberg auch nicht jene
allgemeine Zustimmung fand, wie ich
sie im Interesse von Staat, Volk und
Wirtschaft gewünscht hätte, es hat
sich doch gezeigt, daß in immer wei-
teren Kreisen der Arbeitgeber Ge-
danken, wie Silberberg sie äußerte,
Anklang, bisweilen sogar freudigen
Anklang, gefunden haben.

Wer von der Notwendigkeit eines ein-
trächtigen Hand-in-Hand-Arbeitens zwischen
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft überzeugt
ist, wer vom Arbeitgeber soziale Gesinnung
und vom Arbeitnehmer wirtschaftliches Ver-
ständnis verlangt, wer von beiden erwartet,
daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie
er heute ist, anerkennen und an seiner Ent-
wicklung mitarbeiten, der leistet unserem schwer
bedrückten Volke den besten Dienst.

Stellen wir das Trennende zurück und
spannen wir gemeinsam alle Kräfte zum
Wohle unseres Volkes an. Der Regie-
rung — das möchte ich auch gerade in
diesem Kreise hier betonen — ist die Mit-
arbeit jeder Partei willkommen,
die die mühsam aufgebaute staatliche
Ordnung anerkennt und sich schützend vor sie
stellt. Ich habe es tief bedauert, daß kürzlich
widerum das Wort gefallen ist, es könne in
Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozial-
demokratie regiert werden. Das wäre eine
Politik, zu der ich mich niemals bekannt habe
und niemals bekennen werde.

Eine Politik, die unterscheidet zwischen Parteien, die regierungsfähig und solchen, die von vornherein als regierungsunfähig bezeichnet werden, obgleich sie zur Mitarbeit bereit sind, halte ich für ein Unglück für unser deutsches Vaterland.

Wir brauchen alle Kräfte, die gewillt sind zur positiven Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen können, vor die wir im kommenden Winter gestellt sind. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken.

Lassen Sie mich Ihnen einige Worte über das Problem unserer finanziellen Lage sagen. Da ist zunächst die erfreuliche Feststellung zu machen, daß in den Monaten Juli und August eine gute Besserung auf der Einnahmenseite zu verzeichnen ist. Zweifellos ist daraus auf eine größere Liquidität unserer Wirtschaft zu schließen. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß auch die Ausgaben stark angestiegen sind, wie sich aus einem demnächst dem Reichstag zugehenden Nachtragsetat ergeben wird. Es handelt sich hier insbesondere um die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, an denen ja neben den Ländern und Gemeinden auch das Reich recht erheblich zu tragen hat, ferner um eine große Zahl von recht hohen Ausgaben für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, für den Wohnungsbau, für das Siedlungswesen und für die Fürsorge an besonders bedrängten Landesteilen. Ueberblickt man das Bild im ganzen, so wird man sich dem Urteil des Herrn Reichsministers der Finanzen anschließen dürfen, daß

das Reich froh sein kann, wenn es trotz verbesserter Steuereinnahmen in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt.

Vor allem darf man nicht verkennen, daß wir in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus Ueberschüssen der Vorjahre hineingehen, und daß daher jede Mehrausgabe die Bilanzierung des Etats gefährden kann und den Anleihebedarf steigert. Angesichts dieser Lage bedarf es einer gewissenhaften Prüfung gegenüber den mannigfachen Wünschen sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite. Was Steuererleichterungen anlangt, so wird die Reichsregierung gewiß nicht zögern, sie zu gewähren, wenn die gesamte

Finanzlage es zuläßt. Damit verfolgt die Reichsregierung die gleiche Finanzpolitik wie die letzten Kabinette, wie insbesondere auch das Kabinett, dem ich um die Wende der Jahre 1923 und 1924 vorzusprechen die Ehre hatte. Damals stand allerdings die Sicherung der deutschen Währung im Vordergrund, und vor vorübergehenden Zugriffen in die Vermögenssubstanz durfte nicht zurückgeschreckt werden.

Über schon damals war ebenso wie heute das Ziel der Finanzpolitik, auf die Dauer die Steuerkraft des Landes nur so weit anzuspannen, als es der dringendste Bedarf verlangte. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung an diesem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf in diesem Zusammenhang aber auch nicht verkannt werden, daß ein Weiterbauen auf Grund des Steuersystems, das im Jahre 1925 festgelegt worden ist, nur möglich sein kann bei einer befriedigenden Lösung des Finanzausgleichs. Von der Gestaltung dieser Probleme ist auch die Höhe der wesentlichen auf der deutschen Wirtschaft lastenden Steuern abhängig. Der Herr Reichsminister der Finanzen und ich stimmen, wie ich annehme, mit den meisten auf diesem Gebiete Sachverständigen darin überein, daß der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Problems noch nicht gekommen ist. Die umfangreichen Erhebungen liegen zurzeit noch nicht abgeschlossen vor, und es bleibt jedenfalls dem Reichstage nicht genügend Frist, ein so verantwortungsvolles Gesetz rechtzeitig zum Ab-

schluß zu bringen. Man darf nicht übersehen, daß es gerade beim Finanzausgleich mit dem Reichsgezet allein noch nicht getan ist, sondern daß es noch der Ausführungsvorsorge der Länder bedarf. Alles das kann bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht geschafft werden.

Es wird dafür gesorgt werden, daß im nächsten Jahre das Gesetz zur endgültigen Regelung des Finanzausgleichs dem Reichstage und vorher schon der Öffentlichkeit sobald zugänglich gemacht werden kann, daß für seine sorgfältige Durchberatung die erforderliche Zeit bleibt.

Nach den Ausführungen, die ich Ihnen über die Finanzlage gemacht habe, brauche ich wohl hier nicht mehr zu betonen, daß zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit die vorhandenen Mittel leider nicht ausreichen. Bei der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel ist es vor allem wichtig, diese Summen möglichst so einzusetzen, daß eine Behebung möglichst weiter Teile der Wirtschaft damit erreicht wird. Sie müssen in erster Linie verwendet werden, um den sogenannten Schlüsselgewerden Arbeit zu verschaffen und von da aus mittelbar auch an andere Teile der Wirtschaft anzukurbeln. Dabei muß vor allem die Förderung des Exportes angestrebt werden.

Aus diesem Gedankenengange heraus sind die Beschlüsse erwachsen, die die Reichsregierung im Juli und in den folgenden Monaten zur Arbeitsbeschaffung gefaßt hat.

Ganz besonders wichtig war die Mitwirkung der Reichsbahn, die ja immer eine der größten Arbeitgeber und Auftraggeber in Deutschland gewesen ist. Sie wird sich in doppelter Weise in den Dienst der Arbeitsbeschaffung stellen. Einmal wird sie mit Mitteln, die das Reichsfinanzministerium ihr zur Verfügung stellt, eine größere Zahl von Bahnlinien fertigstellen, die bereits vor dem Kriege begonnen waren. Außerdem wird die Reichsbahn ein zusätzliches Beschaffungsprogramm im Werte von insgesamt 120 Millionen Reichsmark durchführen, durch das der eisenzeugenden und verarbeitenden Industrie, und damit besonders dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet Aufträge in großem Umfange zugute kommen.

Ein weiteres Gebiet, auf dem das Reich die Möglichkeit hat, Arbeiten von großem Umfange in Gang zu setzen, ist der Bau von Wasserstraßen. So darf erwartet werden, daß auch in den nächsten Monaten fortgesetzt Arbeit geschieht und der an sich ungünstige Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt überwunden wird.

Auf international-wirtschaftlichem Gebiet haben wir dieser Tage den

Abschluß des Stahlpaktes

zu verzeichnen. Der zwischen den Eisen schaffenden Industrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs zunächst auf 5 Jahre abgeschlossene Stahlpakt ist hervorgegangen aus dem unabwiesbaren Zwang, die allmählich bedrohlich zerrütteten Verhältnisse auf dem Weltstahlmarkt in Ordnung zu bringen. Während die Stahlerzeugung der Welt sich von schätzungsweise 75% Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 89,3 Millionen 1925 erhöht hat, ist die Absatzmöglichkeit für Stahl und Stahlprodukte nicht in gleichem Umfange gestiegen. Man

braucht z. B. nur an das Darniederliegen des Weltschiffbaus zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, daß aus dem Zurückbleiben von Verkaufsmöglichkeit gegenüber Erzeugnissteigerung schon ein ganz natürlicher Druck auf die Preise für Stahl erfolgen muß. Dieser aus der Ueberfüllung des internationalen Stahlmarktes sich ergebende Preisdruck ist nun noch ganz außerordentlich verstärkt worden durch die uns allen genügend bekannte preisflehendernde Wirkung der Geldentwertung in Frankreich und Belgien.

Wollte unsere Stahlindustrie sich nicht völlig vom ausländischen Markt verdrängen lassen und dabei Betriebsbeschränkungen mit Arbeiterentlassungen vorzunehmen gezwungen werden, so mußte sie zu tatsächlichen Verlustpreisen in re Ware abzugeben suchen. Auf die Dauer konnte bei diesem ungleichen Wettbewerb niemand gewinnen. Der heute erfreulicherweise immer mehr sich durchsetzende Gedanke des friedlichen Ausgleichs, vernünftiger Gemeinschaftsarbeit an Stelle des Kampfes bis aufs Messer hat dann nach schwierigen Verhandlungen zu der die westeuropäische Stahlproduktion in Einklang mit den Absatzmöglichkeiten bringenden Vereinbarung vom 30. September geführt. Vom wirtschaftlichen wie politischen Gesichtspunkt aus können wir diese Regelung, auf deren Einzelheiten einzugehen ich mir ersparen darf, nur begrüßen.

Im übrigen ist doch auch privatwirtschaftlich diejenige Wirtschaftspolitik auf die Dauer die beste und einträglichste, die sich im Einklang mit dem Allgemeininteresse hält! Das Stahlabkommen hat eine über das rein Oekonomische hinausgehende Bedeutung. Es erscheint mir nicht möglich, daß man innerhalb mächtiger, führender Industrien wirtschaftliche Friedenspakte von Land zu Land abschließen und sich daneben politisch wie bisher bescheiden kann. Das eine schließt das andere aus, denn wir wissen doch alle, wie tief Kriegsurachen in wirtschaftlichen Gegensätzen begründet waren.

So steht zu erwarten, daß auch auf internationalem politischen Gebiet eine weitere Verstärkung der im Gange befindlichen Entspannung als Folge der hier geschilderten Wirtschaftsverständigung eintreten wird, zunächst innerhalb des Kreises der nächstbeteiligten vier Länder, dann aber auch darüber hinaus, denn der Stahlpakt richtet sich gegen kein Land. Es kann ihm jedes andere Land beitreten.

So ist der von Tag zu Tag enger werdende Zusammenhang der Völker aufs neue enger verklammert worden. Es ist in diesen Wochen im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund viel kritisches über die sogenannte Erfüllungspolitik gesprochen worden. Ich habe mich nie gegen eine sachliche Kritik der Regierungspolitik gewandt, weil ich der Meinung bin, daß eine sachliche Kritik nur von Nutzen sein kann. Aber selbst diejenigen, die seit Einleitung der viel umstrittenen Erfüllungspolitik im Jahre 1921 durch den damaligen Reichskanzler Brüning der Außenpolitik des Deutschen Reiches stets die schärfste Opposition entgegengesetzt haben, werden, wenn sie einen Vergleich zwischen damals und heute ziehen, nicht verkennen können, daß uns

diese Politik der Verständigung doch ein gutes Stück weiter gebracht hat.

Die Ära der Diktate, der Ultimaten, der Drohungen haben wir ein für alle Mal überwunden; weite Gebiete deutschen Landes, die jahrelang unter dem schweren Druck der Besatzung zu leiden hatten, sind frei, und Deutschland ist vor wenigen Wochen Mitglied des Völkerbundes geworden, der keinen Unterschied kennt zwischen Siegern und Besiegten. Das ist das bisherige Ergebnis der Verständigungspolitik, deren Gegner uns noch nicht einen besseren und schnelleren Weg aus Deutschlands wirtschaftlichem Wiederaufstieg zu Deutschlands Befreiung gezeigt haben als den, den wir von London über Locarno nach Genf gegangen sind.

Wenn ich zurückdenke an die Opposition, die sich während der Londoner Verhandlungen — seit Friedensschluß den ersten persönlichen Verhandlungen mit unseren Vertragsgegnern — in Deutschland geltend machte, an die Opposition, mit der Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann zu kämpfen hatten, als sie in Locarno die Pakteverträge schlossen, an die nicht minder scharfe Opposition gegen unseren Eintritt in den Völkerbund, so muß ich heute doch feststellen, daß diese Opposition wesentlich stiller geworden ist.

Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten, im Geiste der hohen Ideale, die dem Bunde gesetzt sind und hoffen, auf diese Weise auch

unsere Interessen am besten zu wahren — die Interessen Deutschlands und der deutschen Minderheiten im Auslande, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen, nachdem wir einmal Mitglied des Völkerbundes geworden sind. Ich gehe ohne weiteres zu, daß noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind, ehe wir zu einer befriedigenden Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland stehenden Fragen kommen werden. Aber ich habe das feste Vertrauen, daß diese Lösung gefunden werden wird, weil ich haben und dräben den ernstlichen Willen sehe, sie zu finden. Einen Willen, der nicht erschüttert werden darf durch bedauerliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Jahren im besetzten Gebiet erlebten.

Wie immer auch die Schuldfraße bei den schmerzlichen Zwischenfällen im besetzten Gebiet aufgeklärt werden mag, das eine ist gewiß, das Ziel, dem die Besprechungen in Thoiry galten, kann und darf durch solche Vorkommnisse nicht beeinträchtigt werden.

Unvermeidlich ist es, daß sie auf die Stimmung der Bevölkerung der besetzten Gebiete einwirken.

Ich aber habe als der für die Richtlinien der deutschen Politik verantwortliche Staatsmann dafür zu sorgen, daß wir trotz dieser schmerzlichen Zwischenfälle den Weg weitergehen, der zur Lösung der wichtigen Fragen führt, die zwischen Deutschland und Frankreich zu erledigen sind. An die Bevölkerung des besetzten Gebietes richte ich deshalb die Mahnung, würdige Zurückhaltung zu üben, damit auf sie auch nicht der Schein einer Mitschuld fallen kann an Konflikten mit so traurigem Ausgang. So lange deutsches Gebiet noch von fremden Truppen besetzt ist, wird immer die Gefahr bestehen, daß es zu Konflikten zwischen Besatzung und Bevölkerung kommt. Mache bald der Tag kommen, auf den meine und des gesamten Kabinetts heftigsten Wünsche gerichtet sind, der Tag der Befreiung deutschen Bodens von fremder Besatzung.

Reichskanzler Marx mahnt zur Einigkeit.

Vor dem Verein Berliner Presse hat am Sonntag Reichskanzler Marx eine Rede gehalten, die in ihrem Grundgedanken Zustimmung verdient, die der Reichskanzler aber richtiger und mit stärkerem Nachhall vor dem Reichstag hätte halten können. Denn wenn er in diesen Tagen, da im Völkerbundsrat zu Genf ernste und gewichtige Dinge, die unser Volk ebenso wie das ganze ruhebedürftige Europa angehen, das deutsche Volk zur festen Einigung, ja zu einer „Notgemeinschaft“ zusammenrufen wollte, so war es doch gegeben, diesen Ruf nicht in einem kleinen lokalen Kreis von Zeitungsschreibern, sondern vor der gesetzgebenden Vertretung des ganzen deutschen Volkes ergehen zu lassen; und der Ausbruch der deutschen Abordnung nach Genf konnte zeitlich dazu den Anlaß bieten. Nach Artikel 33 der Weimarer Verfassung müssen die Vertreter der Reichsregierung, also voran der Reichskanzler, auf ihr Verlangen im Reichstag auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden. Was der Reichskanzler zu sagen hatte, gibt der halbamtliche Draht in folgender gedrängten Form wieder:

wtb. Berlin, den 5. Dezember.

Vor dem Verein Berliner Presse hielt heute Reichskanzler Marx eine Rede. Er sprach den Wunsch aus, daß es Dr. Stresemann vergönnt sein möge, weitere glückliche Schritte auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Staaten zu erreichen. Wir sind in den nächsten Tagen mit ganzem Herzen und ganzer Aufmerksamkeit bei den Verhandlungen in Genf. Wir sind zur Verständigung seit langem bereit gewesen,

wir erwarten aber von der Gegenseite, daß man sich endlich auch dort der Einsicht nicht verschließt, daß eine dauernde Besetzung weiter Gegenden unseres Vaterlandes nicht beitragen kann, das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern weiter zu kräftigen und zu festigen.

Fremde Botschafter und Gesandte hätten das Verhalten des deutschen Volkes während der schweren letzten Jahre und gegenüber harten Regierungsmaßnahmen wiederholt mit den Worten höchster Anerkennung gerühmt, und er danke dem ganzen deutschen Volke in allen seinen Schichten für die großen Opfer. Besonderen Dank richtete er an den Reichspräsidenten von Hindenburg, der nach tatenerreichem Leben in hohem Alter keinen Augenblick zauderte, dem Rufe zu folgen, der ihm neue schwere Pflichten auferlegte.

Der Reichskanzler ging dann auf die Beziehungen zwischen Regierung und Presse ein und erinnerte daran, daß er einmal sehr ernsthaft den Gedanken einer Notgemeinschaft des deutschen Volkes erwogen habe. In dieser Beziehung sei die Arbeitsgemeinschaft im Reichsverband der deutschen Presse geradezu vorbildlich. Sollte das deutsche Volk nicht diesem Beispiele folgen? Sollten wir im deutschen Volke uns nicht einmal zusammenschließen können und noch dazu jetzt in einer so schweren Zeit, in der der Zusammenschluß aller Kräfte erforderlich ist? Sollten wir nicht alles, was uns trennt, zurückstellen und den Austrag von Meinungsverschiedenheiten auf eine spätere Zeit verschieben können?

19473 10070 000

HWWA
HAMBURGQuelle: Deutsche Zeitung, Nr. 335Datum: 7. 12. 1926

Der unpolitische Marx

Der Verein Berliner Presse veranstaltete am Sonntagabend im Reichstag den herkömmlichen Empfang der Reichsregierung. Den Höhepunkt bildete die Rede des Reichstanzlers Marx, der anfangs erklärte, keine politische Rede halten zu wollen, aber trotzdem eine hochpolitische Rede hielt, aus der wir nur folgendes wiedergeben wollen:

Herr Dr. Marx begann seine Ausführungen mit einem Vergleich seiner Pressereden im Dezember 1923 und der politischen Situation von heute. „Wir haben die schweren Nöte der damaligen Tage zum Teil überwunden. Die Opferfreudigkeit des gesamten deutschen Volkes hat es der Regierung möglich gemacht, durchzuhalten und heute feststellen zu können, daß wir sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf sozialem und politischem Gebiete Erfolge vorzeichnen können, die wir damals nicht zu erhoffen wagten. Wir sind vorangekommen. Ich darf dabei außer der rastlosen Arbeit der damaligen Reichsregierung und ihrer Nachfolgerinnen zwei Faktoren nicht vergessen, die einen großen Teil des Erfolges haben mitgründen helfen: Das war zunächst der erste Präsident des Deutschen Reiches, Friedrich Ebert, dessen starke Persönlichkeit mehr und mehr erkannt und anerkannt wird (!), je mehr die Zeit voranschreitet. Das war ferner die Konsequenz unserer Außenpolitik, mit der seit jenen Tagen mehr oder weniger alle anderen Schicksalsfragen des deutschen Volkes verknüpft waren, mit der Namen wie Birth und Rathenau untrennbar verbunden sind und die fortgesetzt wurde von Dr. Stresemann (!). Unserem heutigen Reichsaußenminister möchte ich auch heute von dieser Stelle aus danken für seine unermüdete Arbeit und Energie, und ihm zu seiner bevorstehenden schweren Arbeit in Genf weiteren Erfolg für Verständigung und Ausgleich (!) wünschen. Wir sind immer nur diesen Weg der Verständigung gegangen und werden ihn weiter gehen. In diesem Zusammenhang muß noch eine Persönlichkeit genannt werden, die dem Streit im Innern in vielen Punkten hat mildern können, der Mann, den das deutsche Volk sich zu seinem obersten Führer erwählt hat, unser jetziger Reichspräsident von Hindenburg.“

19473 ! 0071 000

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 17. -

Die Referate und Korreferate.

* Berlin, 16. Januar.

Die Länderkonferenz wurde eröffnet durch

Reichskanzler Dr. Marx.

Er erinnerte in seiner Begrüßungsrede auf der Länderkonferenz zuerst an die Bedeutung des Kongreßsaales der Reichskanzlei, der vor 50 Jahren den Berliner Kongreß und vor 10 Jahren eine Sitzung der deutschen Freistaaten zur Fortsetzung der Verfassungsverhandlungen gesehen habe und sagte dann:

Ich möchte von meinem Standpunkte aus einige grundsätzliche Gedanken hier zum Ausdruck bringen. Einmal möchte ich aus voller Ueberzeugung noch den Gedanken wiederholen, den ich in München bei meinem letzten Besuch im Bayerischen Landtage ausgesprochen und den ich dann am folgenden Tage hier in der großen Versammlung der Presse wiederholt habe; es ist der Gedanke, daß die Veränderungen, die — ob wir wollen oder nicht — nach der Entwicklung der Dinge notwendigerweise in der inneren Gestaltung unseres Reiches vorzunehmen sind, alle auf dem Wege loyaler Verständigung und friedlicher Zusammenarbeit allein zu regeln sind. Neben den Ländern, die absolut lebensfähig sind, gibt es andere, von denen wir ganz offen zugestehen müssen, daß sie eben im Lauf der Dinge doch in eine Lage gekommen sind, die es ihnen wünschenswert erscheinen läßt, andere Wege einzuschlagen, um die weitere Entwicklung ihrer inneren Gestaltung günstig zu beeinflussen. Hier sind wir einig, daß auf dem Wege der Verwaltungsreform vorgegangen werden muß, daß Wege überlegt werden und, wenn sie als richtig erkannt sind, dann auch schleunigst gegangen werden müssen, die geeignet sind, die bestehenden Mißstände, verschiedene Uebereinrichtungen in der ganzen Verwaltung zu beseitigen und bessere Einrichtungen an ihre Stelle treten zu lassen.

Ich will nur darauf hinweisen, daß es höchste Zeit ist, daß die über Erstaunen zahlreichen Erklagen und Enklagen in den verschiedenen Ländern doch endlich beseitigt werden müssen, daß eben manches auf dem Wege der Verwaltung billiger zu gestalten ist und daß manche Kosten erspart werden können, wenn die Verwaltungen einfacher und sachgemäßer eingerichtet werden.

Die Reichsregierung hat in den letzten Wochen zahlreiche Beratungen darüber angestellt, wie diese Zusammenkunft möglichst fruchtbar, möglichst segensreich zu gestalten sei. Wir hoffen, daß praktische Resultate aus unseren Besprechungen herauskommen, die für die ganze Zukunft unseres Vaterlandes von Bedeutung sind. Jedenfalls wird — das hoffe ich zuversichtlich — unsere Besprechung dazu führen, daß wir uns immer und immer wieder in dem Gedanken zusammenfinden, daß das Notwendigste für unsere Nation und für unser Volk die Einheit des Reiches und die möglichst einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte der Nation ist und darstellt. Diesem Gesamt- und allgemeinem Ziele sollen unsere Besprechungen in erster Linie dienen.

19473 0072 000
Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 41

Menschenkenntnis

I.

„Berliner Tageblatt“ 15. 4. 1925:

„Dem fast achtzigjährigen, nach seinem eigenen Geständnis und dem Geständnis seiner Freunde politisch ahnungslosen Hindenburg stellt der Volksblock, der Block der republikanischen, verfassungstreuen Parteien, Wilhelm Marx gegenüber. Einen ausgezeichneten Mann von vornehmster Gesinnung, politischer Klugheit, absoluter Zuverlässigkeit. Schwankt sein Charakterbild als Mensch und als Politiker? Nein, wenn man objektiv das Werden und Wirken dieses Mannes betrachtet. Das Londoner Reparationsabkommen kam zustande — nicht zum wenigsten dank dem vorzüglichen Eindruck, den die Persönlichkeit des Reichskanzlers Marx in London machte. Die Wirtschaft begann sich zusehends zu erholen. Alles in einem einzigen Jahre. Laten über Laten. Erfolge über Erfolge, die man diesem stillen und oft scheinbar versonnenen Menschen nicht zugetraut hatte. Seine Ehrlichkeit, seine Anständigkeit, sein offener Charakter, seine Zurückhaltung und sein persönlich liebenswürdiges Wesen schufen ihm, drinnen und draußen, Vertrauen. Ausländische Anleihen kamen nach Deutschland herein. Dieses Vertrauen ist der große Aktivposten, den er außenpolitisch als Reichspräsident in sein neues Amt mitbringen würde. Er ist ein Mann des Ausgleichs. Bei alledem aber ein Politiker, der fest zu seinen Grundsätzen steht. Sein Wort ist nicht zweideutig. Sein Bekenntnis zum Staate und zu einer ruhig, allmählich aufbauenden Außenpolitik beruht auf einer klaren, seit langem befundeten Überzeugung. Das deutsche Volk darf zu ihm Vertrauen haben. Darum ist er von dem Volksblock der republikanischen Parteien als Präsidentschaftskandidat für den zweiten Wahlgang auszuwählen.“

II.

„Berliner Tageblatt“ 22. 1. 1928:

„Als neulich Herr Marx seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feierte, haben wir dieses Fest durch keinen Glückwunsch gestört. . . . Neben ihm gibt es Klügere und Aufrechte, die sorgenvoll leben, wohin das Zentrum mit diesem Führer in Gänsefüßchen geraten ist. Man hat den Riß im Zentrum einstweilen überklebt. Aber unheilbar ist der Riß, der durch die Kanzlerbüste geht. Der republikanische Ballonkandidat aus der Präsidentschaftskampagne, der so weit kam, den republikanischen Charakter seiner Partei zu leugnen, wird heute von den treuesten Zentrumsanhängern bekämpft. Er hat sich, den republikanischen, demokratischen Willen seiner eigenen Wähler verleugnend, mit den reaktionären Zentrumsgrafen und Meinungskäufern in den falschen Zug gesetzt. Man könnte ihn mit jenem Schirm vergleichen, der früher ein modisches Utensil war, abwechselnd als Regenschirm und als Sonnenschirm dienen sollte, zu gar nichts diente und „en-tout-cas“, „für alle Fälle“, hieß. Er hat sich im schnellen Gebrauchswechsel abgenutzt und wird bald nichts sein als ein beim Ausbruch der Gesellschaft stehengebliebener Schirm. . . . Es (das Zentrum) macht keine moralischen Eroberungen, wenn Marx die Stunde regiert. Er hat seit langem nur noch die Reudell beschirmt. Jetzt hat er ausgedient. Die Wählerschaft will Schluß machen mit dieser Charakterdarstellung, die sich je nach dem Wetter verwandelt, mit dieser Regierungsweise des en-tout-cas. Noch einmal diejenigen, die für alle Fälle zu haben sind? — nein, keinesfalls!“

19473 . 0073 000

Kölnische Volkszeitung

Nr. 802

Einem wahrhaft vaterländischen Manne!

Die Zentral-Vereins-Zeitung, Organ des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E. V., veröffentlicht in ihrer Nr. 43 vom 26. Oktober 1928 nachstehenden Artikel:

In diesen Tagen hat Reichskanzler a. D. Marz den Vorsitz der Deutschen Zentrumsparlei niedergelegt. Wenn „dem Wimen die Nachwelt keine Kränze flieht“, dem Politiker nicht einmal die Gegenwart. Und so sind in den deutschen Zeitungen lange nicht genug die großen Verdienste des hervorragenden Zentrumsführers jetzt gewürdigt worden, die er sich als Leiter des Reichsschiffes in schweren Sturmzeiten dauernd erworben hat. Bei der politischen Neutralität unserer Zeitung kümmert uns hier nicht die Frage, ob Dr. Marz einen Rechts- oder Linkskurs des Zentrums gewünscht hat. Wir sehen in ihm eine der besten Traditionen des deutschen Zentrums verkörpert, wir sehen dankbar in ihm einen würdigen Nachfolger der auch uns deutschen Juden unvergeßlichen Windthorst, Lieber und Gröber, die genau wie Marz jenseits von Taktik und Vengstlichkeit gegen manches uns deutschen Juden zugefügte Unrecht offen ihre gewichtige Stimme erhoben haben.

Im Sommer 1922 hat Dr. Marz auf eine Anfrage unseres Zentral-Vereins eine längere Antwort gesandt. In ihr finden sich die schönen Worte: „Ich glaube nicht, daß zu befürchten ist, daß weitere katholische Kreise der antisemitischen Agitation Folge geben werden. Sie würden damit meines Erachtens dem Grundgebot des Christentums wenigstens in der Tat entgegenhandeln. Die vaterländisch gesinnten Juden dürfen im Kampfe gegen die antisemitische Hege auf die Unterstützung des katholischen Volkes und auch der Zentrumsparlei rechnen.“

Dieses eindeutige Bekenntnis hat ihm, besonders von rechts-politischer Seite, von der völkischen ganz zu schweigen, manche Unannehmlichkeit eingetragen. Marz hat sich dadurch nicht anfechten lassen und als Zentrumsführer wie als Reichskanzler sich stets zu seinen Worten bekannt. Das deutsche politische Leben wäre um eine wesentliche politische Persönlichkeit ärmer, schiebe Dr. Marz gänzlich aus ihm. Wir wünschen herzlich, daß Dr. Marz, wie die Zeitungen melden, an einer anderen wichtigen Stelle des deutsch-katholischen Lebens weiterarbeite und segensreich wirke. Das deutsche Judentum spricht ihm bei dieser Gelegenheit hohe Wertschätzung und aufrichtige Dankbarkeit aus.

Signatur

Datum

15. Jan. 1933

19473

0074 000

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 39.40

Wilhelm Marx.

Der frühere deutsche Reichskanzler Wilhelm Marx wird am 15. Januar siebzig Jahre alt. Er wurde 1863 in Köln als Sohn eines Volksschullehrers geboren, er studierte in Bonn und trat dann in den preussischen Justizdienst ein, in dem er seit 1907 als Oberlandesgerichtsrat in Köln und Düsseldorf und die beiden letzten Jahre vor seinem Ausscheiden aus dem Justizdienst (1923) als Senatspräsident am Kammergericht tätig war. Er hat sich schon frühzeitig aktiv am politischen Leben im Rahmen der Zentrumspariei beteiligt. Im Jahre 1899 wurde er ins preussische Abgeordnetenhaus gewählt, im Jahre 1910 kam er in den Reichstag. Er gehörte auch der Nationalversammlung an und dem neuen Reichstag seit 1920. Schon vor dem Kriege war er im Vorstand der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses und stellvertretender Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspariei; 1921 wurde er zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages gewählt.

Wilhelm Marx hat dann eine bedeutende Rolle gespielt. Gegen Ende des Jahres 1923, als das zweite Kabinett Stresemann zusammengebrochen war, hat er in einer überaus schweren Zeit die Führung der Reichsgeschäfte übernommen. Der neue Reichskanzler hatte vor allem den Ruhrkampf zu liquidieren, es folgten dann die Londoner Verhandlungen und der Dawes-Plan. Größere Aufgaben hatte selten ein Staatsmann zu erledigen; Wilhelm Marx löste sie, so gut er es konnte, und die Umstände, die wahrlich nichts weniger als günstig waren, es erlaubten. Die Parteiverhältnisse brachten es mit sich, daß er 1925 zurücktrat, aber es war nur eine Pause bis zu seiner abermaligen Kanzlerschaft, die im Mai 1928 endete, als die Wahlen noch einmal der Sozialdemokratie die Vorhand gaben und Hermann Müller an seinen Platz trat. Kurze Zeit darauf legte Marx auch den Vorsitz in der Zentrumspartei nieder, den er bis dahin innehatte. Auch in ihr hatte sich manches verändert. Im Zentrum hatte immer eine Art patriarchalischen Systems geherrscht, bei dem es sich sozusagen von selbst verstand, wer in die Spitze der Parteiführung rückte. Das war

nun nicht mehr so, zumal da die Gewerkschafter Ansprüche erhoben. Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß der Reichskanzler Marx einen Brief geschrieben hatte, in dem er sich etwas unfreundlich über „Stegewald und einige Gewerkschaftssekretäre“ aussprach, und dieser Brief durch eine Indiskretion bekannt wurde. Schon vor dem Zentrumsparteitag des Jahres 1928 war es gewiß, daß Herr Marx nicht mehr der Vorsitzende bleiben werde. Nach ziemlich heftigen Auseinandersetzungen ist dann der Prälat Kassan seine Stelle getreten. Seither hat sich Wilhelm Marx öffentlich nur noch auf Katholikentagen und in der Schulfrage betätigt, in der er immer ein sehr entschiedener Vertreter der Konfessionalität gewesen ist. Es gab in seiner Laufbahn auch einige Zwischenfälle. Im Jahr 1925 war er ganz kurze Zeit preussischer Ministerpräsident, und in demselben Jahr war er auch Kandidat für die Reichspräsidenschaft, wobei er im zweiten Wahlgang nicht viel weniger Stimmen erhalten hat als Hindenburg, der damals in das Amt des Reichsoberhauptes einzog. In diesem zweiten Wahlgang, als gemeinsamer Kandidat der republikanischen Parteien, war seine Erfolgsaussicht wesentlich beeinträchtigt durch seine Vergangenheit als Leiter der katholischen Schulorganisation (seit 1911). Die Tätigkeit an dieser Stelle war andererseits wohl bestimmend gewesen für den Aufstieg von Wilhelm Marx zum Führer der Zentrumspartei.

Man wird nicht behaupten können, daß Wilhelm Marx zum Politiker geradezu geboren worden sei. Sein Wesen nötigte ihn, die Dinge solange hin und her zu überlegen, bis ihm kein Zweifel mehr vorhanden zu sein schien. Ein Politiker, zumal in so kritischen Zeiten wie in den Jahren nach dem Kriege, muß aber auch mal dem Instinkte folgen, um zurecht zu kommen. Man hat über Brüning das Scherzwort verbreitet, daß er sich zwar immer entschließe, aber einen Tag später, als es gut wäre. Wenn man das gelten lassen will, müßte man von Wilhelm Marx sagen, daß es mindestens drei Tage gewesen seien. Indessen, das deutsche Volk ist seit Jahrzehnten wahrlich mit Staatsmännern nicht verwöhnt worden. Unter denen, die da waren, nimmt Wilhelm Marx als ein überaus ernster, gewissenhafter, als ein hochachtbarer Mann eine gute Stellung ein.

19473 0076 BEC

chast
As.
- 7. Mai 1946

Die Welt (Hamburg)

Nr. 11

Düsseldorf. — Der langjährige Führer
der Zentrums-Fraktion des Reichstages
vor 1933, Reichskanzler a. D. Dr. Marx,
hat sich der CDU. angeschlossen.

19473 0077 BEC
Dei Welt Hamburg
38 9. Aug. 46

Reichskanzler a. D. Marx †

Bonn, 8. August

Der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

Die Beisetzung wird am Freitag, 9. August, in Köln stattfinden. „In schwerer Zeit“, so heißt es in einem Beileids-Telegramm Oberbürgermeister Dr. Pünders, „hat der Verstorbene als Reichskanzler und Führer einer wahren Volksgemeinschaft seiner engeren rheinischen Heimat und ganz Deutschland unvergängliche Dienste geleistet.“

Er war von 1923 bis 1924 und 1926 Reichskanzler. 1928 zog er sich aus dem politischen Leben zurück.